

هكذا صحت القبول

Montag, 28. März 1983 - D ***
Nichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
Jahres 38,00 Mr. Dineam 7,50 Mr. Frank 6,00 Mr. Griechenland 80 Mr.
Österreich 55 Mr. Italien 1300 L. Jugoslawien 60,00 Din. Luxemburg 27,00 Lit

Nr. 73 - 13. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 10 11
Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 ös. Portugal 80 Esc
Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,60 sfr. Spanien 100 Ptas. Kanarische Inseln 125 Ptas

TAGESGESCHAHEN

Valesa: Zeit des Sieges wird kommen

Der polnische Arbeiterführer Lech Wałęsa wird zunehmend von den Finanzbehörden des Landes als einflussreicher Mann angesehen. So hat ihn am Wochenende die Danziger Parteizentrale „Głos Wybrzeża“ als „gehorches Werkzeug der Provokation“ bezeichnet. Tags zuvor waren er und seine Frau im Finanzamt Danzigs über ihre persönlichen Einkommensverhältnisse befragt worden. Doch Wałęsa, der nach seiner Freilassung aus der Internierung im November vergangenen Jahres zunächst öffentliche Auftritte vermieden hatte, wird durch die Öffentlichkeit nur zu neuen Aktivitäten herausgefordert. Vor 600 jubelnden Anhängern in Danzig erhob der Vorsitzende der polnischen „Solidarität“ gestern in dem Verlassenen der Kirche die Hand zum Siegeszeichen und rief: „Die Zeit wird kommen, da siegen.“ Er kündigte an, dass er weiteren Prozessen gegen ehemalige Gewerkschafts-Kollegen nehmen werde.

ZITAT DES TAGES



Der Ernstfall sozialdemokratischer Politik ist eben nicht die Funktionskonferenz, sondern der Gesangsverein, der Kirchenchor, die Nachbarschaft, die gesellschaftliche Organisation, der Sportverein, und hier haben wir gewiß Defizite aufzuarbeiten.

Der Ministerpräsident Johannes Rau über die Lage der SPD nach der Niederlage vom 6. März.
FOTO: POLY-PRESS

geschossen
Zwei syrische Armeebeschützlinge, wie erst jetzt von gutinformierten Seiten bekannt wurde, wurden am Sonntag in der Stadt Hama von syrischen Soldaten erschossen. Dabei starben syrische Soldaten, darunter ein Kind. Dies war nach einem Jahr die erste gezielte Sabotage der Muslimbrüder in Syrien. Demnach hatten syrische Sicherheitskräfte einen Aufstand in der Stadt Hama niedergeschlagen.

SSR-Kampfstoffe
Die Sowjetunion und ihre Verbündeten verwenden in Afghanistan und in Südostasien chemische Kampfstoffe. Das erklärte der französische Außenminister Claude Cheyreson am Wochenende in Bangkok. Paris läge „viele überaus alarmierende Zeichen“ für die Benutzung chemischer Kampfstoffe vor, wie in Kambodscha vor.

fontaine: Verrückte
Der Bundeskongress der Jungisten in Oberhausen hat gefordert, die Stationierung neuer US-Strategiewaffen auf deutschem Boden unter keinen Umständen zuzulassen. Diese Forderung stützten auch zwei Mitglieder der SPD-Bundesversammlung, Oskar Lafontaine und Björn Engholm. Lafontaine bezeichnete bestimmte Politiker in den USA als „Verrückte“, die die US-Politik in Ostdeutschland, gebe es auch in der DDR.

Esser: Aussicht auf stabilen Aufschwung

Eine ganze Reihe positiver Signale für den wirtschaftlichen Aufschwung sieht der Präsident der Arbeitgeberverbände, Otto Esser. In einem Interview mit der WELT am Sonntag äußerte er die Hoffnung, dass sich die Stabilisierung und Aufschwungstendenzen verstärken, so dass der Aufschwung bis in die nächsten Jahre hinein tragfähig ist. Zur Zeit gebe es, eine ganze Reihe positiver Signale: Die Auftragslage steige, die Bauwirtschaft komme wieder in Schwung und die Automobilindustrie sei optimistisch. Für eine Fortsetzung der Gespräche zwischen dem Bundeskanzler, Gewerkschaften und Unternehmern hat sich der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, ausgesprochen. Im Süddeutschen Rundfunk sagte er: „Die Zeit wird kommen, da siegen.“ Er kündigte an, dass er weiteren Prozessen gegen ehemalige Gewerkschafts-Kollegen nehmen werde.

Vorschläge aus Beirut

Der amerikanische Nahost-Sonderbotschafter Philip Habib ist am Wochenende von Beirut kommend in Jerusalem eingetroffen. Nach libanesischen Angaben führt Habib neue libanesische Vorschläge mit sich, mit denen die stockenden Verhandlungen über einen israelischen Truppenabzug aus Libanon vorangetrieben werden könnten. Saudi-Arabien ist nach einem Bericht der kuwaitischen Zeitung „Al Anbaba“ bemüht, Meinungsverschiedenheiten zwischen der PLO und Jordanien zu überbrücken, ehe ein Friedensprozess mit Israel in Gang gesetzt wird. PLO-Chef Arafat sei zu einem Gespräch mit König Hussein in Jordanien zusammengetroffen.

China hilft Polen

Die Volksrepublik China hat Polen einen zinslosen Kredit in Höhe von 40 Millionen Schweizer Franken gewährt. Wie am Wochenende aus osteuropäischen Kreisen in Peking bekannt wurde, ist der Kredit zum Kauf chinesischer Lebensmittel, Textilprodukte, Schuhe und Autos bestimmt. Außerdem wird China über 10 000 Tonnen Schweinefleisch an Polen liefern. Die entsprechenden Abkommen wurden nach Angaben der Nachrichtenagentur „Neues China“ von dem stellvertretenden polnischen Außenhandelsminister Gwiazda und einem Vertreter des Pekinger Außenhandelsministeriums unterschrieben.

SPORT

Ohne Schuster

Jetzt ist es endgültig: Ohne Bernd Schuster (Barcelona) hat die deutsche Fußball-Nationalmannschaft am Mittwoch (30. 3.) in Tirana gegen Albanien das Europameisterschafts-Qualifikationsspiel bestreitet. Schuster möchte nicht in dieser Woche die Geburt seines dritten Kindes versäumen. Nach dem Spitzenspiel Hamburg gegen München (1:1) erhielt Bundestrainer Jupp Derwall auch Absagen von Wolfgang Rolff, Jürgen Milasewski (beide Hamburg) und dem Münchner Wolfgang Dreimüller. **Seiten 12, 13, 14**

WEITER

Wechselhaft

In ganz Deutschland wechselnde, verbreitete starke Bewölkung. Zeitweise leichter Regen, in höheren Lagen Schnee. Temperaturen 4 bis 7.

Kohl-Strauß-Genscher bilden Triumvirat für Bonner Politik

Zur Außenpolitik existiert ein gemeinsames Papier von CDU und CSU

MANFRED SCHELL, Bonn
Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat angekündigt, dass er auch künftig Einfluss auf die Bundespolitik nehmen wird. Dabei spielen die Einsichtungen im Kreis der Parteivorsitzenden mit Bundeskanzler Helmut Kohl und dem FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher besondere Bedeutung. In einem Interview mit der WELT am Sonntag sagte Strauß, die drei Parteivorsitzenden „werden in Zukunft alle wesentlichen bundespolitischen Fragen besprechen und abstimmen“. Nach vor der Regierungserklärung am 4. Mai, so ist vorgesehen, werden die Parteivorsitzenden ihre Diskussion über die künftige Außen- und Ostpolitik fortsetzen. Grundlage dafür ist für die CDU und CSU ein gemeinsames 20 Seiten umfassendes Positionspapier, das in den Koalitionsverhandlungen „diskutiert“ wurde. Dabei spielte die Einschätzung des Begriffs „Entspannungspolitik“ eine besondere Rolle, zumal da in dem Positionspapier auch die Möglichkeit der „Unterbrechung“ angesprochen wird. Dagegen meldete Genscher Widerstand an. Er meinte, auch ein weltweites politisches Ereignis von der Art des Einmarsches der Sowjets in Afghanistan dürfe nicht dazu führen, dass die gesamte Entspannungspolitik eingestellt werde. Auch darüber soll in dem Gremium der drei Parteivorsitzenden noch gesprochen werden.

Entspannung unterbrechbar?

PETER SCHMALZ, München
Die CSU hat in den Koalitionsverhandlungen zwischen den Unionsparteien und der FDP bei weitem auf eine detaillierte Festlegung der außenpolitischen Ziele verzichtet, um eine weitere Verzerrung der Gespräche und Konflikte zu vermeiden. Dennoch sieht die CSU ihre außenpolitischen Vorstellungen ausreichend in dem Positionspapier der Unionsparteien. Kohl und Strauß unterscheiden sich nicht in der grundsätzlichen Zielsetzung der Außenpolitik. Die so genannte „Entspannungspolitik“ ist für beide Parteien ein zentraler Punkt. In der CSU ist man entschlossen, den Bundeskanzler bei gegebenem Anlass an die Einhaltung dieser Vereinbarung zu erinnern. Ein CSU-Politiker sagte der WELT: „Der Kanzler ist für uns in dieser Frage wichtiger als der Außenminister. Und wir werden uns nicht scheuen, Herrn Kohl zu gegebener Zeit zu sagen: Schade, daß du dich gegen die FDP nicht durchsetzen kannst.“ Das CDU/CSU-Papier, das in 65 Punkten gegliedert ist, beschreibt die Zusammenarbeit mit Washington als „Dreh- und Angelpunkt deutscher Außenpolitik“. Die so genannte „Entspannungspolitik“ verlangt eine volle transatlantische Solidarität, moralische Äquidistanz zu Moskau und Washington wird als „Verrat an der Idee der Freiheit“ bezeichnet. Der NATO-Doppelbeschluss wird bekräftigt, in Punkt 7 wird dazu aufgeführt, die Bewährung psychologisch auf die Nachrüstung vorzubereiten, falls die Verhandlungen scheitern. In der Deutschlandpolitik soll „beharrlich auf die Wiedervereinigung“ hingearbeitet werden. Die deutsche Frage dürfe nicht nur theoretisch behandelt werden, vielmehr müsse für das Recht auf Einheit in Freiheit „aktiv“ eingetreten werden. Punkt 20 lautet: „Das Deutsche Reich besteht in den Grenzen von 1937 fort.“ In Punkt 24 erklären CDU und CSU ihre Bereitschaft, „die vertraglichen Beziehungen zur DDR auf der Basis von ausgewogener Leistung und Gegenleistung, z. B. beim Swing, bei den innerdeutschen Handelsverträgen, mit dem Ziel praktischer Ergebnisse zu vertiefen und weiterzuentwickeln“. Vertraglich vereinbarte menschliche Erleichterungen dürften nicht seitens der „DDR“ durch innerstaatliche Verordnungen und massiven Druck auf die Bevölkerung eingeschränkt werden. In diesen Fragen lehnt die CSU keine erheblichen Schwierigkeiten mit dem Koalitionspartner FDP. Große Differenzen, die für den Bundeskanzler zu einer Bewährungsprobe werden könnten, werden dagegen in den von Punkt 29 an beschriebenen Problembereichen erwartet. In diesem Passus, der sich mit der „realistischen Entspannungspolitik“ befaßt, wird in dem Papier die Außenpolitik der früheren Koalition kritisiert. Die sogenannte „Entspannungspolitik“ der SPD/FDP-Regierungen sei

DER KOMMENTAR Ausschuß der Chefs

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Im In- und Ausland jubeltes im Versmaß des klassischen Ostereisens aus dem Medien: „Von Strauß befreit sind Kohl und Genscher!“ Als sei München den Rheinländern völlig entrückt, wird der Verzicht von Franz Josef Strauß auf Bonner Kabinettstränge so kommentiert, als habe der Bayer seinen Rückzug aus der Bundespolitik angetreten. Weit gefehlt - wie meistens - wenn der Wunsch Vater des Gedankens ist. Die Wahrheit ist, daß sich der CSU-Vorsitzende von der Bundespolitik gar nicht fernhalten kann, solange es in Bonn eine CSU-Landesgruppe und im Bundestag eine Gemeinschaftsfraktion mit der CDU gibt. Und da der CDU-Kanzler ohne festen Rückhalt bei der Schwesterpartei seine Koalition mit der FDP nicht praktizieren könnte, wird sich die CSU nicht von Kohl unter dem Rubrum „Kanzlerpartei“ vereinnahmen lassen, sondern auf Gleichberechtigung mit CDU und CSU bestehen. Die Gleichberechtigung ist bereits institutionalisiert. Es wurde ein Koalitionsausschuß der drei Parteivorsitzenden Kohl, Strauß, Genscher vereinbart, der in Aktion treten soll, wenn über die inhaltliche Auffüllung des In- und Auslandsvertrages festgesetzt werden soll. Strauß hat die Koalition des Ostereisens nicht nur als ein geistiges Wort mitzureden, wenn es sich, geht es hart auf hart, immer wieder vor die Situation gestellt sehen wird, daß es ein Unding wäre, wegen eines partiellen Konflikts die bürgerlich-liberale Koalition platzen zu lassen, die nach 13 Jahren SPD-Kanzlerschaft endlich erreicht ist. Wie Strauß die Partei zu spielen gedenkt, läßt sich aus der Tatsache ablesen, daß er die CDU und den Kanzler in der Außen- und Deutschlandpolitik auf eindeutige Positionen festgelegt hat. Interessant, was der Kanzler da alles mit seiner Unterschrift versehen hat. Denkt Kohl an den Außenminister der Schmidt-Kabinette zurück, so mag es ihm nicht unerwünscht sein. Genscher etwa in der Nahost- oder der Afrika-Politik an die Kanzler der CSU nehmen zu können. Strauß wiederum mag es dringlich sein, der FDP nicht die von ihr traditionell beanspruchte Rolle eines Korrektivs der Kanzlerpartei innerhalb der Koalition zu überlassen, sondern seinerseits die FDP zu korrigieren, sobald sie in ihre Sünden der Schmidt-Ära zurückzufallen droht.

Reagan-Angebot für Zwischenlösung

Andropow nennt neues strategisches Defensivkonzept der USA eine Gefahr für die Welt

ma/rnc/DW, Washington/Bonn
US-Präsident Ronald Reagan hat in Schreiben an die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten seine Überlegungen für neue Vorschläge bei den Genfer Verhandlungen über den Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa dargelegt, berichtet die „Washington Post“ am Wochenende. Die Bundesregierung rechnet damit, daß die amerikanischen Vorstellungen schon zu Beginn dieser Woche in die Verhandlungen in Genf eingebracht werden. Dies soll nach den engen Konsultationen zwischen Reagan und Bundeskanzler Helmut Kohl sowie den übrigen Regierungschefs der NATO-Staaten zu erwarten. In den Briefen wird die in Aussicht genommene Zwischenlösung nicht durch die Nennung von Zahlen eingegrenzt. Der Westen wolle sich damit nicht von vornherein die Hände binden. Aber der amerikanische Unterhändler in Genf, Nitze, wird dort Zahlen nennen. Ungesichert dieses Vorstoßes, den Kohl nach der Wahl angeregt hatte, soll das Ziel der Null-Lösung erhalten bleiben und - auch wenn es zu einer Nachrüstung in vollem Umfang oder im Falle einer Zwischenlösung zu einer Teilstationierung von atomaren Mittelstreckenraketen kommen sollte - bei weiteren Verhandlungen angestrebt werden. Durch die Initiative von Präsident Reagan, Zwischenlösungen in Genf anzustreben, komme die Sowjetunion in Zugzwang, hieß es in Regierungskreisen, weil es jetzt von ihrer Haltung abhängt, in welchem Umfang die NATO im Herbst 1983 nachrüsten werde. Die Aufforderung Reagans an die Staatschefs der US-Streitkräfte, unabhängig von den Genfer Verhandlungen ein neues strategisches Defensivkonzept mit der Sowjetunion zu entwickeln, hat der sowjetische Parteichef Jurij Andropow in der Moskauer „Prawda“ als Gefahr für die ganze Welt bezeichnet. Denn es werde die „Schleusen“ öffnen für ein Wettrennen bei allen Typen strategischer Waffen, sowohl der offensiven als auch der defensiven Andropow verwies darauf, daß beide Mächte beim Abschluß des SALT-II-Vertrages die Tatsache anerkannt hätten, daß nur eine beiderseitige Zurückhaltung bei der Entwicklung einer Verringerung der strategischen Systeme erlaube. Das US-Außenministerium bedauerte „Ton und Inhalt“ der Andropow-Außerungen und beschuldigte die Sowjetunion, die westeuropäischen Länder zu „nuklearen Geiseln“ machen zu wollen. Der Präsident wolle die Möglichkeiten zur Reduzierung der Abhängigkeit von destabilisierenden offensiven Mitteln, Raketen und ballistischen Raketen auslösen, aber nicht die US-SSR „entwaffnen“ oder sich einen einseitigen Vorteil verschaffen. **Seite 2: Andropows Antwort**

Breit warnt vor „Sintflut“ von Atomwaffen

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ernst Breit, hat vor einer „Sintflut“ der atomaren Waffen gewarnt und gestern dazu aufgefordert, internationale Machtkämpfe nicht passiv nur als Angelegenheit der Mächtigen hinzunehmen.

Auf einem Kongreß der DGB-Jugend kritisierte Breit, daß das „abgrundtiefe Mißtrauen“ in Ost und West die Chancen der politischen und militärischen Entspannung verringere. Gegenüber Vertrauen dürfe nicht nur ein Verhandlungsspiel eine Rolle spielen, sondern die Großmächte müßten es auch stets auf neue damit recht fertigen, „daß sie auf Aktionen wie den Einmarsch und Krieg in Afghanistan, auf Intervention auf der Falkland-Inseln, massive Einflüsse auf Einzeländer in Nahost, im Mittleren Osten und in Lateinamerika verzichten.“

Gegen eine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa und für den Abbau aller Atomraketen als sichtbares Zeichen hatte sich zuvor der Bundesvorsitzende des DGB, Rolf Busch, einmündig der DGB, die Bruns, eingesetzt. Der Nachrichtenbegehr der NATO zementiere „die verhängnisvolle Strategie des Gleichgewichts des Schreckens“. Im übrigen trete die Eigenständigkeit deutscher und europäischer Interessen immer deutlicher gegenüber den Vorstellungen der JS-Regierung in den Hintergrund. Die neue Bundesregierung werde sich auch daran messen lassen müssen, inwieweit sie die Entspannungspolitik fortsetze und weiterentwickle.

Sondervollmachten für Belgiens Kabinett erneuert

Wirtschaftliche Probleme sollen überwunden werden

dpa, Brüssel
Die belgische Koalitionsregierung aus Christsozialen und Liberalen hat für ein zweites Jahr Sondervollmachten erhalten, um ohne die langwierige Prozedur von Parlamentsdebatten und Abstimmungen ihre Politik zügig durchzusetzen. Nach der Abgeordnetenkammer gab am Wochenende auch der Senat dem Regierungsprogramm von Premier Wilfried Martens sein Placet. Mehr als 15 Monate hatte das Kabinett Zeit, seine Entscheidungen zur Überwindung der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten unter Beweis zu stellen. Erste spürbare Ansätze einer Rückkehr zur Wettbewerbsfähigkeit mit den wichtigsten Handelspartnern sind bereits zu erkennen. Aus diesem Grund kämpfte Belgiens liberalkonservativer Finanzminister Willy de Clercq daher auf der EG-Währungskonferenz gegen eine von Frankreich geforderte Abwertung des belgischen Franc. Die belgische Regierung wollte nicht die mühsam errungenen ersten Fortschritte durch eine Abwertung des Franc wieder auf Spiel setzen. Offensichtlich ist es kaum möglich, das Land ohne Sondervollmachten aus seinem finanziellen und wirtschaftlichen Tief wieder herauszubringen. Eine langfristige Aufgabe wie die Sanierung des Staatshaushalts, aber auch die Rückkehr zur Wettbewerbsfähigkeit und der Abbau der Zahl der Arbeitslosen, die seit Jahresende eine halbe Million (14,5 Prozent der Erwerbsfähigen) überschritten hat, konnte Martens bereits mit seinen Ende 1982 auslaufenen Sondervollmachten anpacken. Das Defizit im Staatshaushalt soll bis 1985 um jährlich 100 Milliarden Franc (4,8 Milliarden Mark) abgebaut werden. Neue Verschuldungen des Staates aber auch die hohen Sozialkosten haben für das laufende Budget zusätzliche Sparmaßnahmen notwendig gemacht, die von der Regierung kurzfristig nur mit Hilfe von Sondervollmachten bewältigt werden können. Das bedeutet höhere Opfer der Bürger: die Einführung einer Besteuerung der Arbeitslosengelder, Kürzungen im Gesundheits- und Schulwesen sowie der Aufschub der Zahlung der Jahresprämien für die Angestellten des öffentlichen Dienstes bis Anfang 1984.

Einstieg in die 36-Stunden-Woche

Tarifabschluß für Chemie / Neue Verhandlungen nach Metall-Spitzengespräch

DW, Bonn
Der Bundesarbeitsgeberverband Chemie und die Industrieergewerkschaft Chemie, Papier, Keramik haben sich nach zehntägigen Verhandlungen auf einen Tarifvertrag geeinigt, der vom 1. Januar 1987 an einen Einstieg in die 36-Stunden-Woche vorsieht. In dem ausgehandelten Tarifpaket ist vorgesehen, daß die 600 000 Beschäftigten in der chemischen Industrie 3,2 Prozent höhere Einkommen erhalten. Die Laufzeit für die Tarifbindung wurde auf 14 Monate festgelegt. Vom 1. September an werden darüber hinaus Arbeitnehmer ab dem 58. Lebensjahr alle zwei Wochen zusätzlich je eine vierstündige „Altersfreizeit“ erhalten. Vom 1. Januar 1987 an wird eine wöchentliche „Altersfreizeit“ eingeführt, die praktisch die Einführung der 36-Stunden-Woche für diesen Personkreis bedeutet. Der bisherige Manteltarifvertrag und damit auch die 40-Stunden-Woche für alle übrigen Arbeitnehmer dieser Branche wurden bis Ende 1987 festgeschrieben. Die Tarifpartner kamen ferner überein, die Auszubildendenvergütung nicht zu erhöhen, um eine weitere zahlenmäßige Aufstockung der Ausbildungsplätze zu ermöglichen. Die IG Chemie, die ebenso wie die Arbeitgeber eine Erklärungsfrist bis zum 5. April hat, hat gestern dem Verhandlungsergebnis zugestimmt. Die Landesverbände Rheinland-Pfalz und Saarland haben das Abkommen hingegen abgelehnt, während sechs andere Tarifbezirke es unterstützen. Die seit einer Woche blockierten Tarifverhandlungen der Metall-Industrie sollen schon in wenigen Tagen wieder aufgenommen werden. Darauf verständigten sich die Repräsentanten des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall und der IG Metall am Wochenende während eines Spitzengesprächs in Gravenbruch bei Frankfurt. Gesamtmetall-Präsident Thiele erklärte anschließend, daß man die Voraussetzungen geschaffen habe, „zu einer raschen Lösung des Tarifkonflikts“ in einem regionalen Pilotbezirk zu kommen. Der IG-Metall-Vorsitzende Loderer betonte ergänzend, daß man auch einen Tarifabschluß finden könne, der nicht bei VW „abgeschrieben“ sei. Die vierprozentige Tarifierhöhung bei Volkswagen war bisher der Punkt, an dem die Verhandlungen für die übrige Metall-Industrie scheiterten. **Seite 2: Altersfreizeit**

Heute in der WELT	
chungen: Wieder klappern die Dolmetscher-Von Helmreich	S. 2
DW: Ein Kampf mit dem Tod auf dem Meer	S. 3
intach-Amerikanische Konferenz Berlin: Dank an Amerika	S. 4
it Wohlwollen verfolgt Kohl die umgeleiteten Pläne B. Worms	S. 5
er Spion: Das Establishment fließt nicht verkommen	S. 6
V: Medien-Fragerunde der Naon; Englands 4. TV-Kanal	S. 7
Stolber soll Verkehrsminister Dollinger ablösen	S. 8
Forum: Personalien und die Meinung von WELT-Lesern	S. 8
Wirtschaft: USA rechnen mit schnellerem Wachstum	S. 9
Sport: Endgültiger Abschied vom olympischen Amateur	S. 13
Kultur: Viele Domespellen fürs Gemälde; Lyrik in Darmstadt	S. 15
Aus aller Welt: Kind ohne Vater in Schweden möglich	S. 16

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Altersfreizeit

Von Gisela Reiners

Es wird weniger gearbeitet. Der Trend ist unverkennbar. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) erklärt zwar jede Form der Arbeitszeitverkürzung weiterhin zum Tabu, doch in den einzelnen Branchen sind die Entwicklungen nicht zu übersehen. Der Tarifabschluß für die chemische Industrie liefert den jüngsten Beleg dafür.

Denn IG Chemie und Arbeitgeber haben soeben eine „Altersfreizeit“ vereinbart, die eine Verringerung der Zahl der Wochenarbeitsstunden vom 58. Lebensjahr an vorsieht. Seit langem schon gibt es den gleitenden Übergang in den Ruhestand für die Beschäftigten der Zigarettenindustrie, und es gibt vergleichbare Regelungen in mehreren Zweigen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Bei VW können in diesem Jahr Arbeitnehmer vom 58. Lebensjahr in den Vor-Ruhestand gehen, und die Bundesbahn übernimmt kurzerhand einen ganzen Jahrgang junger Leute nach ihrer Lehre für eine Vier-Tage-Woche.

Auffallend ist, daß keine Lohnsenkungen die Folge sind. (Nur die Bundesbahn zahlt für die Vier-Tage-Woche 80 Prozent des Tarifs.) Dabei haben die Gewerkschaften längst einen Schwenk vollzogen: „Natürlich gibt es keine Arbeitszeitverkürzung zum Null-Tarif“, wie NGG-Chef Döding unlängst konstatierte.

Die Frage ist nun, ob eine Arbeitszeitverkürzung, die von den Arbeitgebern aus humanitären Gründen gewährt wird, nicht auch zugunsten neuer Arbeitsplätze gewährt werden kann. Es setzt freilich voraus, daß die Arbeitsbesitzer aus Solidarität mit den Arbeitslosen Lohnverzicht üben. Der Weg über Tarifverhandlungen ist jedenfalls dem über die Legislative vorzuziehen.

Um die festgefahrenen Lohnverhandlungen in der Metallindustrie wieder flottzumachen, haben die Arbeitgeber ein Gesprächsangebot gemacht – mit Erfolg. Sollte eine ähnliche Lösung bei der Arbeitszeitdiskussion ausgeschlossen sein?

Potemkins Tele-Dörfer

Von Werner Kahl

Am Todesstreifen vor der Berliner Mauer im Prominentenviertel Pankow-Niederschönhausen waten „DDR“-Grenzposten zur Zeit in Farbe. Aber nicht nur die Schießscharten bekommen einen (eierschalenfarbenen) pflegeleichten Anstrich. In allerhöchstem Staatsauftrag wetteifern Anstreicherbrigaden entlang der innerstädtischen Grenze um eine neue Optik.

Fassadenmaler turnen an den noch bewohnten Häusern, die zur Kulisse des waffenstrotzenden Todesstreifens geworden sind. Die in drei Jahrzehnten kommunistischer Zwangsherrschaft zu Bruchbuden verkommene Gebäude sollen mit Hilfe von Pinsel und Farbe wieder einen Anstrich von Gediegenheit bekommen. Das neue Kleid kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, was sich hinter den Kulissen abspielt.

Wer in diesen Tagen mit der Stadtbahn Berlin vom Norden zum Süden durchquert, wird unwillkürlich an die Idee des russischen Fürsten Potemkin erinnert, hohen Staatsbesuchern Wohlstand vorzugaukeln: Er ließ Dorfsilhouetten aufstellen und seine Gäste in einiger Entfernung daran vorbeifahren. Potemkinsche Dörfer stehen seitdem sprichwörtlich für Trugbilder, Vortäuschungen.

Der moderne Potemkin bedient sich dabei der Psychostrategie marxistisch-leninistischer Agitatoren. Zur optischen Täuschung mit Pinsel und Farbe, die nach Westen hin leuchtende Giebeldekorationen blenden lassen, tritt die Drohung, Jüngst galt sie dem Bundesgrenzschutz, weil dieser noch immer das unmenschliche System der tiefgestaffelten Sperren und Todesautomaten vorführt.

Die breit angelegte Offensive – mit den Mitteln der Make-ups bis hin zur massiven Einschüchterung – zielt darauf ab, der Ostberliner Führung eine weitere Aufwertung zu verschaffen: Die schweigende Anerkennung der Mauer als „normale“ deutsch-deutsche Grenze. Das bankrotte System und das Blut der Opfer kann übertrümpft werden; das Unrecht wird damit nicht gelöst.

Andropows Antwort

Von Fried H. Neumann

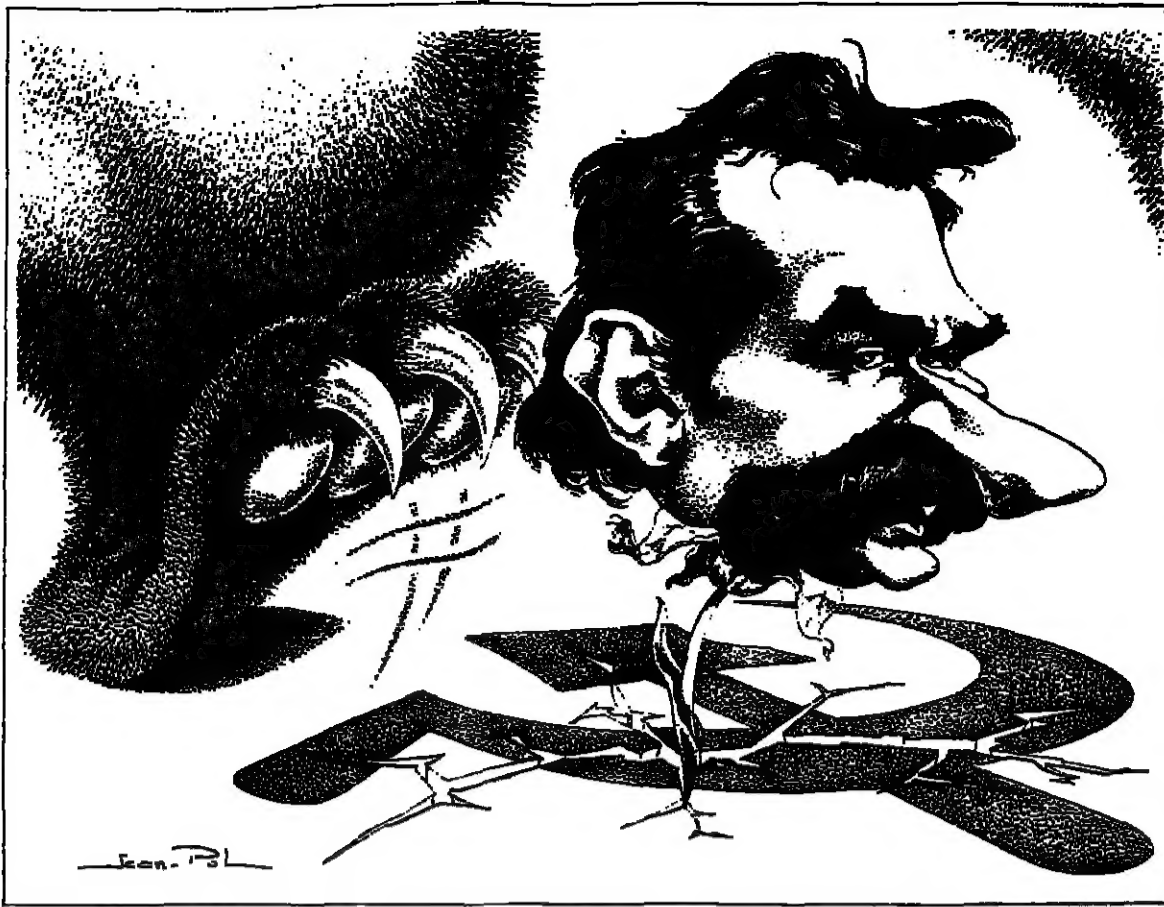
Drei Tage hielt Moskau still, nur flüchtig war Tass auf die Rede Reagans eingegangen. Dann meldete sich Generalsekretär Jurij Andropow selbst zu Wort – in einer Form, die sich bereits zu Breschnews Zeiten eingespielt hat: Alle sowjetischen Zeitungen und das Fernsehen verbreiten die Antworten des Parteichefs auf „Fragen“ der Prawda.

Zwar wird vom Generalsekretär eingeräumt, die Sowjetunion habe in den letzten zwei Jahrzehnten tatsächlich ihre Verteidigungsfähigkeit erhöht, aber doch nur, um die strategische Parität mit den USA zu wahren und ihnen die Möglichkeit zu nehmen, „uns mit atomarer Bedrohung zu erpressen“. Das sowjetische Drohpotential bleibt klügelich unter dem Tisch.

Andropow hat immerhin bekräftigt, daß Moskau bereit bleibe, mit Washington über die beiderseitige Reduzierung der Atompotentiale zu verhandeln, wenn dadurch das Gleichgewicht nicht beeinträchtigt werde. In Genf, wo man seit langem nicht von der Stelle kommt, wird man es gern hören.

Dem US-Präsidenten unterstellte Andropow, mit seinem Langzeitprogramm die Sowjetunion schlechterdings entwarnen zu wollen. Denn die Antiraketenwaffen seien dazu bestimmt, der anderen Seite die Möglichkeit eines Gegenschlages zu nehmen.

Natürlich läßt der Kremelchef unerwähnt, daß in der Sowjetunion intensivste Vorbereitungen für die militärische Verwendung von Laserstrahlen und Weltraumantennen im Gange sind. Durch diese technischen Entwicklungen, bei denen Moskau einen großen Vorsprung gewonnen hat, ist die vertragliche Regelung von Raketenabwehrsystemen im Zusammenhang mit dem ersten SALT-Vertrag von 1972 unterhöhlt worden. Darüber erfährt man jedoch von Andropow, der fast beschwörend an diesen einzigen noch gültigen zweiseitigen Rüstungsbegrenzungsvertrag erinnert, kein Wort.



ZEICHNUNG: JEAN POL

Wieder klappern die Dominos

Von Heinz Barth

Die Domino-Steine, von denen Dwight Eisenhower vor 25 Jahren zum ersten Mal sprach, klappern jetzt wieder auf den Marmortischen der politischen Literatur. Aber auch nach so langer Zeit können sich Amerikas Star-Kolumnisten nicht einig werden, wie viel oder wie wenig an der heftig bekämpften Domino-Theorie dran ist. Darüber stritten sie schon in den fünfziger Jahren, lange bevor die veröffentlichte Meinung in den USA durch massiven Einsatz die Kapitulation in Vietnam erzwingen hatte. Das hinterließ ein Trauma, unter dem die amerikanische Außenpolitik noch lange leiden wird.

Denn für die Vordenker mit der globalen Friedensvision war es schon damals keine Frage, daß Hanoi sich in seinem nationalen Befreiungskampf gegen die amerikanischen „Unterdrücker“ für eine gerechte Sache schlug. Wer an Eisenhower's Domino-Theorie erinnerte, mußte sich darauf gefaßt machen, mit einer Laune von Herablassung und Besserwissen übergossen zu werden. Außenpolitische Dilettantismus war das mindeste, was gegen die These des angeblich naiven Militärs Eisenhower ins Feld geführt wurde.

Daß nach Amerikas schmählichem Rückzug aus Saigon nicht nur Südvietnam, sondern auch Laos und Kambodscha von den KP-Strategen inkassiert werden würden, war eine Prophezeiung, die von den analytischen Genies in den Ostküsten-Redaktionen und an den effeminierten Hochschulen Neuenglands lächerlich gemacht wurde. Als die Dominos in Südostasien dann tatsächlich fielen, überkam die Gegner Johnsons und Nixons, die von ihnen zur Kapitulation gezwungen worden waren, ein verlegenes Schweigen. Es wurde auf einmal still um Eisenhower's Theorie.

War es ein Schweigen aus Betroffenheit, wie man wohl hoffen durfte? Leider nicht. Denn heute, da Ronald Reagan es zu verhindern sucht, daß an einer anderen Stelle des Globus, in der Karibik, die Domino-Steine einer nach dem anderen fallen, lebt die Polemik gegen Eisenhower's Theorie mit neuer Schärfe wieder auf. Es ist dem Präsidenten nicht vorzuzurufen, daß er sich

bei seiner Hilfsaktion für die Regierung El Salvadors, die aus demokratischen Wahlen hervorging, zu weit vorwagt. Amerikanische Truppen sind nicht in Mittelamerika eingesetzt. Niemand im Weißen Haus würde riskieren, sie in den Kampf zu schicken. Außer einer Handvoll Militärberater und einer nicht zu großartig bemessenen Finanzspitze hat El Salvador nicht viel von Washington zu erwarten. Dafür sorgt schon der Kongreß, der den Dollar für die von der kommunistischen Expansion bedrohten Länder mit spitzen Fingern zahlt.

Offensichtlich haben Amerikas liberale Vordenker, die keine Nachdenker sind, wie einst die französischen Reaktionäre, nichts vergessen und nichts dazugelernt. Sie verfahren nach einem einfachen Rezept: Es wird nicht zur Kenntnis genommen, daß die Dominos, die nach 1975 in Asien klapperten, längst auch in der Karibik zu fallen begonnen haben. Nicht El Salvador ist der „erste Domino“, wie ein bekannter Kolumnist behauptet. Der erste Stein, der fiel, hieß Kuba. Dann folgte eine lange Pause, zu der Moskau durch Chruschtschows kapitalen Irrtum, das kubanische Raketen-Abenteuer, gezwungen wurde.

Doch seit einigen Jahren purzeln die Dominos wieder. Grenada und Nicaragua sind bereits



Der Vater der Domino-Theorie: Dwight D. Eisenhower, 1952 bis 1960 US-Präsident. FOTO: UPI

gefallen. El Salvador ist das nächste, Guatemala wohl das übernächste Ziel. Da wird es für die Gegner der Domino-Theorie immer schwerer, den Nachweis zu führen, daß kein Zusammenhang zwischen den Ländern besteht, die dem Terror des Linksextremismus ausgeliefert sind. „Die Dominos stürzen nicht, weil sie vom langen Arm Moskaus oder Havanas umgestoßen werden“, möchte uns Stanley Karnow einreden, „sondern weil sie innerlich schwach sind und auch ohne Zutun von außen stürzen würden.“

Da fragt sich natürlich jeder, warum das revolutionäre Sandino-Regime Nicaraguas seine Guerrillas aussendet, um den Bürgerkrieg nach El Salvador zu tragen. Es sind ziemlich klägliche Argumente, die Reagan von seinem Eingreifen in Zentralamerika abhalten sollen. „Gesunde Gesellschaften“, so werden wir belehrt, „haben keine Terroristen“ – also ob es in der Karibik je gesunde Gesellschaften gegeben hätte. Bemüht sich aber einmal ein Land um seine politische Stabilisierung, wie es El Salvador bei den letzten Wahlen tat, dann wird das systematisch heruntergespielt. Die langen Schlangen, die damals in dem kleinen Land vor den Wahllokalen anstanden, während in der Nähe die Maschinen-Pistolen der Guerrilla ratterten, huschten sekundenschnell über westliche Bildschirme – dann wurde schleunigst abgeschaltet.

Merkwürdig, daß Amerikas demokratische Opposition sich so wenig für die Neuwahlen erwärmen kann, die in El Salvador noch dieses Jahr, ungewöhnlich früh nach der letzten Wahl, abgehalten werden sollen – nicht um den Friedenswillen der Mehrheit zu bestätigen, der keiner Bestätigung bedarf, sondern um ein weiteres Mal für die Demokratie, den parlamentarischen Pluralismus und gegen die Linksdiktatur zu demonstrieren. Es ist entlarvend, daß ausgerechnet die demokratischen Tugendwächter des Westens von solchen Wahlen nichts wissen wollen. Sie ziehen schematische Parallelen, als ob es keinen Unterschied der Bedrohung zwischen den Dominos Asiens und der Karibik gebe, die auf der Türschwelle der USA klappern.

IM GESPRÄCH David Steel

Glatte Schale, harter Kern

Von Fritz Wirth

Dieser junge Mann* – so nannte ihn einst Margaret Thatcher. Mehr fiel ihr zu David Steel nicht ein. In dieser fast nichtssagenden Beschreibung machte jedoch der Ton die Musik. Sie sprach diese drei Worte nicht mit großbürgerlicher Fürsorge, sie sprach sie ärgerlich wie eine Frau, der ein Lausbube soeben die Fensterscheiben eingeworfen hat.

Sie lag mit dieser Beurteilung richtig, denn „dieser junge Mann“ mag aussehen wie ein netter, wohlgezogener Junge von nebenan und wie der erste Choriknabe der britischen Politik, in Wahrheit verbirgt sich hinter diesem Image einer der härtesten, ausgekochtesten und zielstrebigsten politischen Taktiker in Westminster. „Dieser junge Mann“ ist seit Monaten eine der höchgeschätzten Persönlichkeitstendenzen der britischen Politik. Wenn die Meinungsforscher die Briten befragen, wen sie denn für den fähigsten Premierminister halten, fällt ihnen seit langer Zeit nach Frau Thatcher zuerst immer David Steel ein.

Sie liegen mit diesem Urteil richtig, denn David Steel macht überhaupt kein Geheimnis daraus, daß der Einzug in Downingstreet 10 für ihn die einzig denkbare Endstation seiner politischen Karriere ist. Er wußte seit dem Jahre 1975, als er – 37jährig – die Führung der britischen liberalen Partei übernahm, daß er und seine Partei aus eigener Kraft niemals den Weg zur Macht schaffen würden. Es ging nur um Haken und um dann war ihm nahezu jeder Partner recht.

Daher ließ er sich bereits kurze Zeit später auf Lib-Lab-Bündnis mit James Callaghan ein, wobei er, unerfahren und naiv, zunächst von seinen neuen Partnern schnell überfahren wurde. Steel rächte sich jedoch an der Labour-Party indem er im Juli 1979 nach Brüssel reiste und dort den damaligen EG-Präsidenten Roy Jenkins, der signalisiert hatte, daß er zu den Liberalen überlaufen wolle, überredete, seine Partei fernzuberhalten und stattdessen eine vierte politische Partei zu gründen, eben die Sozialdemokraten.

Zwei Jahre später überzeugte er dann auf der Königswinter-Konferenz die britischen Sozialdemokraten, daß es für beide Parteien auf dem Wege zur Macht nur eine gemeinsame Zukunft gebe, indem sie sich zu einer Allianz vereinigten.



Bringt er die Liberalen an die Macht zurück? – David Steel. FOTO: CAMERA PRESS

Es war kein ungefährliches Spiel. Es gibt in seiner Partei starke Kräfte, die in dieser Zielsetzung – Macht und Bündnis-Politik – einen Verrat an liberalen Prinzipien sehen. Steel machte ihnen jedoch klar, daß er nicht bereit ist, eine Partei zu führen, die tiefer politischer Diaspora die reine, ungeprüfte Lehre des Liberalismus predigt.

Er ist 45, Sohn eines presbyterianischen Pfarrers, aus Schottland stammend, studierte Recht in Edinburgh und zog 1964 als jüngster Abgeordneter ins Unterhaus ein. 18 Monate später war er bereits eine nationale politische Figur. Der Paterfamilias war der Vater des „abortion law“, das die Schwangerschaftsunterbrechung legalisierte.

Sein gegenwärtiges „standing“ als höchgeschätzter Politiker der britischen Opposition ist nicht in diesem Sinne zu verstehen. Michael Footsonden auch für seinen engen Arian-Freund Roy Jenkins. Steel eigentlich sollte dieser Roy Jenkins schon vor drei Monaten offiziell als designierter Premierminister der sozialliberalen Allianz vorgestellt werden. Da die britische Wähler jedoch öffentlich viel mehr von Steel als von Jenkins wollten, wurde diese sozialliberale „Königswahl“ zunächst verschoben.

Steel selbst ist jedoch auch viel bereit, Jenkins den Vortritt zu lassen. Denn „dieser junge Mann hat im Gegensatz zu Jenkins einen großen Vorzug: Er kann warten.“

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Neue Zürcher Zeitung

Die Zeit nennt die Reagan-Kampagne über ein neues auf Zukunftsfragen basierendes Verteidigungskonzept „amerikanische Vision“.

Reagans Initiative bringt ungewöhnlich unvertraute, verkehrte, problematische Vorstellungen in die Diskussion, und sie wirkt eine Fülle von Fragen auf in einem Augenblick, wo man von Washington Antworten erwartet. Antworten besonders darauf, wie der anscheinend stockende doppelte Verhandlungsprozeß in Genf weiterzuführen sei, der die Reduktion interkontinentaler wie „eurostrategischer“ Vernichtungswaffen zum Gegenstand hat. Dieser Prozeß ist bekanntlich nicht bloß eine diplomatische Angelegenheit. Er hat, da es um die nukleare Nachrüstung in Westeuropa geht, unmittelbare und weitreichende politische, öffentliche Wirkung. Wie wird sich Reagans neue Vision auf die Lösung dieser alten Verwicklungen auswirken? Der amerikanische Präsident hat Antworten dazu auf das Monatsende in Aussicht gestellt.

NORDWEST-ZEITUNG

Das in Oldenburg herausgegebene Blatt befaßt sich mit dem SPD-Politiker Ehmske.

Horst Ehmske verläßt mit seiner Kritik an der beabsichtigten Stationierung von Pershing-2-Raketen die gemeinsamen erarbeiteten Grundlagen der NATO-Doppelbeschlüsse. Er hält damit auch der von Helmut Schmidt vorgeschlagenen Verteidigungspolitik in den Rücken. Seine Kritik an der Haltung der nuklearen Planungsgruppe ist auf breiter Front unberechtigt.

tigt. Sie läßt sich wahrscheinlich nur durch die Auseinandersetzungen im Flügel in der SPD-Fraktion erklären. Die Ehmske integriert wenig, obgleich es in dieser Frage wenig zu integrieren gibt. Darüber hinaus ist Ehmskes Absicht, sozusagen im Vorfeld der Genfer Verhandlungen auf die Stationierung von Pershing-2-Raketen zu verzichten, für die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik schädlich, weil dadurch der Verhandlungsdruck auf die Sowjetunion entfallen oder abgeschwächt würde. Realistisch betrachtet ist es daher nur gut, daß dem Einfluß von Ehmske auf die Sicherheitspolitik des Westens Grenzen gesetzt sind.

BERLINER MORGENPOST

Die Zeitung macht aus Verleumdung der SPD-Politiker Ehmske ein Thema.

In diesen Tagen wurde deutlich wie verwoben die Geschichte der freien Berlin und der Vereinigten Staaten sind. Mit Shepard St. Louis, der die Stadt zu seiner zweiten Heimat gemacht hat, und dem deutsch-amerikanischen Konflikt bekräftigte eine geistige, kulturelle und politische Partnerschaft, die für Berlin von existenzieller Bedeutung ist. ... Häufig genug haben in den vergangenen Jahren unbedachte und häßliche antirussische Ausfälle das Bild des freien Berlin in den Vereinigten Staaten verdunkelt. Man denke nur an tobenden Krawalle, anläßlich des Besuchs von Nikita Chruschtschow in Berlin – das ist ja verstanden. Der Sinn der Wahrheithaftigkeit die Wiege der deutsch-amerikanischen Freundschaft.

Strahlenkanone – das Mittel gegen die letzte Waffe

Mit einem zerplatzenden Luftballon im Ambassador-Hotel von Los Angeles fing alles an / Von Adalbert Bärowlf

In Hollywood hatte begonnen, was heute nicht mehr Hollywood ist: Reagan und Waffenstrahlen. Die Vereinigung der Elektro-Ingenieure in der Cellophanmetropole hatte 1961 die Presse ins Ambassador-Hotel von Los Angeles geladen, das Hotel, in dem Robert Kennedy sieben Jahre später erschossen wurde. Und in der Presseshow von Hollywood durchleuchteten und vernichteten die jungen Physiker Haynes und Buddenhagen des Hughes-Forschungslaboratoriums zur Eröffnung der Ingenieurstrahlung einer Lichtkanone aus einem Rubinlaser effektiv und mit lauten Knall einen roten Luftballon. So kamen am selben Abend die Todesstrahlen ins amerikanische TV und in die Zeitung. Spätestens am nächsten Tage ging den Militärs ein Licht auf.

War das das Mittel gegen die „letzte Waffe“, die Interkontinentalrakete? Fünf Jahre nach dem vom Krell angekündigten ersten Flug einer sowjetischen Superlangstreckenrakete interkontinentaler Reichweite zeichnete sich am technologischen Horizont eine lichtgeschwindigkeit Waffe gegen die

„letzte Waffe“, gegen das ballistische Geschos ab, das mit seiner atomaren Ladung via Weltraum innerhalb von zwanzig Minuten unabwehrbar jeden Punkt der Erde zu erreichen und zu vernichten vermag. Doch das ballistische Geschos, das mit achtzehnfacher Geschwindigkeit des Schalls heranzieht und lautlos tötet, bleibt bis zur Stunde ohne Abwehr. Denn es gelang weder Ost noch West, eine wirksame Gegenwaffe zu entwickeln. Nike X, Zeus Sparta oder Sprint oder Galosch hießen die erdachten und erprobten Gegenwaffen. Mit neuen Radars, deren Antennen nicht mehr rotierten, sondern deren Mikrowellenstrahl blitzartig schwenkte, versuchten die Forscher, die heranrasenden Nukleargeschosse zu orten und ihnen eine explodierende Atombombe entgegenzuschleudern. Doch die Offensive behielt mit der Technik der nuklearen Mehrfachsprengköpfe bis heute die Oberhand. Die Amerikaner haben es aufgegeben, ihre Option aus dem Anti-Raketenvertrag von 1972 überhaupt zu nutzen, und die sowjetischen Gegenraketen um Moskau sind kaum mehr als ein symbolischer Schutz.

Mit dem Auftrag Reagans an die amerikanischen Wissenschaftler, in umfassenden und intensiven Anstrengungen Waffen zu entwickeln, die das ballistische Atomgeschos neutralisieren könnten, greift der Präsident in den Raum des Vakuums, den die heranrasenden Geschosse mit ihren Supermegatonnenlasten durchziehen. Reagans Beschluß kommt gleichzeitig einer Militarisierung des Weltraums gleich, einer Entwicklung, die ohnehin seit Sputnik ihren Gang nahm und die auch für viele Erdenbürger deutlich war, seit der sowjetische Fliegermajor Jurij Gagarin und der amerikanische Oberst des Marinecorps, John Glenn, die Erde als lebende Nutzfaz in künstlichen Monden umkreisten.

Die Amerikaner klammerten sich jedoch in ihrer Öffentlichkeitsarbeit an die zivilen Aspekte der Raumfahrt mit dem Erfolg, daß der Enthusiasmus der ersten Jahre schnell verblaßte. Mit der Aussicht auf eine neue Beschäftigung von Bratpfannen lassen sich auf die Dauer schlecht jährlich fünf Milliarden Dollar aufreiben. Reagans

Initiative rückt die militärische Bedeutung der Raumfahrt in das rechte Licht. Denn hätte sie nicht diese Bedeutung, dürfte die Raumfahrt bei dem Milliardenaufwand gar nicht stattfinden. Die Energiezentren, die Herz-Zentren und die Krebszentren auf der Erde hätten die Gelder viel, viel notwendiger.

Präsident Reagans Vision und Auftrag an Amerikas Forschungszentren, die von den ballistischen Atomraketen ausgehende Multi-megatonnenbedrohung durch immaterielle Waffenstrahlen zu überwinden und damit schließlich den russischen Schrecken zu brechen, wird sich auf zwei Großkomplexe konzentrieren: einmal Entwicklung der Systeme, die in der Lage sind, die notwendig hohen Energiekonzentrationen für die Waffenstrahlen zu erzeugen, und zum anderen Erforschung der Ortungstechnik zum Erfassen der angreifenden Raketen. Am Ende der Vision schweben einige Dutzend Wächter im Kosmos, die mit ihren Infrarotsensoren jeden irdischen Raketenstart vor allem jeden Salvenstart erkennen können. Diese Sensoren verfolgen die Ra-

keten in der Auftragsphase, die Flugbahn bestimmt, Thotsche Rechner, die die elektronische Computer abbilden werden, berechnen den günstigsten Ausgah zum „Kill“ des atomaren Anglers durch die nichtatomaren Strahlenwaffen. Kohärentes Licht im Gleichschritt seiner Wellen, 23 Jahren von Theodore Maiman mit dem ersten Laser der Welt monstriert, könnte das.

Die Kriegstechnik ist bewies. Mal ist die Offensive vorn, mal Defensive. Heute halten sich ballistischen Fernwaffen der maren Offensive in Ost und West gegenseitig in Schach. Die L-waffe aus Hollywood, die 1961 roten Luftballon in der Presseshow von Los Angeles abknallte, das Potential, eines Tages an fende rote Atomraketen im V um abzuknallen. Es besteht kleine Chance, daß die limit Reagans, die zum zwangsläufig zu einem Weltfrieden in kosmischen Räumen: Es muß, eines Tages erreicht, das Schreckenwaffen von heute dem Schrotthaufen von morgen landen werden.

هكذا من القتل

Der Reichtum am Golf droht in Sand zu versickern

von PETER M. RANKE

Die fast endlose Flugpiste von Doha führt ins hitzeführende Nichts. In der Ferne sieht man ein neues Hotel, Palast, das Meer. Aber höchstens alle drei Stunden landet oder eine Maschine. Touristen kommen nicht, nur Geschäftsleute, pakistanische Arbeiter. Der Platz hat fast eine halbe Million Dollar gekostet. Aber im Moment können die Reisenden die beschatteten Plätze in der Nähe der Doha-Strasse nicht nutzen, sie nicht in anderen Staaten und die Straßen dorthin beschränkt.

Die modernen Großflugplätze sind heute auf arabischer Seite Golf, vier von ihnen wären nutzlos, wenn die Grenzbehörden, Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait und die Emirate zusammenarbeiten würden. Al-Qadisiya, Doha, Bahrain, Doha, Abu Dhabi, Dubai, Ras al Khaima und Muscat sind sich um die internationalen Fluggesellschaften als Kunden, aber sind die Milliarden-Investitionen allenfalls in Kuwait, Bahrain und Doha. Nur die Militärs und Ost mögen sich über einladenden Landebahnen in der Nähe der Ölfelder freuen.

Ähnlich wie den Flugplätzen sind die über vierzig Luxus-Fünf-Sterne-Hotels in der Region. Sie stehen ziemlich isoliert in der Wüste. Die meisten haben nicht einmal eine Ausstattung von fünfzig Prozent, daran italienische oder französische Delikatessen oder das Heer nationaler Köche wenig an. Allein das Hotel-Personal aus dem von den Philippinen oder den Indonesiern und sendet die Schecks nach Hause. Lediglich der Scheich von Sharjah gesamt Subventionen, seine mit Touristen aus Mittel- und Südamerika, doch erst einmal stöhnen sie über die gepfeiften Preise.

In Jahre eines ungeheuren Ölpreises gehen für viele Araber

zu Ende. Junge, im Westen ausgebildete Studenten am Golf und westliche Diplomaten stellen sich besorgt diese Frage, was davon übrig bleibt, denn die Einkommen schwanden angesichts des sinkenden Ölpreises. Entwicklungspläne werden gestrichen, die Unterhaltung unrentabler Anlagen wird teurer für die Staatskassen und Privatschatullen. Allein Saudi-Arabien kann sich mit seinen Dollarreserven von etwa 150 Milliarden noch hohe Ausgaben leisten. Kuwait machte 1982 schon sechs Milliarden Minus.

Wird es nach dem nationalen Aufruf in den fünfziger und sechziger Jahren ein neues „arabisches Erwachen“ geben, wenn erst einmal in aller Öffentlichkeit gefragt werden darf: Was haben die Könige, Präsidenten und Scheichs eigentlich mit dem Ölreichtum angefangen? Wo sind die Milliarden geblieben? Freie Krankenhäuser und Schulen, Auslandsstudium, soziale Leistungen. Einige Industriewerke, Gut, sie geben Millionen von Fremden Lohn und Brot. Aber wie geht es weiter?

Keine der großen Zukunftsaufgaben in der arabischen Welt ist wirklich in Angriff genommen worden. Durch eine ungeheure Verschwendung wurden Milliarden verbaut oder flossen in den aufgeblähten Konsum. Die Abhängigkeit von der Industrie in Japan und im Westen und von Millionen asiatischer Arbeitskräfte ist ins Groteske gestiegen. Das Denken in Clans und Claqueurs verhindert Fortschritt. „Sie denken von zwölf bis Mittag und vor allem an sich“, teilt uns in Doha ein indischer Arzt seine Erfahrungen mit.

Ob die Bevölkerung aufbegehrt, wenn die ausgedehnte soziale Fürsorge und der „schnelle Schein“ im Basar nicht mehr möglich sind? Wohl kaum. „Wir kommen auch mit weniger aus“, hören wir oft zwischen Mascat und Doha. „Vor allem können wir auch ohne Fremde, ohne Ungläubige leben.“ Persien und Khomeini sind offenkundig nicht weit: Rückkehr zum einfachen Leben als religiöses Gebot.

Doch zehn Jahre Reichtum werden ja nicht völlig vertan. Neugestaltete Paläste, die künstliche bewässerte Landwirtschaft, die Entsalzungsanlagen, die neuen petrochemischen Werke, die Häfen und Hochhäuser – kündigen sie nicht vom Fortschritt, sind die nicht Guthaben für eine Zukunft ohne Öl? Ja und nein. Kein westlicher Betriebswirtschaftler kann den neuen Industrieanlagen ein rentables Wirtschaften bescheinigen, wenn jede Fachkraft und jedes Ersatzteil weiterhin eingeflogen und daher teuer bezahlt werden müssen. Dazu kostet der schnelle Verschleiß durch Klima und mangelhafte Wartung hohe Summen.

Von der Rüstung gar nicht zu reden. Jedem saudischen Piloten steht ein voll eingerichtetes Haus, dazu Sportplatz und Schwimmbad zur Verfügung, wenn er in die neue Luftbasis Tabuk versetzt wird. Im Haus fehlen weder das Silberbesteck noch der Mixer für die Obstsaft. Die Messen saudischer Marine-Offiziere sind geschmückt mit teuerstem Kristall, und ein einfacher Armeemechaniker in Abu Dhabi bekommt monatlich umgerechnet zweitausend Mark. Warum? Kaum jemand ging sonst freiwillig zur Armee.

Was nicht nur Diplomaten oder Manager westlicher Firmen, sondern auch dem arabischen Mittelstand auffällt, ist die mangelnde internationale Planung. Da ist das Nachbarland Sudan mit so viel Land und Wasser, daß es den gesamten Nahen Osten und Afrika mit Korn und Fleisch versorgen könnte, wenn man nur das Geld zur Erschließung bereitstellt. Aber Khartum muß für arabisches Öl jährlich 500 Millionen Dollar kostbare Devisen ausgeben, das Land ist praktisch bankrott und kann seine 30 Millionen Menschen kaum noch ernähren. Sicher, die Saudis und ihre Banken haben zögernd einige Kredite. Doch der große Wurf, die tatkräftige Erschließung Sudans, blieb aus, während nebenan in Arabien das Geld mit vollen Händen und oft sinnlos ausgegeben wurde. Entwicklungshilfe wird fast ausschließlich dem Westen überantwortet.

Oder zum Beispiel Ägypten. Mit Ölgeld hätte man die notwendige Umsiedlung der Fellachen an den oberen Nil oder selbst an den Tigris in Angriff nehmen können, wie es die Iraker ansatzweise versucht haben. Aber Bagdad hat kein Geld mehr zur Ansiedlung der Fellachen, es hat 30 Milliarden Dollar Schulden wegen des Golfkrieges. Und Ägypten erstreckt fast schon unter seinen 45 Millionen Menschen, alle zehn Monate werden eine Million mehr. Hätte das Nil-Land wie 1950 nur dreißig Millionen, wäre es ein reiches Land.

Doch islamischer Fundamentalismus verhindert Geburtenkontrolle. Daher gibt Kairo heute schon sieben Millionen Dollar täglich für Lebensmittelporporte aus, die Subvention der Grundnahrungsmittel kostet jährlich 318 Millionen Dollar und wächst ständig mit der Bevölkerung.

Der heutigen Generation in der arabischen Welt wird bei knappen Kassen wahrscheinlich bald klarwerden, daß man mehr aus den Ölmilliarden gewinnen konnte als tatsächlich geschehen ist. Zuviel ist bereits versäumt worden. Und das ist nicht dem Westen oder gar dem Palästina-Problem anzulasten. Dafür tragen Egoismus, nationale Vorurteile und mangelnde Zukunftssinn die Verantwortung – zu Lasten kommender Generationen zwischen Nil und Euphrat, Jordan und Indischer Ozean.



Eine Front gegen den drohenden Verlust von 5400 Arbeitsplätzen: HDW-Arbeiter beim Protestmarsch auf dem Werftgelände in Hamburg. FOTO: CORNELIA GUS/CPA

Ein Kampf mit dem Tod auf Raten

Von WALTER H. RUEB

Betriebsratsvorsitzender Holger Mahler ballte die Faust und drohte dem Chef der Holzwaldwerke-Deutsche Werft AG: „Sie verstehen Ihr Handwerk, für das Sie bezahlt werden. Bei Ihren Glanzzeiten, wie man systematisch Deutschlands größte Werft kaputt bekommt, leisten Sie ganze Arbeit. Solche Heldentaten werden sicherlich entsprechend honoriert...“ Aber Sie, Herr Ahlers, werden uns noch kennenlernen. Wir Arbeitnehmer der HDW werden nicht zusehen, wie man uns die Arbeitsplätze unter dem Hintern wegzieht...“

Die Drohungen des Betriebsratsvorsitzenden geben die Stimmung auf den Werftanlagen der HDW in Hamburg und Kiel wieder. Keiner der fast 12.000 Mitarbeiter hat für das Sanierungskonzept, das seit Tagen zwischen Waterkant und Alpen Schlagzeilen macht und die Abkürzung des Unternehmensnamens mittlerweile bis in den hintersten Winkel Deutschlands zu trauriger Berühmtheit kommen ließ, ein Wort der Zustimmung.

Der geplante Abbau von 3800 Arbeitsplätzen und von Sozialleistungen, die Verschärfung der Kurzarbeit und vor allem die Einstellung des Schiffbaus in Hamburg haben auf den Werften Unruhe und Unsicherheit, heftige und von Sorgen geprägte Diskussionen ausgelöst und mehrere Warnstreiks zur Folge gehabt.

Schon am frühen Morgen schwammen ganze Schiffsladungen geballter Wut und Empörung, wilder Entschlossenheit und Kampfbereitschaft von den St. Pauli-Landungsbrücken hinüber zum Werk Ross der HDW. Da greifen Hunderte von Händen bereitwillig, ja gierig nach bunten Extrablättern der KPD, kein Flugblatt von SPD oder Grünen landet zerkrümelt in den trüben Fluten der Elbe.

Dicht gedrängt, Schulter an Schulter und mit harten Gesichtern stehen und sitzen die Schiffsbauer während der Überfahrt zu „ihrer“ Werft nebeneinander, eine unruhige, solidarische Truppe, die viel Dampf abläßt. Und es dampft im warmen Schiffsinnen, weil die Männer aus dem Schneeregen kommen.

Fäuste knallen auf die Tische,

böse Worte fallen. Die deutschen sind zu verstehen, jene aus dem Munde türkischer Gastarbeiter sind zu erraten. „Nach dem Krieg haben wir diese Werft wiederaufgebaut“, schimpft ein Arbeiter. „Und wir waren es auch, die dafür gesorgt haben, daß sich einige unserer Bosse Villen im Tessin bauen konnten. Und jetzt schmeißt man uns raus.“

Die Überfahrt dauert kaum zehn Minuten – eine lange Zeit, in der sich Empörung, Angst und Sorgen in den Gesprächen ballen. Weil die nicht weiterwissen, nehmen sie denen alles weg, die sowieso nichts haben.“ Manchmal dringen Schlagworte durch: „Norddeutschland darf nicht zum Armenhaus der Nation werden“, sagt einer und stopft die DKP-Zeitung in die Tasche.

Manche hocken still da, nahezu apathisch, einige lehnen fast unbetellig an der Wand, andere klammern sich an metallenen Stangen fest. „Der ganze Vorstand gehört abgelöst“, brüllt einer. Sein Blick fällt auf mich. Mißtrauen tritt in seine Augen. Er verstummt. Die Umstehenden werden aufmerksam. Einige drehen sich um, suchen nach dem Grund der Verunsicherung ihres Kollegen. Trotz aller Ungestüm beim Protest, trotz aller Empörung sind Unsicherheit und Furcht vor den Folgen unvorsichtigen Verhaltens spürbar. Keiner will wohl riskieren, seinen Arbeitsplatz wegen unbedachter, überzogener Äußerungen zu verlieren.

Hinter vielen Worten zeigt sich Resignation

Eine bedrückende Schweigsamkeit begleitet uns auf den restlichen Metern. Schließlich ist das Werk Ross, für viele in diesen Tagen eine Art Endstation Sehnsucht, erreicht. Das Anlegemanöver ist kurz. Die Tore öffnen sich. Die Masse wälzt sich an Land, in breiter Front. Auch hier stehen Kameraden mit Flugblättern und Extrablättern. SPD, Grüne, DAG und KPD scheinen allgegenwärtig.

Im Strom der Arbeiter fühlt man sich geborgen, sicher. Aber so leicht kommt in diesen Tagen kein Fremder auf das Werftgelände, schon gar nicht am Tag der Betriebsversammlung. Ordner, Kon-

trollen und Männer vom Werkschutz sind auf Posten. Einmal auf dem Werftgelände, bleibt man vom Werkschutz unbehelligt. Der Weg zur Kantine ist markiert von Strömen von Arbeitern in Dunkelblau und von gelben und braunen Schutzhelmen.

In der riesigen Halle sind eine Stunde vor Beginn der Betriebsversammlung schon viele Plätze besetzt. Bei Kaffee und Butterbrot sind die Arbeiter zugänglich. Hier sind sie unter sich, fühlen sich sicher. Mißtrauen verflüchtigt kein Gespräch. Offenheit ist Trumpf.

Was diese Offenheit offenbart, ist teilweise erschreckend. Von der Aggressivität auf dem Schiff ist einiges gewichen. Hinter vielen Worten manifestiert sich gar abgrundtiefe Resignation. „Wir erleben hier nichts anderes als den Tod auf Raten“, klagt ein etwa Fünfzigjähriger. „Von 21.500 Mann ist die Belegschaft in wenigen Jahren auf 12.000 abgebaut worden. Und bald werden es noch 4000 weniger sein.“

Ein anderer spricht ruhig und zündet sich eine Zigarette an. Seine Hand zittert nicht. „Ich brauche um meinen Arbeitsplatz keine Angst zu haben“, erklärt er. „Ich bin im Maschinenbau beschäftigt. Wir haben genug zu tun, machen sogar Gewinne. Aber die anderen...“

Einige der anderen sitzen am Tisch nebeneinander. Gibt es hier eine Zwei-Klassen-Belegschaft? Bei einem Rundgang durch die Halle bekommt man Einblicke und überraschende Erkenntnisse. Man sitzt auf jene, deren Zukunft gesichert ist, dann auf die, deren Hände vom Schiffbau schwerelos sind, die demnächst überflüssig werden. „Sollen wir ins soziale Elend abgleiten?“, fragt einer von ihnen. Oft lassen die Sätze erkennen, daß die Berge bedrückten Papiers auf Tischen und in Taschen nicht ungelesen bleiben: „Ist das Mißverständnis, was wir hier erleben?“ fragt einer. „Wann bekommen die Bosse für ihre Arbeit die Große Verdienstmedaille der Bundesrepublik?“ höhnt ein anderer. Einer packt mich am Kragen, schüttelt mich. „Ist das euer Aufschwung?“

Ein Stimmengewirr brodelte um den Tisch. Da wird über die „Schweimerei des Verkündungstermins erst nach den Wahlen in Schleswig-Holstein“ geschimpft, die „Einführung der 35-Stunden-Woche trotz allem“ gefordert, die „vom Verkauf bedrohten Werkswohnungen und die dann steigenden Mieten“ ins Gespräch gebracht. Einer stößt vor Erregung seinen Kaffeebecher um, mehrere bekommen rote Gesichter, drei rufen gleichzeitig: „Ich gehe aus meiner Wohnung nicht raus.“

„Wo bleibt da die soziale Verantwortung?“

Schuldzuweisungen fehlen bei den meisten Schimpfkampagnen. „Schuld, was heißt das schon“, meint ein grauhaariger Mann. „Schuld sind alle: Hamburg, das Land Schleswig-Holstein, die Bundesrepublik.“ Ob denn die neue Bundesregierung nach ihrer Meinung tatsächlich die Verantwortung trage? „Nein“, winkt der Grauhaarige ab. „Schuld ist die Krise im Schiffbau. Aber der Staat muß etwas für uns tun. Egal, ob eine SPD- oder CDU-Regierung am Ruder ist.“

Alle anderen zollen dem Sprecher Beifall, mehrere klopfen ihm auf die Schultern. Der Alte hebt die Hand: „Entlassungen in einem staatseigenen Betrieb? Das darf es nicht geben. Ist das staatliche Fürsorge? Wo bleibt da die soziale Verantwortung?“

Ein Pfeifkonzert unterbricht ihn. Am Eingang der Kantine entsteht Bewegung. Alles erhebt sich, Stühle fallen um. Viele klettern auf Bänke und Tische. „Der Ahlers“, schreibt einer. Gellende Pfeife begleitet den HDW-Vorstandsvorsitzenden beim Spießerlaufen zu seinem Platz. Er macht ein ernstes Gesicht. „Am Montag bekommt du im Aufsichtsrat die Antwort“, ruft ihm jemand zu. „Das steht jetzt schon fest, daß dein Sanierungskonzept abgelehnt wird.“

In der jubelnden Zustimmung geht die Skepsis des Grauhaarigen unter. „Die machen trotzdem, was sie wollen“, meint er. „Und wir sind die Dummen. Verdammte, welch ein Elend...“ Inmitten aufgeregter gestikulierender Arbeitskollegen sitzt er auf seinem Stuhl, blickt mich an, zuckt mit den Schultern – ein Bild der Resignation. Schließlich gibt er sich einen Ruck, ruft mir zu: „Aber es bleibt ja noch der Stuhl!“



Bahrain: Eine Autobahn durch die Wüste. Für wen? FOTO: GERARD KLON

Ihr Kurs auf dem Aktienmarkt sollte von Ihrem persönlichen Anlageziel gesteuert werden.

Die Aktie ist ein wesentlicher Bestandteil der qualifizierten Vermögensbildung. Denn sie bietet die Möglichkeit, sich – entsprechend Ihren persönlichen Bedürfnissen und Zielen – an ausgewählten Unternehmen zu beteiligen. Sei es auf dem Gebiet der Elektro- oder Anlagentechnik, des Automobilbaus sowie in anderen führenden Bereichen der deutschen Wirtschaft. Die richtige Einschätzung eines Unternehmens ist die entscheidende Basis für eine erfolgreiche Anlage in Aktien. Sie setzt detaillierte Markt- und Unternehmenskenntnisse voraus.

Sprechen Sie darüber mit unserem Anlageberater. Nutzen Sie die Kompetenz und Marktkenntnis der Deutschen Bank, einer der führenden Großbanken der Welt. Mit ihrem schnellen und sensiblen Informationsapparat. Und der Erfahrung aus vielen Jahren der erfolgreichen partnerschaftlichen Tätigkeit im Auftrag des Kunden.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Deutsche Bank



Mertes für Gemeinsamkeit mit Opposition

dpa, Bonn
Die Wiederherstellung einer breiten Gemeinsamkeit zwischen Regierung und Opposition in Fragen von Sicherheit und Abrüstung hat der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), gefordert. Dadurch könnten die Chancen der Genfer Verhandlungen erhöht werden, erklärte Mertes gestern in Bonn.
Nach dem Inkrafttreten der Ost-Verträge und Helmut Schmidts Londoner Initiative zur Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen habe die CDU/CSU von 1977 an fünf Jahre lang alle Positionen im Bereich der politischen und militärischen Friedenssicherung beschützt und uneingeschränkt mitgetragen. Die parlamentarische Absicherung der Verhandlungspositionen der Bundesrepublik Deutschland im atlantischen Bündnis und im Ost-West-Verhältnis sei auch heute ein Erfordernis höchster Dringlichkeit, meinte Mertes.
Die staatspolitische Verantwortung aller demokratischen Parteien müsse bei Fragen der Tragweite Vorrang haben vor innenpolitischer Taktik. „Hans-Jochen Vogel würde eine nationale Leistung ersten Ranges im deutschen Interesse vollbringen, wenn er die SPD-Bundestagsfraktion zum klaren Bündnispartner Wehner/Schmidt/Leber/Apel zurückführen würde“, sagte der CDU-Politiker.

Soerensen ab 19. April vor Gericht

dpa, Düsseldorf
Vor dem 4. Strafsenat des Düsseldorf Oberlandesgerichts beginnt am 19. April der Spionage-Prozess gegen den dänischen Journalisten Flemming Soerensen (52), der zwischen 1970 und 1979 in Bonn für Ost-Berlin als Agent gearbeitet haben soll. Soerensen, der seit dem 3. September vergangenen Jahres in Untersuchungshaft sitzt, hat bislang jede Agententätigkeit bestritten. Nach Angaben des Oberlandesgerichts sollen in dem Verfahren, das vorerst bis Mitte Mai terminiert ist, 30 Zeugen und drei Sachverständige gehört werden. Nach Auffassung der Karlsruher Bundesanwaltschaft hatte sich Soerensen spätestens im Jahre 1970 vom militärischen Nachrichtendienst der „DDR“ als Agent anwerben lassen.

Späth hält an Bau von Wyl fest

AP, Freiburg
Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth hält unverändert an der Absicht fest, trotz aller Widerstände und Proteste in der betroffenen Region das seit acht Jahren heftig umstrittene Kraftwerk Wyl am Kaiserstuhl zu bauen. Späth erklärte in Freiburg, die Landesregierung sehe den 1300-Megawatt-Reaktor angesichts der für die 90er Jahre erwarteten Zuwachsraten beim Stromverbrauch als notwendig an.

Jugendweihen in der „DDR“

AP, Berlin
In der „DDR“ hat am Wochenende die alljährliche sozialistische Jugendweihen begonnen, an der in den kommenden Wochen etwa 300 000 vierzehnjährige Mädchen und Jungen teilnehmen werden, wie die Ostberliner Nachrichtenagentur ADN berichtet. Im Mittelpunkt dieser staatlichen Gelbblütfest steht das Versprechen der Jugendlichen, sich „zu ihrer sozialistischen Heimat“ zu bekennen und „sich für den Frieden einzusetzen“.

DIE WELT (wupp 603-500) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07615 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 550 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Die 12. Deutsch-Amerikanische Konferenz in Berlin Besorgnis über die Zukunftsangst in Europa

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin
Die Bundesrepublik und die USA haben ein größeres Interesse an der Aufrechterhaltung der Absicherung als jede andere Nation. Das erklärte der Amerikaner Robert Ellsworth zum Abschluß der 12. Deutsch-Amerikanischen Konferenz in Berlin. Da die Abschreckung jedoch im wesentlichen ein „psychologisches Phänomen“ sei, könne es durch Mißverständnisse und Fehlkalkulationen unterminiert werden, fügte Ellsworth hinzu.
Die Bedeutung der Abschreckung und die Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts zwischen Ost und West nahmen in den dreitägigen Beratungen in Berlin einen breiten Raum ein. Welchen Rang die Beziehungen zwischen Bonn und Washington in den Augen der Amerikaner haben, machte Ellsworth deutlich, als er erklärte, daß die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik die „beiden Eckpfeiler eines internationalen Systems“ seien, dessen Erhaltung und Weiterentwicklung im gemeinsamen Interesse liege.
In den Beratungen der Deutschen und Amerikaner in Berlin wurde jedoch auch deutlich die Besorgnis zum Ausdruck gebracht, daß in der öffentlichen Meinung Europas das Verständnis für die Zusammenhänge von Sicherheit, militärischer Abschreckung und Aufrechterhaltung eines militärischen Gleichgewichts zwischen Ost und West in einem bedenklichen Maße einer Zukunfts- und Kriegsanxiety gewichen ist. Die Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung in die Sicherheitspolitik des Bündnisses wurde deshalb als dringende, jedoch auch schwierigste Aufgabe der Allianz bezeichnet.

Erleichterung in den USA

Eine wichtige Voraussetzung dafür sei die Aufrechterhaltung beider Teile des Brüsseler Doppelbeschlusses. Die Erleichterung der Amerikaner darüber, daß dies nach dem Ergebnis der Bundestagswahlen am 6. März durch die Regierung in Bonn in vollem Umfang gewährleistet ist, war nicht zu überhören. Dennoch wurde mit Nachdruck von dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Kenneth Dam auf die Notwendigkeit der Entschlossenheit des Bündnisses zur Modernisierung

sowohl der strategischen Streitkräfte als auch im Bereich der Mittelstreckenraketen hingewiesen, da nur auf diese Weise ein Einlenken der Sowjets bei den Genfer INF-Verhandlungen zu erreichen sei. Die Erfahrung lehre, daß die Sowjets „umsonst keine Zugeständnisse machen“, erklärte Dam. Er wies in diesem Zusammenhang mit Nachdruck darauf hin, daß die europäischen Bündnispartner auf Grund der Brüsseler Beschlüsse zur Dislozierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen verpflichtet seien, falls in Genf ein Abkommen nicht erreicht werde. Dam versicherte zugleich, daß die Amerikaner jeden vernünftigen Vorschlag der Sowjets prüfen würden, der mit den Prinzipien des Bündnisses in Einklang zu bringen sei.

Osthandel ausbauen

Angesichts der gewaltigen sozioökonomischen Aufrüstung der Sowjetunion und der bedrohlichen Arbeitslosigkeit im Westen sowie erheblicher politischer Meinungsunterschiede innerhalb der Allianz, forderte Dam die Ausarbeitung einer „neuen gemeinsamen Strategie“, um die Herausforderungen auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet bewältigen zu können.

In den Beratungen über den Gesamtkomplex der Ost-West-Beziehungen und der bündnisinternen Problematik wurde allerdings deutlich, daß durchaus unterschiedliche Auffassungen über die Substanz einer gemeinsamen neuen Strategie der Allianz bestehen. Zwar wurde sowohl von deutscher als auch von amerikanischer Seite versichert, daß man nicht daran denke, einen Wirtschaft- und Handelskrieg mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten zu führen. Doch gingen die Meinungen darüber auseinander, ob der Ost-West-Handel weiter ausgebaut oder eingeschränkt werden solle. Nicht nur von deutscher Seite wurde die Ausweitung des Handels als ein stabilisierender Faktor der Ost-West-Beziehungen bezeichnet. Auch der amerikanische Senator Charles Mathias plädierte dafür, den Russen neue Möglichkeiten eines erweiterten Handels anzubieten, vor allem auch, um „ein anhaltendes Wachstum“ im eigenen Lande zu garantieren.

Dank an Amerika

Von AXEL SPRINGER

In seinem Verlagshaus an der Mauer begrüßte der Berliner Verleger Axel Springer am Sonntag die Teilnehmer der 12. Deutsch-Amerikanischen Konferenz der Atlantik-Brücke e.V. und des American Council on Germany mit einer Rede, die wir im Auszug wiedergeben.

Als ich diese Dank- und Grußworte vorbereitete, stieß ich auf eine Äußerung von Präsident Ronald Reagan, die er jüngst gemacht hat. Der Präsident sagte: „Die Sowjets haben das Tempo ihrer Rüstung nicht verringert, und sie benutzen ihre militärische Macht, um ihren Einfluß auszubauen und ihren Willen in jeder Ecke der Welt durchzusetzen.“

Dies erinnert mich an einen Brief, den vor fast 60 Jahren der Schweizer Diplomat Carl Burckhardt an seinen Freund, den österreichischen Dichter Hugo von Hofmannsthal, schrieb. In diesem Brief aus dem Jahr 1925 kritisiert Burckhardt die westlichen Staatsmänner seiner Zeit wegen ihrer Haltung gegenüber Deutschland. Er sagte, es wäre falsch und potentiell gefährlich, den demokratischen Kräften der Weimarer Republik das Leben schwerzumachen. Er sah voraus, daß dies zu einer Diktatur in Deutschland führen würde.

In diesem Brief sagte Burckhardt auch, daß auf lange Sicht die größte Gefahr für den Westen von Entwicklungen östlich der deutschen Grenze kommen würde. Burckhardt warnte davor, daß alle auf Deutschland starren, aber niemand in die riesigen Regionen zwischen der Ostsee und dem Pazifik blicke, wo die größte Machtsammenballung in den Händen dogmatischer Revolutionäre entsie.

Wenn man Burckhardts Brief heute liest, ist man von seinem Weitblick betroffen. Nach dem Scheitern der demokratischen Staatsmänner in Deutschland, Walter Rathenau, Friedrich Ebert, Gustav Stresemann, Otto Braun, Heinrich Brüning – um einige zu nennen – übernahm ein Wahnsinniger die Macht. Binnen weniger Monate erhielt er vom Westen mehr Zugeständnisse, als alle demokratischen Staatsmänner der Weimarer Republik in 14 Jahren erhalten hatten. Aber im Gegensatz zu ihnen war sein Ziel

Zerstörung, nicht Zusammenarbeit. Sein Ziel war Krieg, nicht Frieden.

Er begann, wie wir wissen, den größten und grausamsten Krieg der Geschichte. Und er schuf einen noch schrecklicheren zweiten Kriegsschauplatz – die Vernichtung der jüdischen Menschen in Europa, die Ermordung von sechs Millionen Juden.

Dies ist übrigens ein Grund, warum besonders wir Deutschen alles in unserer Macht Stehende tun müssen, um dem Staat Israel beizustehen, dem Staat, den die Überlebenden des Holocaust für sich und ihre Kinder errichtet haben. Und lassen Sie mich ein Wort des Dankes an Sie Amerikaner sagen, für die Unterstützung, die Sie dem modernen jüdischen Staat gegeben haben, seit er gegründet wurde. Wir wissen und Sie wissen: Ohne Ihre Hilfe hätten sie nicht überlebt. Ein halbes Jahrhundert ist vorüber seit Hitlers Mordverbrechen. Wo stehen wir heute?

Die Welt hat sich sehr verändert. Deutschlands ammaßender Traum, eine Supermacht zu werden, wurde unter den Ruinen von halb Europa begraben. Europa ist geteilt, Deutschland und Berlin sind geteilt, und die Bedrohung der freien Welt, die Burckhardt vor zwei Generationen voraussah, ist realer und gefährlicher geworden.

Zum Glück hat die westliche Welt nach dem Zweiten Weltkrieg anders gehandelt als nach dem Ersten. Statt einer Politik der Bestrafung begann eine Politik der Zusammenarbeit, der Freundschaft. Der freie Teil Deutschlands wurde eingeladen, ein Teil der freien Welt zu werden.

Dank der Anwesenheit der amerikanischen Soldaten ist Westeuropa heute frei, und es gibt keinen Ort auf der Welt, wo die Menschen dafür dankbar sind, als hier in Berlin. Heute wissen wir, daß Zusammenarbeit und Übereinstimmung mit Amerika das Fundament ist und sein muß, auf dem deutsche Außenpolitik beruht.

Wir sind ihnen, allen Amerikanern, dankbar, daß durch ihre Hilfe die Menschen von Berlin frei sind. Daß dieses Berlin ein Leuchtturm der Hoffnung für die geknechteten Völker Osteuropas ist, Amerika ist noch immer die beste Hoffnung für die Welt, daß die Freiheit nicht von dieser Erde verschwindet.

Koalition: Krach über Protokolle

ms. Bonn

Bei den Koalitionsgesprächen ging es hinter den Kulissen manchmal doch hitziger zu als außenstehende Beobachter registrieren konnten. Vor allem war dies bei der Abfassung der Protokolle der Fall. CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber warf – als es mit der Kodifizierung zum Beispiel der Rentenbeschlüsse hakte – dem Chef des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Waldemar Schreckenberger, „schlampige Protokollführung“ vor.

Schreckenberger wies diesen Vorwurf unter Hinweis auf seinen hohen Beamtenstatus als Beleidigung zurück, was wiederum Stoiber zu der Aussage veranlaßte, von einem so hohen Beamten müsse man ein einwandfreies Protokoll erwarten können. Schreckenberger, so hieß es im Kanzleramt, habe die Tage lang Groß gegen die CSU gezeigt.

Insgesamt hatten die Generalsekretäre Geißler, Stoiber und Frau Adam-Schwaetzer Mühe, die Tagesergebnisse vom Koalitionstisch am Abend in ein Protokoll zu gießen. So kam es, daß sie aufgrund unterschiedlicher Papiere ihre Parteipapiere unterzeichneten. Das FDP-Papier enthielt zum Beispiel zum Thema Rentensicherung zusätzliche Formulierungen und hat insgesamt nur 19 Passagen. Geißlers Unterlage endet mit Punkt 20.

Luther-Tag findet ohne Honecker statt

Schützenhilfe der EKD für Carstens' Besuch?

HANS-R. KARUTZ, Berlin/Bonn
Der „DDR“-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker, zugleich Vorsitzender des Staatlichen Luther-Komitees, wird nicht – wie vielfach angenommen – am 4. Mai, an sogenannten „Luther-Tag“, in Wartburg teilnehmen. Bei diesem kirchlichen Fest, der zugleich den Beginn der kirchlichen Feiern in der „DDR“ zum 500. Geburtstag des Reformators markiert, werden Volkskammer-Präsident Horst Sindermann (SED), Staatssekretär Kurt Löffler (SED) aus dem Kulturmuseum und der Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi (SED), anwesend sein.

Das erfährt die WELT zuverlässig aus Kreisen der Evangelischen Kirche in Deutschland. Hier ist zugleich von den Mitbühnern im kirchlichen „DDR“-Luther-Komitee signalisiert worden, daß sich der Kirchenbund in der nächsten Frage der Einladung von Bundespräsident Karl Carstens auf die Wartburg auf eine Empfehlung der EKD einstellt und sich nach ihr richtet. An der kirchlichen Feier im Hof der Wartburg – sie erinnert an die Ankunft Luthers als „Junker Jörg“ auf der Festung – nehmen, wie berichtet, die Ratsmitglieder der EKD teil. Unter ihnen befindet sich als ordentliches Mitglied auch der Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker.

Dem Vernehmen nach ist der „DDR“-Führung nach wie vor außerordentlich an einer Teilnahme von Carstens an der Feierlichkeiten auf der Wartburg gelegen. Um den schlechten Ruf der „DDR“ in Sachen Informationspolitik und Berichterstattung aufzupolieren, sollen sämtliche westliche Medien die Einreise zur Wartburg-Feier erhalten.

Von einer etwaigen Teilnahme Carstens' innerhalb der EKD-Delegation erhofft sich Ost-Berlin – wie mehrfach berichtet – ein günstiges Stimulans für die als bald fällige Entscheidung der Bundesregierung, ob der Bundespräsident am 9. November in Ost-Berlin am zentralen staatlichen Fest der „DDR“ in der Ostberliner Staatsoper teilnimmt. Als gemeinsame Veranstalter treten bei dieser Feier

Fernsehausschuß kritisiert „Report“-Film

dpa, Baden-Bad

Der Fernsehausschuß des Südwesfunks (SWF) hat den nach einer Sendung im Magazin „Report“ am vergangenen Dienstag, heftig kritisierten Beitrag „Widerstand gegen die Nachrüstung“ (SWF, Sendung 19.30 Uhr) als „nicht sendefähig“ bezeichnet. Das Grenznutzenbild des Magazins „Report“ habe das Magazin „Report“ in Baden erhalten bleiben sollen. Im Mittelpunkt des gerügten Films stand die vom verantwortlichen Moderator Franz Alt und dem Regisseur Wolfgang Moser gesteuerte, ob die Lehre Gandhis vom waltreien Widerstand auch für die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland und Gegen des NATO-Nachrüstungsbeschlusses Bedeutung habe.

Alt hatte im Vor- und Nachspan des Beitrags außer auf diese Frage auch auf die Problematik eines Vergleichs der historischen Erfahrungen aus der Kolonialzeit auf die aktuelle politische Situation verwiesen.

Der Bericht war vor allem vor CDU-Parlamentarier Mitglied des SWF-Rundfunkrates kritisiert worden. Alt ist CDU-Mitglied. Die Grünen hatten gegen den „politischen Druck“ auf Alt protestiert. Nach ihrer Auffassung verdient der Report-Moderator anstelle von Kritik Anerkennung für seine Zivilcourage.

Die Jusos rechnen mit der Politik Schmidts ab

RÜDIGER MONIAC, Oberhausen
Die Jungsozialisten haben auf ihrem Bundeskongreß in Oberhausen nach der Wahlniederlage der SPD am 6. März ihr Verhältnis zur „Mutterpartei“ diskutiert und sich in diesem Zusammenhang mit großer Schärfe dafür ausgesprochen, die Sozialdemokratie solle sich zum Vorreiter des Widerstandes gegen die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen auf deutschen Boden machen.

Diese Aufforderung formulierte am deutlichsten und zugleich in einer Sprache, wie sie unter demokratischen Politikern bislang unüblich war, das Mitglied des SPD-Bundesvorstandes Oskar Lafontaine. Der Vorsitzende der saarländischen SPD äußerte entschieden Zweifel, ob die im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses zur Stationierung in Europa vorgesehene US-Waffen überhaupt den Bedingungen entsprächen, unter denen das Verteidigungsbündnis Sicherheit für die Bundesrepublik garantiere. Er sagte, diese Waffen setzten „uns auf ein Pulverfaß mit bereits gezündeter Lunte“. Mit ihnen sei die NATO nicht mehr befähigt, für die Sicherheit unseres Landes einen Beitrag zu leisten. Lafontaine nannte die Politiker in Amerika, die einen „Atomkrieg für führbar und gewinnbar hielten“, nicht geeignet, „unsere Bündnis-

partner zu sein“. Das SPD-Vorstandsmitglied fuhr fort: „Das sind Verrückte“, und „Wahnsinnige“ gebe es auch in der Bundesrepublik, weil sie sich zu Komplizen der amerikanischen Politik machen ließen. „Sobald die ersten Pershing-2-Raketen hierzulande installiert sind, haften wir Deutsche mit für jedes amerikanische Abenteuer in der Welt“, sagte Lafontaine unter großem Beifall der 300 Juso-Delegierten.

Auch der Juso-Vorsitzende Rudolf Hartung bekräftigte das eindeutige „Nein“ der SPD-Jugendorganisation in der Frage der Raketenstationierung. Er forderte die SPD auf, auf diese Linie einzuschwenken und von der gültigen NATO-Strategie der abgestuften militärischen Erwidrerung Abstand zu nehmen. Die SPD muß nach seinen Worten aktiv an der „Friedensbewegung“ teilhaben, wenn sie die kritischen Wähler, die am 6. März die „Grünen“ gewählt hätten, zurückgewinnen wolle. Sein Plädoyer richtete sich auch auf eine „Umgestaltung der Bundeswehr“, weil „wir uns nicht in der Weißrußland verteidigen wollen“. Neben Lafontaine war lediglich vom SPD-Bundesvorstand in Oberhausen erschienen. Auch er sprach sich gegen die Raketenstationierung aus.

Die Jungsozialisten sehen sich für die Wahlniederlage ihrer Partei nicht verantwortlich. In einer mit großer Mehrheit der Delegierten verabschiedeten Resolution warfen sie der „Mutterpartei“ vor, deren „rechtssozialdemokratische Politik“ der letzten Jahre habe die „rechte Demagogie“ der Unionsparteien erleichtert. Die Regierung Schmidt habe mit ihrer „angebotorientierten Politik“ und dem mit den „Haushaltsoperationen 83 und 84 verbundenen Sozialabbau“ dazu beigetragen, die politischen Unterschiede zum Konzept von CDU/CSU zu verwischen. Mit dieser Resolution setzten die Jusos auf den „Druck“ der „Grünen“ zu einer tatsächlichen Veränderung der SPD, denn Leihstimmen aus dem Wahlpotential der Sozialdemokraten hätten den „Grünen“ geholfen, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Der Juso-Vorsitzende Hartung forderte die SPD auf, dem Beispiel der Gewerkschaften zu folgen und mit einem geschlossenen Konzept unter Inanspruchnahme öffentlicher Gelder zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beizutragen.

Erstmals auf einem Kongreß einer Jugendorganisation einer der seit Gründung der Bundesrepublik im Parlament vertretenen Parteien wurde über die Frage diskutiert, wie mit ungesetzlichen Mitteln „gewaltfreien Widerstandes“ die Politik der Bundesregierung verhindert werden könne. Zielscheibe dieser Diskussion in einem Arbeitskreis der Jungsozialisten war der NATO-Doppelbeschuß, der wesentlich vom früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt mitgestaltet worden war. Mehr als hundert Delegierte des Kongresses ließen sich von zwei Aktivisten der „Friedensbewegung“ von ihren bislang mit „gewaltfreien Aktionen“ gemachten Erfahrungen berichten.

Wolfgang Sternstein ist Vorstandsmitglied beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und Andreas Zumbach Berliner Mitarbeiter der „Aktion Sühnezeichen“.

Sternstein berichtet, er habe beim Versperren des Eingangs des US-Hauptquartiers in Stuttgart „Bucom“ einen Strafbefehl über „25 Tagessätze je 60 Mark“ bekommen, dessen Vollzug jedoch auf zwei Jahre ausgesetzt sei. Sätzen auf der Straße zur Verhinderung der US-Militärpräsenz sei für ihn aber keine „verwerfliche Zielsetzung“, deshalb wisse er nicht, wie er sich in den zwei Jahren „bewähren“ solle. Zumbach kündigte auf dem Evangelischen Kirchentag in Hannover im Juni eine „permanente Demonstration“ an.

Die Jungsozialisten sehen sich für die Wahlniederlage ihrer Partei nicht verantwortlich. In einer mit großer Mehrheit der Delegierten verabschiedeten Resolution warfen sie der „Mutterpartei“ vor, deren „rechtssozialdemokratische Politik“ der letzten Jahre habe die „rechte Demagogie“ der Unionsparteien erleichtert. Die Regierung Schmidt habe mit ihrer „angebotorientierten Politik“ und dem mit den „Haushaltsoperationen 83 und 84 verbundenen Sozialabbau“ dazu beigetragen, die politischen Unterschiede zum Konzept von CDU/CSU zu verwischen. Mit dieser Resolution setzten die Jusos auf den „Druck“ der „Grünen“ zu einer tatsächlichen Veränderung der SPD, denn Leihstimmen aus dem Wahlpotential der Sozialdemokraten hätten den „Grünen“ geholfen, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Der Juso-Vorsitzende Hartung forderte die SPD auf, dem Beispiel der Gewerkschaften zu folgen und mit einem geschlossenen Konzept unter Inanspruchnahme öffentlicher Gelder zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beizutragen.

Wolfgang Sternstein ist Vorstandsmitglied beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und Andreas Zumbach Berliner Mitarbeiter der „Aktion Sühnezeichen“.

Sternstein berichtet, er habe beim Versperren des Eingangs des US-Hauptquartiers in Stuttgart „Bucom“ einen Strafbefehl über „25 Tagessätze je 60 Mark“ bekommen, dessen Vollzug jedoch auf zwei Jahre ausgesetzt sei. Sätzen auf der Straße zur Verhinderung der US-Militärpräsenz sei für ihn aber keine „verwerfliche Zielsetzung“, deshalb wisse er nicht, wie er sich in den zwei Jahren „bewähren“ solle. Zumbach kündigte auf dem Evangelischen Kirchentag in Hannover im Juni eine „permanente Demonstration“ an.

Im SPIEGEL dieser Woche

Volkszählung: „Laßt 1000 Fragebogen glühen“

Mit der Volkszählung im April sehen Hunderttausende von Bürgern den Orwell-Staat heraufziehen. Eine beispiellose Protestwelle überschwemmt die Bundesrepublik. 500 Bürger haben Verfassungsbeschwerden eingereicht, Volkszählungsverfechter unter den Politikern gehen auf Gegenkurs, Bürgerinitiativen rufen zum Boykott auf: „Laßt 1000 Fragebogen glühen.“ Die Bundesregierung will trotz alledem an dem Zählwerk festhalten, das Datenmißbrauch geradezu provoziert. Innenminister Zimmermann nennt den Widerstand gegen die Volkszählung in einem SPIEGEL-Gespräch einen Angriff auf „das System der Bundesrepublik Deutschland“.



AUßERDEM IN DIESEM HEFT

Stoltenbergs geheimes Sparprogramm
Weniger Geld für Arbeitslose

„Ich hätte Vizekanzler sein können...“
Franz Josef Strauß im SPIEGEL-Gespräch über die neue Bonner Regierung und seinen Verzicht

Hat Deutschlands Autoindustrie geschlafen?
Japaner bauen Turbo-Wankel

DER SPIEGEL

Mit Wohlwollen verfolgt Kohl die ehrgeizigen Pläne Bernhard Worms

MANFRED SCHELL, Bonn
Die Vorstände der beiden großen CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe werden im April diskutiert und damit eine Art Vorentscheidung darüber getroffen, ob Bernhard Worms oder Kurt Biedenkopf ihr Spitzenkandidat bei der Landtagswahl im Frühjahr 1985 an Rhein und Ruhr sein wird. Worms, Vorsitzender der rheinischen CDU, strebt diese Spitzenkandidatur an. Das steht inzwischen fest. Aus diesem Grund hat er auch auf die Übernahme von Ämtern in Bonn verzichtet. Er hätte CDU-Generalsekretär oder Bundespostminister werden können.

Bundeskanzler Helmut Kohl, dem verständlicherweise an einem „politischen Gleichklang“ der Regierungen in Düsseldorf und Bonn gelegen ist, verfolgt die Vorgänge in der CDU sehr genau. Er kennt die Absichten von Worms und begleitet sie mit Wohlwollen, auch wenn er sich aus verständlichen Gründen mit Präferenzen in der Öffentlichkeit zurückhält. Kohl will Kurt Biedenkopf, der ebenfalls seinen Anspruch geltend gemacht und der die nicht einfache Aufgabe eines Oppositionsführers in Düsseldorf-Landtag übernommen hat, auch nicht schaden. Immerhin haben beide über Jahre hinweg nicht schlecht zusammengearbeitet, bis sie im Streit auseinandergegangen sind.

Es ist deshalb nicht abwegig, wenn es im Kanzleramt heißt, Kohl möchte, wenn die Entscheidung auf Worms fallen sollte, Biedenkopf eine Aufgabe im Bereich der Bundesregierung, vielleicht als EG-Kommissar in Brüssel, anbieten. Aber dies ist noch weit weg. Worms selbst hat gegenüber Parteifreunden gesagt, ihm liege sehr daran, daß die Entscheidung zwischen ihm und Biedenkopf auf eine „menschlich saubere Art und Weise“ getroffen wird. Dazu gehört aus seinem Verständnis heraus aber auch, daß derjenige, der in einer demokratischen Entscheidung „nur zweiter Sieger“ geblieben ist, ins „zweite Glied zurücktritt“.

Zwischen ihm und Biedenkopf, so hat Worms kürzlich gesagt, gebe es kein „gebrochenes Verhältnis“, denn er, Worms, habe Biedenkopf nie im unklaren gelassen. Worms liegt natürlich an einem baldigen Entscheidungspro-

zeß, denn als Spitzenkandidat muß ihm daran gelegen sein, daß die Parteibasis schon im Vorfeld der Landtagswahl wieder geordnet, vor allem aber uneingeschränkt motiviert ist. Worms, und darin liegen seine Stärken, hat viel Gemeinsamkeiten mit Helmut Kohl: Er verkörpert politische Wahrhaftigkeit, Geradlinigkeit, er hat Ideen und – was wohl das wichtigste ist – er kann sie dem einfachen Bürger auch plausibel machen. Seine „Knochenarbeit“ an der Basis – gemeint ist damit seine erste Ruhrgebietskonferenz – hat ihm Erfolg gebracht.

Worms ist vielleicht deshalb so lange unterschätzt worden, weil er sich nicht „nach vorne“ gedrängt oder als „purer Macht-



Die Kontrahenten: Kurt Biedenkopf (links), Bernhard Worms

mensch“ erwiesen hat. Der Freiheitsbegriff spielt bei ihm eine große Rolle. Der Vater war Postschaffner, nicht Mitglied der NSDAP, und großem Druck ausgesetzt. Dies hat sich im Kopf des Sohnes festgesetzt und einen großen Freiheitsdrang ausgelöst. 1948 wäre Bernhard Worms deshalb fast zur FDP gegangen, weil sie sich „Freie“ Demokratische Partei genannt hat.

Im Mai 1980, auf dem Berliner Parteitag der CDU, hat Bernhard Worms erstmals den Kontakt zu Helmut Kohl gesucht. Nicht um den Parteivorsitzenden für seine Pläne um Hilfe zu bitten, sondern um ihm zu sagen, daß er als rheinischer Landesvorsitzender „entzweit“ will. Seitdem hat es viele Begegnungen zwischen beiden gegeben. Inzwischen sagen Worms und Kohl du zueinander. Worms steht an der Spitze eines aufstrebenden CDU-Landesverbandes, in dem die Sozialausschüsse besonderes Gewicht haben. Worms liegt natürlich an einem baldigen Entscheidungspro-

Franz Josef Strauß sieht, gibt es hier nicht so ohne weiteres. Aber er traut sich schon zu, aus dem Stand heraus für die rheinische CDU Position zu beziehen.

Erst vor wenigen Tagen, nach Abschluß der Koalitionsverhandlungen, hatte sich eine solche Situation ergeben. Dem CDU-Generalsekretär Heiner Geißler beschied Worms am Telefon, den Kompromiß in der Frage der Investitionsanleihe trage er mit, eine Verschiebung der Rentenerhöhung aber könne er nicht akzeptieren. Auch ansonsten, wenn es um die Zukunft von Rhein und Ruhr geht, hat Worms konkrete Vorstellungen. Die Leute, so bricht es aus ihm heraus, wollen nicht (mehr) wissen, daß die Sozialdemokraten in Bonn und anderswo „Scheiße gebaut“ haben. Das brauche man ihnen nicht zu sagen. Sie forderten zu Recht Perspektiven für Rhein und Ruhr.

Das Schlagwort, wonach sich das „Revier selbst helfen“ müsse, nennt er „idiotisch“. Es könne sich nicht helfen, wenn die Politiker nicht bereit seien, die „Rahmenbedingungen zu verändern“. Die Kohle, so fordert er, sei zu kostbar, um verfeuert zu werden. Sie soll verflüssigt, vergast, zur Chemie herangezogen werden. Parallel dazu sei die zügige Herstellung von Kernkraftwerken erforderlich, selbstverständlich unter Berücksichtigung strenger Auflagen. Die Infrastruktur, so fordert Worms, müsse auf die Verknüpfung mit den Weltmärkten hinwirken.

Große Zukunftschancen für Rhein und Ruhr sieht Worms in „neuen Produkten“. Zum Beispiel in der Umweltschutz-Technologie, bei Halbleitern und Mikroprozessoren, wo ein großes Engagement erforderlich sei, wenn man die Herausforderung der Japaner in den nächsten zwanzig Jahren bestehen wolle. Und Worms sieht auch eine Zukunft für Rhein und Ruhr in der Kommunikationstechnologie. Die Wissenschaft, durch eine hohe Dichte von Hochschulen in dieser Region verkörpert, müsse sich in den Dienst stellen, „sich den Problemen des Reviers anzunehmen“. Mit diesem Konzept will Worms eine zweite Ruhrgebietskonferenz gestalten, die freilich in ihren Auswirkungen auch auf die Entscheidung 1985 zielt.

Terrorwelle der ETA in Spanien

AP/AFPDW, Madrid
Spaniens sozialistische Regierung sieht sich seit ihrem Amtsantritt größten Offensive der baskischen Terroristenbewegung ETA gegenüber. Nach der Entführung eines baskischen Industriellen am vergangenen Montag tötete die ETA-Miliz am Wochenende bei einem Anschlag einen Polizisten im Baskenland und entführte in Madrid einen Geschäftsmann, dessen Familie der spanischen Königsfamilie nahestehend ist. In San Sebastian schließlich wurde in der Nacht zum Sonntag ein Feuerwerker der Polizei bei dem Versuch, eine Bombe zu entschärfen, getötet.

Ebenfalls am Wochenende hat das spanische Innenministerium die Festnahme von sieben Mitgliedern der ETA-Miliz bekanntgegeben. Unter ihnen befanden sich Jose Augustin Echegaray und Juan Maria Aguirre, die zu den meistgesuchten Köpfen der ETA gerechnet werden. Die spanische Justiz wirft Echegaray die Beteiligung an der Ermordung eines Guardia-Civil-Angehörigen und mindestens sechs Entführungen vor, von denen eine für das Opfer tödlich endete. Bei der Festnahme der sieben ETA-Mitglieder sind nach Angaben des Ministeriums Waffen und Pläne für neue Terrorakte sichergestellt worden.

Finnische KP vor dem Bruch

R. GATERMANN, Helsinki
In der Finnischen Kommunistischen Partei (FKP) soll bis zum 22. April wieder „Ordnung“ eingekehrt oder ein endgültiger Bruch wird nicht zu verhindern sein. Nachdem die Kommunisten bei der Parlamentswahl vor einer Woche mit 14 Prozent der Stimmen, ein Rückgang um vier Prozent zur letzten Wahl, ihr schlechtestes Ergebnis der Nachkriegszeit vorlegten, beauftragte am Samstag das Zentralkomitee das Politbüro, innerhalb von vier Wochen einen Plan auszuarbeiten, wie die „separatistischen Bestrebungen“ in der Partei beigelegt werden können. Obgleich dem Minoritäten-Flügel kein direktes Ultimatum gestellt wurde, deutet der Auftrag an das Politbüro doch auf eine „entscheidende Runde“ hin.

Das Zentralkomitee fordert von der orthodoxen Gruppe vor allem, ihre eigene Organisation innerhalb der Partei und der Parlamentsfraktion aufzugeben und das Erscheinen ihrer Zeitung „Tiedonantaja“ einzustellen.

Die Lady streitet für den Panzer

US-Botschafterin will der Schweiz M1 Abrams verkaufen / Leopard 2 hat bessere Chancen

WALTER H. RUEB, Bern
Die deutsch-amerikanische Panzerschlacht auf neutralem Schweizer Boden geht der Entscheidung entgegen: Bis zum 30. April 1983 müssen die Herstellerfirmen Krauss-Maffei in München und General Dynamics in Detroit detaillierte Preisangebote für Leopard 2 und M1 Abrams vorlegen, im Laufe des Sommers wird das Eidgenössische Militärdepartement seine Wahl treffen und im Parlament einen Antrag auf Beschaffung und Mittelbewilligung für 450 Exemplare des ausgewählten Panzers stellen. Die endgültige Entscheidung wird voraussichtlich in einem Jahr fallen.

Für Schweizer, Amerikaner und Deutsche geht es um viel. Die Eidgenossen benötigen dringend Ersatz für ihre veralteten und wegen mancher Pannen skandalumwitterten Panzer; Amerikaner und Deutsche aber brauchen angesichts der wirtschaftlichen Lage in ihren Ländern Industrienotwendig.

Der Einsatz auf allen Seiten ist entsprechend. Die „Billion-Dollar-Panzer-Schlacht“ – so die amerikanische Zeitung „Herald Tribune“ in einem Bericht – ist seit zwei Jahren im Gange. Tests der beiden Tanks in der Schweiz sollten Aufschluß geben über die sogenannte Truppentauglichkeit der stählernen Kolosse in der Schweiz. Vor allem Feuerkraft, Beweglichkeit und Panzerung wurden genauestens unter die Lupe genommen.

Nach monatelangen und annähernd 50 Millionen Mark teuren Erprobungen wurden die von den sparsamen Schweizern lediglich gemieteten Panzer an die Eigentümer zurückgegeben und mit der Computer-Auswertung der Testergebnisse begonnen. Im zuständigen Ministerium in Bern und bei der mit den Tests befaßten „Gruppe für Rüstungsdienste“ in Thun schweigt man bisher.

Manipulierte Ergebnisse?

Um so mehr brodete es in der Gerüchte-Küche. Es hieß, der zwei Millionen Dollar teure Leopard 2 habe besser abgeschnitten und werde von den Schweizern bevorzugt, insbesondere von den Militärs. Er sei ausgereift, könne sofort beschafft werden und entspreche in jeder Hinsicht den gestellten Anforderungen. Demgegenüber habe der 700 000 Dollar teure US-Panzer einen viel zu hohen Treibstoffverbrauch, vor allem aber sei er statt mit der verlangten 120-Lediglich mit einer 105-Millimeter-Kanone ausgerüstet.

In München hält man sich bei Krauss-Maffei bedeckt, verfolgt aber mit um so größerer Aufmerksamkeit die Demontage des Konkurrenten durch Senat, Army und Presse in Amerika. Vor einem Senatsausschuß ließ ein Kritiker am M1 Abrams tatsächlich kein gutes Haar, im „Wall Street Journal“ wurden die Anmerkungen unterstützt und noch verschärft, in der „New York Times“ wurde gar empfohlen, den M1 Abrams so rasch wie möglich durch ein neues Modell zu ersetzen, eine Gruppe von Verteidigungsberatern beschuldigte schließlich die US-Army, Testergebnisse manipuliert zu haben, um Beschaffungskredite im Kongreß nicht zu gefährden.

Noch keine Entscheidung

Vor soviel nationalem Defaitismus aber wollte Amerikas Botschafterin in Bern nicht kapitulieren. Faith Ryan Whitleys Traum war es, an der Seite ihres Wirkens einen amerikanischen und keinen deutschen Panzer zu sehen.

Die amerikanische Diplomatin wurde in der Schweiz zur eifrigsten und streitbarsten Propagandistin für den M1. Sie hielt Dutzende von Vorträgen, erwähnte bei jeder Gelegenheit die Vorzüge des Tanks aus der Heimat, steuerte wiederholt eines der 70 Stundenkilometer schnellen 55-Tonnen-Ungetümern durch das Gastland und vergaß selbst in der Abschiedsrede vor mehreren Schweizer Ministern nicht, „ihren“ Panzer zu erwähnen. Faiths Kampf für Amerikas Panzer-Stolz hat nämlich bis ins Weiße Haus Wellen geschlagen. Dort macht sie jetzt als „assistant for public liaison“ für keinen Geringeren als den Präsidenten Werbung.

Die Schweizer Aktivitäten von Faith Ryan Whitleys haben jedoch nicht allein im Weißen Haus, sondern auch im Parlament in Bern Widerhall gefunden. Da wurden der Diplomatin indessen keine Kränze gewunden, sondern „massive Pressionsversuche zur Verzögerung des Panzereschäfts“ vorgenommen. Ein Abgeordneter verlangte darüber Auskunft, ob die Regierung die Beschaffung eines neuen Panzers nach wie vor als dringend erachte und ob eine positive Entscheidung früh genug falle, damit die Panzerbeschaffung bereits im Rüstungsprogramm für 1984 berücksichtigt werden könne.

Eine Verzögerung der Panzerbeschaffung käme nach allgemeiner Ansicht nämlich nur dem M1 Abrams zugute. Aus mehreren

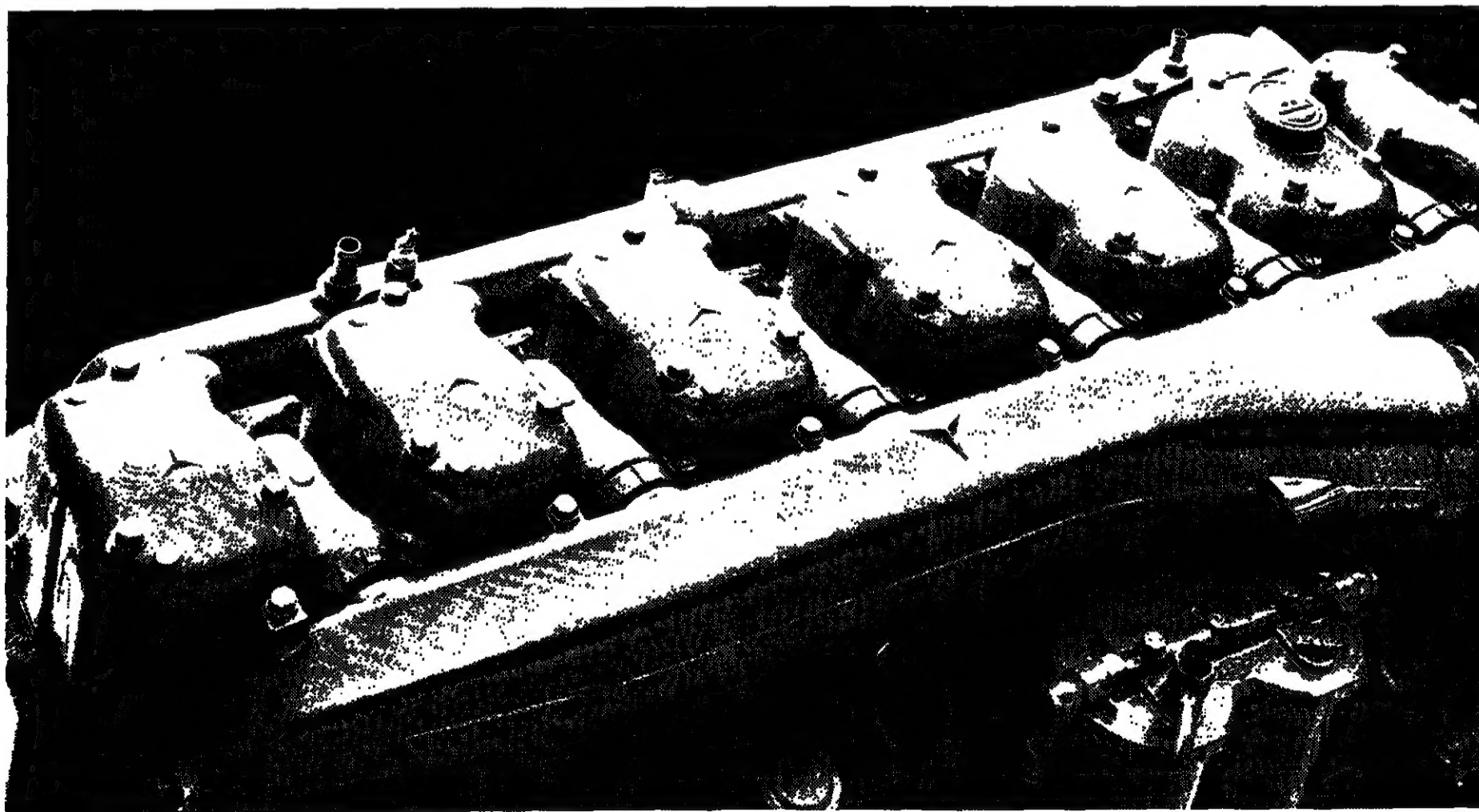
Gründen: Gegenwärtig könnte der US-Panzer wegen seiner Kanone keine Berücksichtigung finden, der Einbau der von den Schweizern verlangten stärkeren Kanone aber ist von den Amerikanern vor 1985 nicht zu bewerkstelligen. Ein Aufschub des Panzerkaufs hätte auch auf der Kostenseite negative Folgen für den deutschen Panzer. Bei Krauss-Maffei könnte ein Anschluß an die gegenwärtig laufende Leopard-Produktion von 1800 Exemplaren für die Bundeswehr nicht geschäft werden. Die spätere Wiederaufnahme der Produktion aber würde die Kosten um mehrere hunderttausend Dollar erhöhen.

Im Bundeshaus zu Bern aber wiegelt man ab und macht auf die Tatsache aufmerksam, daß zwischen vier möglichen Alternativen bei der Panzerbeschaffung längst nicht entschieden sei. Im Gespräch sind in der Tat noch immer der Kauf des amerikanischen beziehungsweise deutschen Panzers „von der Stange“ sowie ein Lizenzbau des M1 Abrams beziehungsweise des Leopard 2. Der Entscheidungszeitpunkt spiele bei einem Lizenzbau nicht die geringste Rolle, betont man in Bern. Schließlich sei es ein Leichtes, in den M1 Abrams die Kanone des Leopard 2 einzubauen...

Viel Zeit und Energie

Die Weichen für eine derartige Entscheidung hat niemand anders als Faith Ryan Whitleys zu stellen versucht. Im Wissen um den Einfluß der um Aufträge ringenden eidgenössischen Rüstungsindustrie verwandte sie viel Zeit und Energie darauf, die Mitglieder des „Verbands Schweizerischer Maschinenbau-Industrieller“ davon zu überzeugen, daß es ausschließlich in ihrem Interesse liege, den M1 Abrams in Lizenz zu bauen. Wie eine gewiefte Taktikerin machte sie den „Big Seven“ im Schweizer Maschinenbau die Idee schmackhaft. Die hörten dies nur zu gerne. Nach Ansicht der Verantwortlichen in der Schweizer Rüstungsindustrie wären durch eine proamerikanische Entscheidung über 300 000 Arbeitsplätze auf Jahre hinaus gesichert. Aus ihrer Sicht hätte ein Lizenzbau des M1 Abrams gegenüber dem deutschen Panzer noch einen anderen wichtigen Vorteil: Hier wären die Möglichkeiten für sogenannte Kompensationsgeschäfte ungleich besser als bei einer „Fehlentscheidung zugunsten des Leopard 2“.

Warum wir unsere Reihenmotoren nicht für 38-Tonnen-Züge empfehlen.



Wer als Marktführer mit einem umfassenden Programm sowohl bei Reihen- als auch bei V-Motoren aus dem vollen schöpfen kann, von dem kann man erwarten, für jede Aufgabe das richtige Aggregat sinnvoll einzusetzen. Für den Verteilerverkehr kann das auch der seit vielen Jahren bewährte Reihenmotor

sein. Für den internationalen Fernverkehr empfehlen wir jedoch großvolumige V-Motoren. Und zwar ausschließlich. Aggregate, die für alle Nutzfahrzeughersteller neue Maßstäbe gesetzt haben. Spurtstark und kraftstoffsparend, Ausdauernd und umweltfreundlich. Mit Leistungen, daß sich selbst die

härtesten Verfechter von Reihenmotoren nun auch zum V-Motor bekennen. In Betreuung so gut wie in Technik. Das heißt für Mercedes-Benz auch: 1. Über 3000 Servicestellen in ganz Europa. 2. Mobiler Transeuropa-Service. 3. Einsatzplanung mit Wirtschaftlichkeitsrechnung.



In Betreuung so gut wie in Technik. Mercedes-Benz.

Ihr guter Stern auf allen Straßen.

„USA planen gegen Nicaragua keinen Angriff“

dpa, New York

In der von Nicaragua veranlaßten Debatte des Sicherheitsrates über die Spannungen in Mittelamerika haben sich die USA und die Sowjetunion am Wochenende gegenseitig der bewaffneten Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker und Staaten beschuldigt. Der UdSSR-Delegierte Owinikow sagte, die USA hätten bisher in 81 Fällen Gewalt gegen zehn lateinamerikanische Staaten angewendet. Die US-Botschafterin Kirkpatrick erwiderte, es bedürfe eines Computers, um alle Fälle sowjetischer Aggression gegen die eigenen Völker und andere Staaten zu registrieren. Sie nannte die Ukraine, die baltischen Länder und Afghanistan.

In der Debatte, die heute fortgesetzt wird, beschuldigte der Vertreter Nicaraguas die USA, die antiskandinavischen Rebellen, die von Honduras aus in Nicaragua eingedrungen seien, ausgebildet und unterstützt zu haben. Die US-Delegierte erklärte, die USA hätten keinerlei aggressive Absichten gegen Nicaragua und sein Volk. Sie wollten in kein Land eindringen und es besetzen und hätten nicht die Absicht, ihr Staatsgebiet abzurufen. Es sei aber erwiesen, daß Nicaragua ein Revolutionsregime systematisch und fortlaufend aggressiv gegenüber anderen Ländern und Völkern unterdrücke.

Sozialisten-Treffen bei Mitterrand

dpa, Paris

Die sozialistischen Staats- und Regierungschefs Westeuropas werden am 18. Mai in Paris mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand über Themen des kommenden Weltwirtschaftsforums der Industrieländer in Williamsburg (USA) beraten. Es handelt sich dabei um die Ministerpräsidenten von Schweden, Spanien und Griechenland, Olof Palme, Felipe Gonzalez und Andreas Papandreu. Nach seiner Rückkehr aus Schweden nannte Louis Mermaz, der Präsident der französischen Nationalversammlung, diesen Termin.

Sanjay-Partei von Maneka gegründet

rtt, Neu-Delhi

Die Schwiagertochter der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi, Maneka Gandhi (27), hat eine neue Partei gegründet, die sich für bessere Berufsausbildung der Jugend einsetzen und eine „Land-Armee“ zur Förderung der Bauern organisieren soll. Die ehemalige Journalistin benannte die Partei nach ihrem verstorbenen Ehemann „Nationale Sanjay-Partei“. Bei den nächsten Parlamentswahlen will sie gegen Rajiv Gandhi kandidieren, den seine Mutter seit Sanjays Tod zum neuen „Kronprinzen“ aufbaut.

Das Establishment ließ Blunt nicht verkommen

Der Spion, der straffrei blieb / In London gestorben

FRITZ WIRTH, London

Er beriet die Königin, und er verriet sein Land. Er wurde verehrt als ein hochrespektierter Kunsthistoriker, und er wurde verachtet als ein skrupelloser Spion. Er verkehrte in höchsten britischen Kreisen und im tiefsten politischen Untergrund. Er arbeitete für den Buckinghampalast und für den Krenl. Am Samstag morgen starb er, 75-jährig, in seiner Londoner Wohnung an einem Herzschlag: Anthony Blunt, der Verräter und Sowjetagent, der seinem Land mehr Schaden zufügte als der legendäre Kim Philby und dennoch niemals einen Preis dafür zahlte.

Er war, als er starb, entlarvt und wohnte dennoch unbehellig im Londoner Stadtzentrum. Das britische Establishment läßt niemand verkommen. Seit sein Verrat 1979 öffentlich wurde, hat er gelitten, aber niemals hat er eine Spur von Reue gezeigt.

Er war der „vierte“ Mann. 16 Jahre lang suchte die britische Presse diesen Mann, der Kim Philby im Jahre 1963 warnte, sich nach Moskau abzusetzen, wo sich bereits seit 1951 zwei enge Freunde Blunts aufhielten, Guy Burgess und Donald MacLean, der vor 14 Tagen in Moskau starb.

Blunt, Philby, Burgess und MacLean waren Produkte der nervösen, dekadenten und konspirativen Cambridge-Society der Vorkriegszeit. Sie gehörten zum Kreis der „Apostel“, einer Geheimsekte am Trinity College, deren Ursprünge auf das 19. Jahrhundert zurückgehen, mit starken homosexuellen Neigungen. Zu den „Aposteln“ gehörten so respektable Männer wie der Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes und der Historiker G. M. Trevelyan, der Schriftsteller E. M. Forster und der Bankierssohn Victor Rothschild.

Blunt, Burgess und vor allem James Klugman gaben sich nach außen hin als Idealisten, waren in Wahrheit jedoch Moskauer Agenten. Ihre Botschaft: Es gibt nur noch eine Macht in der Welt, die willens und in der Lage ist, den Völkern Hitlers und des Faschismus zu stoppen, es ist die Sowjetunion. Sie pflanzten das Image rebellischer Ästheten, waren in Wahrheit jedoch überaus wirksame und robuste Rekrutierungshelfer für den sowjetischen Geheimdienst. Die „Apostel“ hatten Kontakte zu höchsten britischen Kreisen. Das gab Burgess und Blunt die Möglichkeit, die von ihnen gewonnenen Leute in Schlüsselpositionen anzusiedeln, von denen aus sie jahrzehntelang für die Sowjets arbeiten konnten.

Der Aufstieg des Anthony Blunt zu einem der wirksamsten Agenten der Sowjets in den letzten 50 Jahren ist zugleich die Geschichte der Misere, Inkompetenz und Fahrlässigkeit des britischen Geheimdienstes in diesem gleichen Zeitraum. Bei Kriegsausbruch deckte der britische Geheimdienst seinen wachsenden Bedarf an Agenten ausgerechnet unter den jungen kommunistenfreundlichen Rebellen in Cambridge. Blunt wurde ihr Vertrauensmann. Man holte ihn, ohne ihn jemals zu überprüfen, als Agent zu MI 5. Er war zeitweise Mitglied der „Joint Intelligence Group“, in der das gesamte britische Geheimdienstmaterial im Kriegs zusammengefasst und aufgearbeitet wurde, bevor es an Winston Churchill weitergeleitet wurde. Blunt hatte Kontakt zum Atomspion Klaus Fuchs; er arbeitete monatelang im Hauptquartier Eisenhowers während der Vorbereitung der Invasion. Blunt wußte alles und hielt nichts vor den Sowjets zurück.

Nach dem Kriege gelang ihm sein größter Coup und die geradezu perfekte Tarnung. Sein Kontakt zum thailändischen Prinzen Chula, einem alten Freund aus Cambridge-Tagen, öffnete ihm den Weg zur britischen Königsfamilie. Im Jahre 1945 wurde er als Nachfolger von Kenneth Clark Verwalter der königlichen Gemäldesammlung in Windsor Castle.

Es war der Beginn eines brillanten Doppellebens. Er wurde zum Chefassistenten des britischen Establishments, eine unbestreitbare Autorität der italienischen Malerei zwischen 1400 und 1700 und der deutschen Barockmalerei. Zugleich blieb er der Verwalter des Geheimdienst-Evangeliums seiner „Apostel“ Philby, Burgess und MacLean, die allesamt in Schlüsselpositionen des britischen Außenministeriums postiert waren.

Entlarvt wurde er schließlich durch den Amerikaner Michael Straight, wie Blunt ein „Cambridge-Apostel“, der sich 1963 dem FBI anvertraute. Nun geschah der erstaunlichste Coup im Leben Blunts. Der britische Geheimdienst hatte ihn nach der Flucht Philbys elf Mal verhört. Beim zwölften Verhör am 23. April 1964 konfrontierte MI 5 ihn mit dem Geständnis von Straight. Das Bemerkenswerte: MI-5-Chef Sir Roger Hollis, der nach seinem Tode unter den Verdacht geriet, Sowjetagent gewesen zu sein, bot ihm absolute Immunität an, wenn er gestand. Blunt packte aus. Was er sagte, ist bis heute ein Geheimnis. Einige Sowjetagenten wurden später verhaftet. Kenner jedoch sind überzeugt: Eine Reihe von ihnen leben weiterhin unbehellig als respektable Establishment-Figuren.

Der Skandal an diesem Immunitäts-Pakt: Der damalige amtierende Premierminister Sir Alec Douglas Home wurde nicht darüber informiert, wohl aber der Hof, der peinlicherweise Blunt ein Jahr zuvor in den Adelsstand erhoben hatte. Die Königin wurde sogar gebeten, den Krenl-Agenten weiterhin als Gemälde-Verwalter zu beschäftigen.

Das Doppelleben dauerte bis zum Jahre 1979, als der Autor Andrew Boyle in seinem Buch „Das Klima des Verrats“ Blunt entlarvte. Für ein paar Wochen machte er Schlagzeilen und wurde zur öffentlichen Figur: ein zerbrechlicher, kalter aber ungebeugter Mann.

Asean schätzt Bonn als Partner

Südostasien und EG über Zusammenarbeit zufrieden / In Kambodscha-Frage einig

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Die Außenministerkonferenz der EG und der Asean-Staatengemeinschaft in Bangkok endete in seltener Einmütigkeit. Die Delegierten lobten einander als Partner in den Bemühungen um eine globale Friedens- und Entspannungspolitik. Im Kampf gegen die Tendenzen des Protektionismus und um die Reformierung der Weltwirtschaftsordnung.

Damit hat sich die 1978 von Hans-Dietrich Genscher begonnene Kooperation der Asean (Thailand, Indonesien, Malaysia, Singapur, Philippinen) und der EG als effektive Kraft auf der Bühne der Weltpolitik etabliert. Mitglieder der Asean-Delegationen haben immer wieder betont, wie sehr sie Genschers Weitsicht schätzten. Zweifelslos ist die Bundesrepublik Deutschland in ihren Augen der Stützpunkt im Gefüge dieser neuen Ost-West-Kooperation.

Ungewohnt deutliche Sprache gegenüber Hanoi

Jetzt nutzte Genscher seine Eigenschaft als derzeitiger EG-Ratspräsident und damit Sprecher der EG-Delegationen mit ehrenhaften Worten der Asien gerecht zu werden. Er brachte den französischen Außenminister Claude Cheysson auf die Linie der Asean-Länder, die kambodschanischen Widerstandskämpfer als „bedeutenden Schritt in der Suche nach einer umfassenden politischen Lösung anzuerkennen“ und französische Hilfspläne an Vietnam, wenn überhaupt, so auszuführen, daß die Hilfe nicht zur Erhaltung und Stärkung der vietnamesischen Besatzung von Kambodscha diene.

Die Anerkennung der kambodschanischen Widerstandskämpfer, die die Roten Khmer einschließt, sowie die Ablehnung von Wirtschaftshilfe an Vietnam, sind zwei zentrale Aussagen in der 33 Punkte umfassenden gemeinsamen Erklärung der Bangkok Konferenz. Beobachtern fiel auf, daß dieses Dokument in einer in Asean-Kreisen bislang ungewöhnlichen klaren und entschlossenen Sprache abgefaßt war. So bedauern die Minister die illegale militärische Besetzung von Kambodscha durch vietnamesische Streitkräfte sowie die „konstante Weigerung Vietnams und der Sowjetunion“, den Aufrufen der internationalen Gemeinschaft zum vollständigen Abzug ihrer Truppen aus Kambodscha und Afghanistan zu folgen.

Auch nutzten die Delegationschefs die Gelegenheit, Hanoi an seiner empfindsamsten Stelle zu treffen, nämlich in seiner Selbstdarstellung als Wächter der Menschlichkeit. Ausdrücklich bedauern sie die jüngste militärische Attacke vietnamesischer Artillerie- und Panzereinheiten auf das Grenzgebiet Nong Chang, das von Hilfsorganisationen gebaut und bei dem Angriff vollständig zerstört worden war. Diese Attacke, so heißt es in der Erklärung, sei eine Verletzung der Prinzipien der Menschlichkeit.

Sowohl den Vietnamesen wie den Sowjets dürfte jetzt klar geworden sein, daß die EG und die Asean an ihren jeweiligen Resolutionen zur Lösung des Konflikts in Kambodscha wie in Afghanistan festhalten. Die Versuche der Vietnamesen, einen Keil in die Solidarität der Asean-Länder zu treiben, sind gescheitert. Alle weiteren Bemühungen der Asean, so der ma-

laysiaische Außenminister Ghazali Shafie, seien einzig darauf gerichtet, Vietnam in den Kreis der „Internationalen Kambodscha-Konferenz“ (ICK) hineinzubringen.

Die ICK wurde im Einklang mit den UNO-Resolutionen der Asean, die auf dem vollständigen Abzug aller vietnamesischen Truppen bestehen, vor zwei Jahren gegründet. Für die Asean und Ghazali gebe es keinen anderen Weg. Ausdrücklich warnte er die europäischen Konferenzteilnehmer, sich von Hanois Propaganda und Tricks täuschen zu lassen.

Bekenntnis zu Prinzipien der Marktwirtschaft

Weitere Themen der Bangkok Konferenz waren die Bemühungen der Europäer um eine Lösung des Nahost-Konflikts, wozu die Asean-Länder ihr generelles Verständnis bekundeten; die sowjetischen Annäherungsversuche, die aufmerksam verfolgt werden müßten; die mögliche Verlagerung der sowjetischen SS-20-Raketen nach Sibirien.

Auch wichtige Wirtschaftsfragen wurden diskutiert, wie zum Beispiel die Sorge um die Erhaltung eines liberalen und offenen Weltwirtschaftssystems oder Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaftskraft von Rohstoffländern. Sie versicherten, in internationalen Organisationen die Prinzipien der Marktwirtschaft hochzuhalten und auf eine Stärkung der interregionalen Wirtschaftsbeziehungen. Asean und EG hinwirken zu wollen. Außenminister Genscher gab sein persönliches Versprechen, solchen Worten in Balde Taten folgen zu lassen.

Wie Moskau seine Einflußnahme tarnt

DIETRICH SCHULZ, Washington

In den vergangenen zwei Jahren hat die Sowjetunion ihre Bemühungen verstärkt, populäre Anliegen wie Frieden oder Abrüstung in den Vereinigten Staaten für sich auszunutzen. Zu diesem Schluß kam ein soeben veröffentlichter Bericht des amerikanischen Bundeskriminalamts (FBI). Tarnorganisationen wie der Weltfriedensrat Stationierung von neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa in Gang zu setzen.

Der FBI-Bericht, der zunächst vertraulich für den amerikanischen Kongreß angefertigt wurde, ist jetzt von dem republikanischen Kongreßabgeordneten C. W. Young an die Öffentlichkeit gegeben worden. Der Abgeordnete meint, die in dem Bericht enthaltenen Einzelheiten seien geeignet, dem amerikanischen Volk vor Augen zu führen, zu welchen Taktiken die Sowjets greifen, um ihr Ziel der Weltherrschaft zu erreichen.

Der Bericht ist die bisher umfangreichste Untersuchung über die sowjetischen Versuche zur Einflußnahme in den Vereinigten Staaten.

Im einzelnen wird in dem Bericht festgestellt:

- Die Sowjetunion habe den Weltfriedensrat (der praktisch von Moskau gesteuert wird) angewiesen, eifrige Kampagne gegen die geplante Stationierung von neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa in Gang zu setzen.
- Sowjetische Delegationen bereiten auf Einladung der „Gesellschaft für amerikanisch-sowjetische Freundschaft“ die Vereinigten Staaten um die Abrüstungspolitik der US-Regierung in Miskredit zu bringen.
- Der sowjetische amerikanische Friedensrat habe eine wichtige Rolle bei der Planung und Organisation der großen, von 750 000 Menschen besuchten Friedensdemonstration am 12. Juni 1982 in New York gespielt.
- Vertreter des amerikanischen Friedensrates und der amerikani-

schen kommunistischen Partei hätten zum Teil mit Erfolg versucht, den auf der New Yorker Demonstration lautgewordenen Protest gegen die Atombewaffnung ausschließlich auf die amerikanischen Waffensysteme auszurichten.

● Der sowjetische Geheimdienst KGB versuche, Kontakte zu Geistlichen in den Vereinigten Staaten aufzunehmen. Er habe auch biographische Daten über solche Persönlichkeiten gesammelt, um zu ermitteln, ob sie möglicherweise für eine KGB-Rekrutierung anfällig seien.

Ursprünglich hatte Präsident Reagan den Anstoß zu dem FBI-Bericht gegeben, als er in Reden im Oktober und November erklärte, daß viele „ehrliche Leute“ in Amerika von anderen „manipuliert“ worden seien. Es sei keine Frage, hatte Reagan damals erklärt, daß ausländische Agenten ausgesandt worden seien, die Bewegung zum Einfrieren der Atomwaffenarsenale in Gang zu setzen und am Leben zu erhalten. (SAD)

Gefahren durch Wachstum der Bevölkerung

AP, Washington

In den siebziger Jahren sind in 19 Ländern mit insgesamt 121 Millionen Einwohnern die Einkommen zurückgegangen, da der Bevölkerungswachstum überflügelt. Dies ergibt sich aus einer von den Vereinten Nationen in Auftrag gegebenen Studie des Worldwatch-Instituts, einer unabhängigen Forschungsgruppe, die von privaten Stiftungen und von UNO-Organisationen finanziert wird.

Für einen wachsenden Teil der Weltbevölkerung könnten die nächsten Jahre mit einem Abbruch des Lebensstandards verbunden sein, wenn es den Ländern nicht gelingt, ihren Geburtenanstieg zu senken. Die Wahrscheinlichkeit sinkender langfristigen Wirtschaftswachstums werde zahlreiche Regierungen zwingen, ihre Bemühungen um Geburtenkontrolle zu intensivieren, heißt es in der Studie mit dem Titel „Bevölkerungswachstum: ein neues wirtschaftliches Zerkaster“.

Hungerhilfe gegen Waffen getauscht

AP, London

Getreidelieferungen für die mehr als zwei Millionen hungernden Dürre-Opfer Äthiopiens werden zum großen Teil für die Arme abgezweigt, die mit dem Erlös ihre Waffenkäufe in der Sowjetunion bezahlen, schreibt die britische „Sunday Times“. Nur der geringste Teil dieser weltweiten Hilfe erreicht die eigentliche Zielgruppe, berichtet das Blatt unter Berufung auf einen Regierungsbeamten, der sich nach dem Westen absetzte und sich in London um Asyl bemüht. Er habe angegeben, daß Getreidelieferungen aus den EG-Ländern im Hafen von Assab am Roten Meer in der Regel auf sowjetische Schiffe mit sowjetischen Bestimmungshäfen umgeladen würden.

Mugabe: Militär gegen Nkomos Leute

AP, Harare

Das Militär in Zimbabwe wird weiterhin scharf gegen bewaffnete Anhänger der ins Exil gegangenen Oppositionsführers Joshua Nkomo vorgehen, sagte Ministerpräsident Robert Mugabe auf einer Versammlung der regierenden afrikanischen Nationalunion Zimbabwes (ZANU) am Wochenende in Harare. Mitglieder von Nkomos afrikanischer „Volksarmee“ Zimbabwes (ZAPU) finanzierten und versteckten „Dissidenten“, die ihn an die Macht bringen sollten, behauptete Mugabe. Die Regierung müsse Militäreinheiten gegen „Dissidenten“ aufstellen. Es werde die Zeit kommen, auch gegen die ZAPU vorzugehen. Doch treffe es nicht zu, daß Nkomos Anhänger und sein Stamm, die Ndebele, ausgerottet werden sollen.

Am 23. März 1983 ist unser über alles geliebter Mann, Vater und Bruder gestorben.

Wolfgang Hicks

Irina, Ronald, Traudel

Bonn, den 23. März 1983

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Wolfgang Hicks †

Er war ein geistreicher Mann, ein Mann der sicheren Charakterisierung. Der große Karikaturist Wolfgang Hicks gewann der ersten Zeit eine heitere, eine treffende Seite ab.

Mit seinen Zeichnungen trug er dazu bei, das Gesicht der WELT zu prägen.

Uns allen war er ein gewinnender Kollege, vielen ein guter Freund.

Wir sagen ihm Dank.

Redaktion und Verlag
DIE WELT

Bonn, den 23. März 1983

Wir betrauern den Tod des Ehrenvorsitzenden unseres Aufsichtsrates Herrn

Dr. jur. Felix Büchner

* 11. 6. 1905 † 24. 3. 1983

Der Verstorbene gehörte über drei Jahrzehnte dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft an, davon viele Jahre als Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender. Er hat den Wiederaufbau unseres Unternehmens nach dem 2. Weltkrieg mit seinem umfassenden Fachwissen und unermüdlicher Schaffenskraft entscheidend geprägt.

Mit ihm verlieren wir eine Persönlichkeit, deren sachkundiger Rat und unternehmerischer Weitblick uns fehlen werden.

Wir werden Herrn Dr. Büchner ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Schimmelpfeng GmbH

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, 30. März 1983, um 11 Uhr auf dem Friedhof Nienstedten, Hamburg 52, Rupertstraße 37, statt.

Um zum Frieden zu gelangen, zum Frieden erziehen.

PAPST PAUL VI.



VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE E.V.
35 KASSEL WERNER-HILPERT-STRASSE 2 POSTSCHHECKKONTO HANNOVER 1033 60-01

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
-39 42 oder -42 30
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 24
-5 25

Telex:
Hamburg
02 17 001 777 as d
Berlin 01 84 611
Kettwig 08 579 104

Liebe ist ... wenn Sie ein Kind vor dem Verhungern retten.

Wir vermitteln Ihnen die persönliche Patenschaft mit einem hungernden Kind. Das kostet Sie nur ein wenig Liebe und DM 45,- im Monat (steuerlich absetzbar).

CCF Kinderfürsorge
Deutscher Patenschafts-V.
Postfach 110, 740 Heilbronn, Postleitzahl 07141
Weltweit betreut CCF schon über 250.000 Kinder

هكذا عائلتي

Englands Channel 4 erstickt im Korsett redaktioneller Leitlinien

Liebster Medien-Prügelknabe der Nation

Im ITN-Nachrichtenstudio, das Englands kommerziellstem Fernsehen ITV und dem neuen, vierten Kanal 4 (C4) die Nachrichten liefert, macht dieser böse Ruderer. Wie wär's, wenn die Zuschauer von C4 die Nachrichten einfach durchtelefonieren und die TV-Ausstrahlung sparen würden? Das Publikum ist genau so gut bedient und man muss viel Geld sparen. Dieses vernichtende Insider-Url über eines der interessantesten Objekte von C4, die erste einstündige Nachrichtensendung des britischen Fernsehens, kann als Indiz für die Misere des ganzen Unternehmens gelten, das am 2. November vorigen Jahres den Sendebetrieb mit dem Ziel einer zehnprozentigen Sehbeteiligung startete. Es ist inzwischen die nicht minder maliziöse Witz-Umdeutung seines Namens in „Kanal vier Protz“ gefallen lassen muß. Denn Monate nach dem Start konnte die Alternative zu BBC und ITV nur vier Prozent der Zuschauer ziehen, oft sind es nur 3,5 Prozent, wobei „Channel four news“ nicht selten das Schlüsselschloß bildet. Allerdings hat man mittlerweile Konsequenzen gezogen: die einstündige Nachrichtensendung wurde auf 50 Minuten gestürzt, und ist als langweilig empfunden. Kommentare kommen nun in der Art von: „Wo uns der Schuh drückt“ Sendung Leute des öffentlichen Lebens zu Wort. Angesichts der großen Schwierigkeiten, sich freizuschwimmen, räumt C4 jetzt der große Bruder BBC die kommerziellen Anstalten, die bis auf weiteres aus ihren eigenen C4 finanzieren müssen,

beschlossen eine außerordentliche Rettungsaktion: Am 7. April übernimmt der Masskanal ITV von 20 Uhr bis Mitternacht Sendungen von C4. Derart massive TV-Werbung in eigener Sache hat es noch nicht gegeben. Dem 200-Mann-Unternehmen Channel 4, das nicht selbst produziert, sondern in aller Welt einkauft und Produktionsaufträge vergibt, wurde keine Schonzeit zugestanden. Die Neuen wurden zum beliebtesten Medien-Prügelknaben der Nation. Langweilig, linkslastig, pornographisch gar schimpfte man sie, warf ihnen obszöne Sprache vor, kreierte ihnen allzu bereitwilliges Eingehen auf Minderheiten wie Homosexuelle und Farbige an. Kein Geringerer als BBC-Fernsehdirektor Aubrey Singer sprach von einer „Fülle billiger, politisch vorbelasteter“ Dokumentarfilme aus der Küche unabhängiger kleiner Produzenten, die die Ausgewogenheit der etablierten Fernsehkanäle vermissen lassen. Abgeordnete prangerten im Parlament angebliche Fehlentscheidungen der Programmverantwortlichen von C4 an und forderten, daß entweder Köpfe rollen oder der Kanal wieder dicht gemacht wird. Jeremy Isaacs, Stammesmann von C4 in all den Stürmen, versucht, Gleichmut zu bewahren: „Ich bin nun mal in sehr exponierter Stellung und muß viel einstecken. Ich habe das allergrößte Verständnis für Fußballmanager, die heute zu Wunderwerkern hochstilisiert und morgen zum alten Eisen geworfen werden.“ Isaacs ist dennoch zuversichtlich, daß er sein Ziel erreichen wird, in drei Jahren zehn Prozent Sehbeteiligung zu haben. Er gab

aber auch Fehler zu und kündigte einschneidende Änderungen an. Man wolle im kommenden Jahr stärker auf die Linie leichte Unterhaltung einschwenken, mehr Lustspiele, Unterhaltungsshow und Serien bieten. Damit ist ein wunder Punkt dieses kommerziellen TV-Kanals angesprochen: das ihm vom Parlament verpasste Korsett redaktioneller Leitlinien, wonach es das (umgekehrt erfolgreiche) ITV-Konzept nicht duplizieren, sondern Alternativen für Minderheiten und solche Gruppen entwickeln soll, die TV-desinteressiert sind. Dieser Auftrag hat im Blick auf die nur an Einschaltquoten interessierte Werbewirtschaft eine gewaltige Bremswirkung. Weiter zeigt sich, daß die etablierten Sender, also die öffentlich-rechtliche BBC mit ihren beiden Kanälen BBC-1 und BBC-2 und das kommerzielle ITV einen Zuschauerstamm haben und darauf abzielen, jeden Abend zur Haupteinschaltzeit der Briten gegen 19 Uhr Leckerbissen wie eine beliebte Serie, eine Komikshow oder einen Spielfilm zu servieren, in der Hoffnung, die Leute damit für den Rest des Abends bei der Stange zu halten. C4 hingegen sendet ab 19 Uhr seine 50-minütige Nachrichtensendung. Isaacs zielt darauf ab, das Publikum für „Stippvisiten“ auf seinem Kanal zu gewinnen, mußte aber die bittere Erfahrung machen, daß nur eine kleine Minderheit den Fernsehabend durch sorgfältiges Studium des gesamten Programmangebots plant. Jetzt ist die Zeit der Kurskorrekturen gekommen. SIEGFRIED HELM

KRITIK

Welt mit klaren Konturen

„Dies ist „Derrick“ (ZDF) neben dem „Alten“ die beliebteste deutsche Krimiserie! Vielleicht ist uns gerade der Vergleich mit dem „Alten“ darauf. Dieser ist wahres Wunder, denn in ihm sind ja lauter Menschen wie du und ich auf, von Köster angefangen, und es ist trotzdem spannend. „Derrick“ ist es gerade umgekehrt. Hier gibt es lauter Hundertenteile, nämlich intensiv gute Menschen und ekelhaft böse. „Derrick“ tappert, der irgendwie Willy Birgel abstammen muß, ist stolz wie ein Jäger herum, überdies man bei Köster-Lowitz noch in einem Augenwinkel etwas wie Jagdstinkt entdecken kann. Der neue „Derrick“ hieß „Gedächtnis einer Nacht“ und war eine Mordgeschichte um einen machen Frauenvernichter (natürlich ein Unternehmer und Schloß-

besitzer – im Volk gibt es so etwas ja nicht). Und man hatte sich dazu eine wahre Starbesetzung geholt. Heinz Bennent genügt nicht, es mußte auch Anne Bennent her, die noch verstört ins Nichts starren kann als ihr Papa. Den weiblichen Sex vertrat Thelma Carola Wied, weil sie so eine sinnlich gekerbte Lippe hat. Dafür war Gila von Weitershausen diesmal ganz seelisch. Siegfried Wisniewski mimte die ehrlichste Haut von einem Hausmeister und Großvater, dann sich der von Geliebtheit tiefende Männersex von Jürgen Goslar davon abheben konnte. O Gott, wie war das schön! Endlich eine Welt mit klaren Konturen, das Gute und das Böse durch Welten voneinander getrennt, darüber Derrick als Erzengel und Fritz Wepper als Teufel. ANTON MADLER

STUDIO

In enger Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern plant der Westdeutsche Rundfunk (WDR) gegenwärtig eine großangelegte Sendereihe „Tiefseeforschung“, in der erstmals „Fernsehbilder“ aus bis zu 6000 Metern Tiefe gezeigt werden sollen. Von Mitte der 70er Jahre an – so glaubt man – könnten erste Sendungen über das „faszinierende und bislang kaum erforschte“ Leben in den Meeresstiefen ausgestrahlt werden. Eigens für dieses Großprojekt sei bereits ein „Unterwasser-Mini-Studio“ im Modell entworfen worden, das von einem Forschungsschiff ferngelenkt werden könne. Das mit Archaismus und speziellen Scheinwerfern ausgestattete „Unterwasser-Studio „Noctiluca IV“ solle neben Film-Aufnahmen auch wissenschaftliche Messungen vornehmen. (dpa)

SIEMENS

Auch Versicherungen haben Siemens-Computer. Und die schnelle Hilfe im Falle eines Falles.

Auffahrunfall, Blechschaden, Schadenmeldung, Schadenregulierung ... ein Siemens-Computer sorgt dafür, daß die Betroffenen den Ärger schnell vergessen können.

Im Dialog mit dem Computer kann der Bearbeiter bei der Versicherung direkt am Bildschirm den Schaden schnell erfassen und beurteilen und alles Nötige zu seiner Regulierung veranlassen.

Zeitgemäßer Service, umfassend und schnell – der Siemens-Computer macht's möglich. Ebenso schnell wie die Schadenregulierung können Auskünfte gegeben, Angebote nach Maß gemacht, Verträge geschlossen oder geändert, Leistungen errechnet werden ...

Wo es auf schnellen und umfassenden Kundenservice ankommt, arbeiten Siemens-Computer. Allein in den verschiedenen Sparten der Privat- und Sozialversicherung sind es rund 300 große Computer. Genauso stehen sie zu Diensten rund um die Uhr bei Banken und Sparkassen z. B. als Geldausgabeautomat, in kommunalen Verwaltungen z. B. bei der schnellen Kfz-Zulassung oder Paßausstellung ...

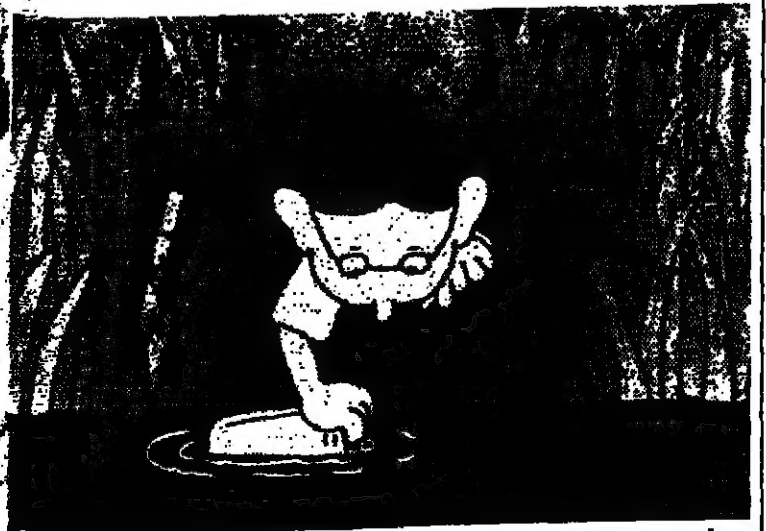
Mehr Informationen über Siemens-Computer bei Versicherungen: Siemens AG, Infoservice 131/14 Postfach 156, 8511 Fürth



Siemens-Computer sind überall zu Hause

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

12.00 Uhr Tageschau	12.00 Uhr Tageschau
12.15 Uhr Geschichte einer Nacht	12.15 Uhr Tageschau
12.30 Uhr US-Spielfilm, 1959	12.30 Uhr Tageschau
13.00 Uhr Tageschau	13.00 Uhr Tageschau
13.15 Uhr Spiel am Montag	13.15 Uhr Tageschau
13.30 Uhr Mit Thomas und Zini	13.30 Uhr Tageschau
13.45 Uhr Die Filmbeiträge: Kanakalator/Pladfinder auf Abwegen/Hobby/„The three stooges“ als Tierarzt/Mischen pfiff, Tüte und Robert/Kid – das Känguruh.	13.45 Uhr Tageschau
14.00 Uhr Tageschau	14.00 Uhr Tageschau
14.15 Uhr Tageschau	14.15 Uhr Tageschau
14.30 Uhr Tageschau	14.30 Uhr Tageschau
14.45 Uhr Tageschau	14.45 Uhr Tageschau
15.00 Uhr Tageschau	15.00 Uhr Tageschau
15.15 Uhr Tageschau	15.15 Uhr Tageschau
15.30 Uhr Tageschau	15.30 Uhr Tageschau
15.45 Uhr Tageschau	15.45 Uhr Tageschau
16.00 Uhr Tageschau	16.00 Uhr Tageschau
16.15 Uhr Tageschau	16.15 Uhr Tageschau
16.30 Uhr Tageschau	16.30 Uhr Tageschau
16.45 Uhr Tageschau	16.45 Uhr Tageschau
17.00 Uhr Tageschau	17.00 Uhr Tageschau
17.15 Uhr Tageschau	17.15 Uhr Tageschau
17.30 Uhr Tageschau	17.30 Uhr Tageschau
17.45 Uhr Tageschau	17.45 Uhr Tageschau
18.00 Uhr Tageschau	18.00 Uhr Tageschau
18.15 Uhr Tageschau	18.15 Uhr Tageschau
18.30 Uhr Tageschau	18.30 Uhr Tageschau
18.45 Uhr Tageschau	18.45 Uhr Tageschau
19.00 Uhr Tageschau	19.00 Uhr Tageschau
19.15 Uhr Tageschau	19.15 Uhr Tageschau
19.30 Uhr Tageschau	19.30 Uhr Tageschau
19.45 Uhr Tageschau	19.45 Uhr Tageschau
20.00 Uhr Tageschau	20.00 Uhr Tageschau
20.15 Uhr Tageschau	20.15 Uhr Tageschau
20.30 Uhr Tageschau	20.30 Uhr Tageschau
20.45 Uhr Tageschau	20.45 Uhr Tageschau
21.00 Uhr Tageschau	21.00 Uhr Tageschau
21.15 Uhr Tageschau	21.15 Uhr Tageschau
21.30 Uhr Tageschau	21.30 Uhr Tageschau
21.45 Uhr Tageschau	21.45 Uhr Tageschau
22.00 Uhr Tageschau	22.00 Uhr Tageschau
22.15 Uhr Tageschau	22.15 Uhr Tageschau
22.30 Uhr Tageschau	22.30 Uhr Tageschau
22.45 Uhr Tageschau	22.45 Uhr Tageschau
23.00 Uhr Tageschau	23.00 Uhr Tageschau
23.15 Uhr Tageschau	23.15 Uhr Tageschau
23.30 Uhr Tageschau	23.30 Uhr Tageschau
23.45 Uhr Tageschau	23.45 Uhr Tageschau
24.00 Uhr Tageschau	24.00 Uhr Tageschau



aus einer neuen Folge der Spielfilmreihe „Tom will nicht erwachsen sein“, „Spiel am Montag“, ARD, 16.15 Uhr

18.00 Uhr Tageschau	18.00 Uhr Tageschau
18.15 Uhr Tageschau	18.15 Uhr Tageschau
18.30 Uhr Tageschau	18.30 Uhr Tageschau
18.45 Uhr Tageschau	18.45 Uhr Tageschau
19.00 Uhr Tageschau	19.00 Uhr Tageschau
19.15 Uhr Tageschau	19.15 Uhr Tageschau
19.30 Uhr Tageschau	19.30 Uhr Tageschau
19.45 Uhr Tageschau	19.45 Uhr Tageschau
20.00 Uhr Tageschau	20.00 Uhr Tageschau
20.15 Uhr Tageschau	20.15 Uhr Tageschau
20.30 Uhr Tageschau	20.30 Uhr Tageschau
20.45 Uhr Tageschau	20.45 Uhr Tageschau
21.00 Uhr Tageschau	21.00 Uhr Tageschau
21.15 Uhr Tageschau	21.15 Uhr Tageschau
21.30 Uhr Tageschau	21.30 Uhr Tageschau
21.45 Uhr Tageschau	21.45 Uhr Tageschau
22.00 Uhr Tageschau	22.00 Uhr Tageschau
22.15 Uhr Tageschau	22.15 Uhr Tageschau
22.30 Uhr Tageschau	22.30 Uhr Tageschau
22.45 Uhr Tageschau	22.45 Uhr Tageschau
23.00 Uhr Tageschau	23.00 Uhr Tageschau
23.15 Uhr Tageschau	23.15 Uhr Tageschau
23.30 Uhr Tageschau	23.30 Uhr Tageschau
23.45 Uhr Tageschau	23.45 Uhr Tageschau
24.00 Uhr Tageschau	24.00 Uhr Tageschau

Kohl-Strauß-Genscher bilden Triumvirat

Fortsetzung von Seite 1

1989 war zum Scheitern verurteilt, weil sie nicht zur Kenntnis nehmen wollte, daß die Politik der Koexistenz und der Entspannung für die Sowjetunion die Fortführung des Klassenkampfes mit anderen Mitteln ist."

Realistische Entspannungspolitik dürfe nicht auf dem Prinzip der Hoffnung, sie müsse auf der Grundlage der Wachstumsrate aufgebaut sein. Entspannung müsse auch unterbrechbar sein, da sie sonst zum psychologischen Zwang werde. Außerdem müsse wirkliche Entspannung geographisch unteilbar sein.

Auf dem Feld der Entwicklungspolitik setzte die CDU gegenüber der FDP einen Passus durch, über den es beim gemeinsamen Wahlprogramm der Unionsparteien noch keine Einigung gegeben hatte. Punkt 36 lautet: "In allen gesellschaftlichen Bereichen ist auf Maßnahmen hinzuwirken, die beschäftigungswirksam auf die deutsche Volkswirtschaft sind." Entwicklungshilfe dürfe weder in Widerspruch zu eigenen lebenswichtigen Interessen stehen noch der Bundesrepublik feindlich gesonnene Kräfte fördern.

Zum Rüstungsexport wird "in nächster Zukunft" ein neues Konzept erwartet, das die sicherheits- und finanzpolitischen Belange der Bundesrepublik berücksichtigt.

Unter dem Titel "Besondere Problembereiche der deutschen Außenpolitik" folgen einige Abschnitte, die deutlich die Handschrift des CDU-Vorsitzenden Strauß tragen. Die Volksrepublik China wird unter den gegenwärtigen weltweiten Gegebenheiten als ein natürlicher Partner der Bundesrepublik bezeichnet. In der Nahost-Politik

müsse der Reagan-Plan auf allen politischen Ebenen unterstützt werden. "Inhaltloser Aktionismus, der nur zu neuen Verhärtungen der Lage führt, darf sich nicht wiederholen", heißt es in Punkt 43.

Vier Seiten sind der Afrika-Politik gewidmet, in der die CDU kaum Einigungsmöglichkeiten mit der FDP und ihrem Vorsitzenden, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, sieht. So wird für Namibia gefordert, das Turnhallen-Modell zu fördern und die Unterstützung der prokommunistischen und terroristischen Swapo aufzugeben. Das unter der SPD/FDP-Koalition geschlossene deutsche Konsulat in Windhoek soll wiedereröffnet werden.

In der Südafrika-Politik der neun Punkte vorbehalten sind, wird als langfristiges Ziel verlangt, auf die dortigen Regierungsverantwortlichen einzuwirken, "die Verfassungsreform ihres Landes nach den gegebenen Bedingungen geschichtlicher und ethnischer Art so voranzutreiben, daß die weiße Kultur erhalten bleibt, der Aufstieg der Farbigen, besonders der schwarzen Bevölkerung, sich evolutionär und organisches vollzieht, eine Unterdrückung oder Ausrottung von Minderheiten unmöglich gemacht wird und ein Kondominium der beteiligten Rassen zustande kommt".

Militärischer Druck oder Wirtschaftssanktionen werden abgelehnt. Die Weltmeinung dürfe nicht länger dahingehend manipuliert werden, "Revolutionen seien ein sentimentaler-moralischer Überbegriff und einen revolutionären charismatischen Heiligkeitsschein zu geben". In Punkt 59 heißt es: "Die freie Welt muß langfristige evolutionäre Vorhaben unterstützen, statt revolutionäre Umtriebe zu begünstigen."

Klage gegen die Grünen?

Waigel fragt nach Verfassungsmäßigkeit

rt, Tutzing
Der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe im Bundesland, Theo Waigel, hat sich für eine Verfassungsklage gegen die Grünen ausgesprochen, falls die in Teilen der Partei vertretene Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols und des Rechtsstaatsprinzips offizielle Politik der Grünen werden sollte. "Sollten sich diese Auffassungen in der offiziellen Programmatik der Grünen niederschlagen, wäre meines Erachtens eine grundsätzliche Klärung der Verfassungsmäßigkeit der Grünen als Partei vor dem Bundes-

verfassungsgericht erforderlich", sagte Waigel am Wochenende der Evangelischen Akademie Tutzing.
Der Bundestagsabgeordnete Dieter Burgmann von den Grünen bezeichnete es als "infame Unterstellung", die Grünen als verfassungswidrig zu bezeichnen. Die Gewaltfreiheit sei "eine der Grundsäulen" der Grünen. Er könne aber das Gewaltmonopol des Staates nicht akzeptieren, wenn es dazu benutzt werde, um Leben und Gesundheit von Menschen zu gefährden.

Dritter Entwurf: US-Hirtenbrief abgemildert

dpa, Washington
Der dritte Entwurf des Hirtenbriefes der katholischen Bischöfe der USA zur Atomrüstung hält an der scharfen Verurteilung der Atomrüstung und eines atomaren Krieges fest, enthält aber auch Abmilderungen im Vergleich zu den früheren Entwürfen.

Dies läßt sich einem Bericht der "New York Times" vom Wochenende über den neuen Entwurf, der den 285 katholischen Bischöfen zur Schlussabstimmung auf der Nationalen Bischofs-Konferenz am 2. Mai in Chicago vorgelegt werden soll, entnehmen.
Unverändert, so heißt es in dem Bericht, werden ein Atomkrieg und der Einsatz von Atomwaffen gegen die Zivilbevölkerung als unmoralisch verurteilt. Im Unterschied zur bisherigen Fassung werden die USA und die Sowjetunion aufgefordert, die atomare Aufrüstung zu "begrenzen". Bisher war ein Stopp verlangt worden.

Der Abschnitt über den Ersteinsatz von Atomwaffen falle ausführlicher aus, schreibt das Blatt. Die Rechtfertigung der nuklearen Abschreckung als das kleinere von zwei Übeln sei gestrichen worden.
Die Verantwortung der Sowjetunion für den Rüstungswettlauf wird dem Bericht zufolge deutlicher herausgestellt, und die Folgen eines Atomkrieges werden ausführlicher beschrieben.

Den Informationen zufolge wird die neue amerikanische Interkontinentalrakete MX nicht mehr besonders als eine fragwürdige Waffe hervorgehoben, sondern es werden alle Waffensysteme kritisch beurteilt, die eine Ausweitung des Rüstungswettlaufes oder eine Einleitung der Sowjetunion zum Angriff provozieren könnten. Von der Regierung Ronald Reagans heißt es, daß sie eine echte Abrüstung anstrebe.
Die bisherige Fassung des Hirtenbriefes war von der amerikanischen Regierung scharf kritisiert worden. Nach Ansicht des Weißen Hauses wurden die Abrüstungsanstrengungen der USA nicht ausreichend gewürdigt.

In der Bundesrepublik Deutschland waren die bisherigen Entwürfe des Hirtenbriefes der amerikanischen Bischöfe von führenden katholischen Sozialdemokraten und Christdemokraten ebenfalls verurteilt worden.
Die dritte Fassung des Hirtenbriefes soll nach der Schlussabstimmung und der endgültigen Verabschiedung auf der Bischofskonferenz von den Kanzeln der Kirchen verlesen werden.

Kohl gibt Ministerliste bekannt

Stoiber soll gegen Ende der Legislaturperiode Verkehrsminister Dollinger ablösen

MANFRED SCHELL, Bonn
Die CDU-Führung hat bei der Benennung ihrer fünf Bundesminister für das neue Kabinett einen Wechsel an der Spitze des Bundesverkehrsministeriums gegen Ende der Legislaturperiode einkalkuliert.
Nach Informationen der WELT gibt es ein stillschweigendes Arrangement, das vorsieht, daß dann Bundesverkehrsminister Werner Dollinger sein Amt abgibt. Sein Nachfolger soll 1988 der bisherige CDU-Generalsekretär und Staatssekretär in der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, werden. Diese Regelung käme auch Stoiber - Dollinger wäre dann 68 Jahre alt - entgegen, weil er einerseits ohne Bundestagsmandat ist, sich aber andererseits vor der Neuwahl des Bundestages einarbeiten könnte.
Bundeskanzler Helmut Kohl wird heute den Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seine Ministerliste bekanntgeben. Sie wird keine großen Veränderungen aufweisen und wie folgt aussehen: Vizekanzler und Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), Fi-

nanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU), Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU), Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP), Verteidigung Manfred Wörner (CDU), Justiz Heinz Engelhardt (FDP), Ernährung Ignaz Kiechle (CSU), Minister für Arbeit und Soziales Norbert Blum (CDU), Verkehrsminister Werner Dollinger (CSU), Minister für das Post- und Fernmeldewesen Christian Schwarz-Schilling (CDU), Bundeswohnungsbauminister Oscar Schneider (CSU), Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Heinrich Windelen (CDU), Minister für Forschung und Technologie Heinz Riesenhuber (CDU), Minister für Jugend, Familie und Gesundheit Heiner Geißler (CDU), Minister für Bildung und Wissenschaft Dorothee Wills (CDU), Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Jürgen Warnke (CSU).

Nach der Wahl und der Vereidigung des Bundeskanzlers, die am Dienstag stattfinden sollen, ist die Eidesleistung der Minister für Mittwoch vorgesehen. Die Mini-

sterliste weist nur zwei Veränderungen auf: Kiechle wird anstelle von Josef Ertl Bundesernährungsminister, und Heinrich Windelen, bisher Vizepräsident des Parlamentes, wird Nachfolger von Rainer Barzel als innderdeutscher Minister. Barzel wird Bundestagspräsident, während die Vizepräsidentenstelle künftig von Richard Stücklen besetzt sein wird.

Auch auf der Ebene der parlamentarischen Staatssekretäre dürfte es keine großen Veränderungen geben. Es ist daran gedacht, die Stelle des zweiten parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministerium - bisher der FDP-Abgeordnete Jung - nicht wieder zu besetzen. Jung ist nicht mehr im Deutschen Bundestag. Unentschieden ist, ob Georg Gallus (FDP) parlamentarischer Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium bleibt. Kiechle möchte diese Position mit einem Mann aus den eigenen Reihen besetzen, wobei die Namen der Abgeordneten Egon Susset (Baden-Württemberg) und Karl Eigen (Schleswig-Holstein) gefallen sind.

Perez bespricht mit dem Krenl Afghanistan

AFP, Moskau

UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar ist auf Einladung von KPdSU-Generalsekretär Jurij Andropow gestern zur ersten Etappe seiner Europa-Reise in Moskau ein getroffen. Perez wird von seinem Sonderbeauftragten für Afghanistan, Diego Cordovez, begleitet.
Außer dem Abrüstungsproblem dürfte der UNO-Generalsekretär in Moskau vor allem die Afghanistan-Frage erörtern. Seit seinem letzten Besuch im Krenl im September 1982 ist in dieser Frage bei der Moskauer Führung ein Wandel zu bemerken.

Cordovez, der eine Forderung zwischen Kabul und Islamabad durchführt, soll in letzter Zeit von Moskau ermutigt worden sein. Doch machte er darauf aufmerksam, daß von einer sowjetischen Teilnahme an der Afghanistan-Verhandlungen vorerst keine Rede sei könne.

PLO-Chef Arafat in Saudi-Arabien

rt/AFIP, Rize

Der Chef der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, ist gestern aus Marokko zu Gesprächen in der saudi-arabischen Hauptstadt Riad eingetroffen, meldete die saudi-arabische Nachrichtenagentur. Ihn begleitet Abu Jihad, der stellvertretende Oberkommandierende der palästinensischen Truppen. Anschließend reist Arafat zu Gesprächen mit König Hussein nach Jordanien.

Dali-Fälschungen in Spanien

dpa, Madrid

Die spanische Polizei hat einen neuen Kunstfälscher "aufgedeckt", drei dreifache festgenommen und 50 Bilder beschlagnahmt, von denen 48 Salvador Dali zugeschrieben worden waren.

Mit dieser Nachricht alarmierte die spanische Polizei nach dem Selbstbeschuldigungen des "Dall-Imitators" Manuel Pujol Balada erneut den Kunsthandel. Bereits vor zwei Jahren war die Kunstwelt durch Berichte aufgeschreckt worden, nach denen Dali jahrelang Tausende leerer Lithobogen signierte und damit der Möglichkeit der Täuschung Tür und Tor geöffnet haben sollte.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nicht nur ältere Herren

"Kadermedien und Herrenclub": WELT vom 19. März

Sehr geehrte Herren,
den Freien Deutschen Autorenverband mit seinen neun Landesverbänden und 1700 Mitgliedern, von der großen Zahl der Sympathisierenden unter den gewerkschaftlich nicht gebundenen Schriftstellern ganz abgesehen, als "esoterische Runde gutgelaunter älterer Herren" zu beschreiben, scheint denn doch nicht ganz zureichend. Natürlich gibt es da auch einen beträchtlichen Teil älterer Autoren (relativ wenige "gut gelaunt"), und weil diese die bekanntesten Namen sind, stehen sie im Blickpunkt. Aber der weitaus größere Teil sind jüngere Jahrgänge, viele in den letzten Jahren zum FDA gekommen, die gerade ihre ersten Veröffentlichungen vorgelegt haben. Der FDA hat für die Nachwuchsschriftsteller mehrere Arbeitskreise.

Richtig ist natürlich - und vielleicht meint das der Leitartikel - daß sich zwischen den Älteren und

den Jungen ausgedünnte mittlere Jahrgänge finden, beim FDA ausgespart als beim VS, weil es ja in den letzten Jahrzehnten für die intellektuellen Mode (und besser dotiert) war, links zu tragen, in die Gewerkschaft zu gehen, der Parole "Schreiben heißt marschieren" zu folgen. Das jedoch ändert sich immer spürbarer, allein die steigenden Mitgliederzahlen des FDA zeigen es klar.

Dem FDA fehlt noch sehr viel, aber schließlich unzutreffend ist, es mangle in ihm an sozialem Engagement. An allen Fronten, beim Urheberrecht, bei der Mehrwertsteuer, der Krankheits- und Altersvorsorge, als Gründungsmitglied im Deutschen Literaturfonds, im Kulturrat, überall war der FDA mit engagierter Kritik und präzisen eigenen Vorschlägen dabei - gerade eben noch mit Forderungen und statistischem Material beim Bemühen um Hilfe für die vom Künstler-sozialversicherungsgesetz im Stich gelassenen über fünfzigjährigen Kollegen bei der Anhörung im Bundesinnenministerium.

Angesichts der Not bei vielen Mitgliedern, die durch die Umfrage des FDA sichtbar wurde, klingt die Bezeichnung "Herrenclub" geradezu grotesk. Und am allerwenigsten paßt diese Kategorie auf den FDA-Präsidenten Hubertus Prinz zu Löwenstein, der im Reichsbanner war, dann auf Helgoland, und der noch heute zusammen mit den Jungautoren literarische Fahrten unternimmt.

Mit freundlichen Grüßen
Volker Zühlke
Mitglied des Präsidiums
Freier Deutscher Autorenverband, Bonn

Hervorhebung

Sehr geehrte Herren,
Sie haben in Ihrer Ausgabe vom 14. März einen ausgezeichneten Artikel über Straßburg untergebührender Hervorhebung der außerordentlichen Verdienste des bisherigen Bürgermeisters und großen Europäers, Dr. h. c. Pierre Pflimlin, gebracht. Dafür danke ich Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen
Alfred Toepfer,
Hamburg 1

Benachteiligt

In Ihrem Leitartikel "Das Unvermeidliche im Licht einer glanzvollen Kulisse" von Peter Gillies (WELT vom 19. März) sprechen Sie dankenswerterweise ein Problem an, das uns Politiker sehr bedrängt. Es geht um den Begriff der Benachteiligung.
Mehr als die Hälfte der Bevölkerung, nämlich die Mädchen und Frauen, sind sowieso benachteiligt. Auch die Landbevölkerung gehört zu der benachteiligten Gruppe.

Allerdings wollen uns die Grünen gerade davon überzeugen, daß es die Städter sind, die von ihren Umwelterfahrungen her benachteiligt sind. Besonders benachteiligt sind ja, wie im Jahr des Kindes die damalige Bundesregierung weltweit bekannt machte, bei uns die Kinder und Jugendlichen. Wir sind die kinderfeindlichste Gesellschaft, vergleicht man die Berichte an die UNO. Benachteiligt sind auch die älteren Menschen.

Wie beklagenswert ist aber die Benachteiligung der gesunden, im Erwerbsalter stehenden Bevölkerungsgruppe, muß sie doch die sozialen Lasten der Gesellschaft allein tragen. Die Arbeiter sind schlechthin benachteiligt, die Selbstständigen allerdings besonders benachteiligt, weil sie am weitesten von der 40-Stunden-Woche entfernt sind. Benachteiligt sind alle Pflichtversicherten, weil sie die Risikogruppe mit durchziehen müssen.

Alle Minderheiten sind sowieso benachteiligt, auch die Bewohner von Randgebieten und Problemreichen aller Art. Bei jeder politischen Aktivität, die wir nur von Ferne ankündigen, gibt es den Protest der möglicherweise Benachteiligten.

Die Unbeweglichkeit der Politik hat sicherlich auch Vorteile, weil manches Unnötige und Aktualitätslos unterbleibt. Aber in den nächsten Jahren muß mancher Kurs gewendet werden.

Wie kann man das aber einem Volk zumuten, das nicht nur einfach benachteiligt ist, sondern wo die "Mehrfach-Benachteiligung" die Regel ist?

Hermann Kroll-Schlüter,
MdB, CDU, Bonn / Warstein

Wort des Tages
"Die Gerechtigkeit ist nichts anderes als die Nächstenliebe des Weisen."

Gottfried Wilhelm Leibniz, dt. Philosoph (1646-1716)

Personalien

ERNENNUNG

Professor Reinhard Schwarz wurde neuer Präsident der Luther-Gesellschaft. Sein Vorgänger, Landesbischof Gerhard Müller, kandidierte nach achtjähriger Tätigkeit nicht mehr für dieses Amt. Professor Schwarz lehrt Kirchengeschichte an der Universität München.

EHRUNGEN

Der Lübecker Konsul und Firmeninhaber Klaus Richter wurde Vizepräsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels. Richter war bisher bereits Präsidialmitglied und Vorsitzender des Verkehrs-ausschusses in diesem Bundesverband. Er ist unter anderem auch Präses der Industrie- und Handelskammer Lübeck.

Der französische Philosoph und Jaspers-Spezialist Emmanuel Levinas erhielt als erster den Karl Jaspers-Preis, den die Universität Heidelberg und die Stadt gemeinsam stiften. In der Jury saßen neben Repräsentanten der Stadt und der Universität Mitglieder der

Heidelberger Akademie der Wissenschaften, des Max-Planck-Instituts und der Baseler Jaspers-Stiftung. Der Preis ist mit 10 000 DM dotiert und wird am 15. Juni in Heidelberg während eines Karl Jaspers-Symposiums überreicht. Der 1909 verstorbene Philosoph Karl Jaspers lebte viele Jahre in Heidelberg. Professor Levinas war an der Pariser Sorbonne tätig.

Professor Dr. Gerhard Meyer-Schwickerath von der Universitäts-Augenklinik in Essen erhielt im holländischen Maastricht die Donders-Medaille der Niederländischen Augenärztlichen Gesellschaft. Die Donders-Medaille wurde seit 1932 erst zum achten Mal verliehen.

GESTORBEN

Wilhelm Geffeller, Gründungsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes und ehemaliger Vorsitzender der Industriewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, IG Chemie, starb im Alter von 77 Jahren in Gehrden bei Hannover. Von 1933 bis 1957 hatte Wilhelm Geffeller auch als SPD-Abgeordneter dem Deutschen Bundestag angehört.

Ein Leben in Liebe und Fürsorge für die Familie hat sich erfüllt.

Wir nehmen Abschied und trauern sehr um meinen geliebten Mann, unseren liebevollen, guten Vater und Großvater

Dr. jur. Felix Büchner

geb. 11. 6. 1895 gest. 24. 3. 1983

In Liebe und Dankbarkeit

Gertrud Büchner geb. Schneider
Felicitas Büchner

Peter und Raquel Büchner

Peter, Alexander und Andrea Büchner
und alle Angehörigen

Hamburg-Winterhude, Blumenstraße 36a

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, 30. März 1983, um 11 Uhr auf dem Friedhof Nienstedten, Hamburg 52, Rupertstraße 37.

Unser von allen verehrter Gesellschafter-Geschäftsführer, Herr

Dr. jur. Felix Büchner

Träger des Bundesverdienstkreuzes

ist am 24. 3. 1983 im Alter von 87 Jahren verstorben.

Mit großer Umsicht und Tatkraft hat Herr Dr. Büchner den Verlag aus kleinen Anfängen zur heutigen Bedeutung geführt. Sein Weitblick, die Treffsicherheit seines Urteils, seine Gabe, bei allen auftretenden Problemen das Wesentliche zu erkennen, waren für uns immer von neuem bewundernswürdig. Bis zuletzt war sein Rat unentbehrlich.

Herr Dr. Büchner brachte seinen Mitarbeitern gütiges Verständnis entgegen und war zur persönlichen Hilfe stets bereit.

Wir alle werden sein Andenken in hohen Ehren halten

Verlag Handwerk und Technik GmbH
Geschäftsführung, Betriebsrat, Mitarbeiter

Hamburg 63
Lademannbogen 135

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, 30. März 1983, um 11 Uhr auf dem Friedhof Nienstedten, Hamburg 52, Rupertstraße 37. Spenden statt Blumen werden erbeten für das Sozialwerk des Deutschen Buchhandels e. V. Frankfurt/Main, Konto: 17 52 24 8, Dresdner Bank Fim. (BLZ 500 800 00).

هكذا عائلته

Montag, 28. März 1983

Schuldigen gefunden

J. Sch. (Paris) - Frankreichs Sozialisten haben inzwischen die Schuldigen für ihre dritte Franc-Abwertung gefunden. Das sind, wie es im Leitartikel des jüngsten Informationsblattes der Regierungspartei heißt, "die großen Besitzer von Kapital, das täglich neu platziert wird". Zum Beispiel von multinationalen Gesellschaften, welche auf diese Weise den Wahlsieg der deutschen Leuten feierten. Das hört sich so an, als ob es vor dem 6. März keine Spekulation gegen den Franc gegeben hätte.

In Frankreich selbst ist natürlich niemand verantwortlich. Wie oft: das aus der Fall sein, wo die Devisenkontrolle zwischen so festgesetzt ist, daß Devisenmischer praktisch nicht mehr gegen den Franc spekulieren können. Noch bei der ersten und zweiten Abwertung sahen die Sozialisten in den französischen Kapitalgebern die größten Sündenböcke.

Nur haben die (ausländischen) Spekulationen, wie die Parteigenossen erfahren, die wirtschaftlichen Realitäten Frankreichs übersehen. Insbesondere wäre ihnen vorzugeben, daß hier die Arbeitslosigkeit seit einiger Zeit immer stark gestiegen ist als in anderen Ländern. Aber diese realistische Analyse führt, anders als die der Preise, eben doch nicht zu ablenkenden Wechselkursen. Da muß eigentlich auch die Verfasser des Informationsblattes wissen. Immerhin räumen sie ein, daß die französische Inflationsrate

Osterpreise

ad. - Frohe Kunde von der Osterfront: Die Eier, ohne die es nun einmal nicht geht, werden in diesem Jahr teilweise sogar billiger zu haben sein als im vergangenen Jahr. Ansonsten läuft es wie gewohnt. Ostern steht vor der Tür. Und damit eine alljährlich zu beobachtende, unerfreuliche Entwicklung: Was, was auch nur im entferntesten mit der Saison zu tun hat, seien es die Blumen, das Frühgemüse oder der Lammbraten, wird schnell ein bißchen teurer, und zwar deutlich mehr als eigentlich saisonbedingt. Der Verbraucher, in dem schnelle Kassen und der Frühlingskonsum den Lust auf bunte Blumen und zartes Grün geweckt haben, ärgert sich und zahlt. Wie empfindenswert es ist, bei den Osterpreisen "genau hinzusehen", zu vergleichen und notfalls eine Tür weiterzugehen, belegen jetzt die hessischen Verbraucher mit ihrem Preisvergleich. Für den Hundert-Gramm-Zweig "Zweigen" aus Schokolade müssen teilweise 400 Prozent mehr bezahlt werden als für die gleich schwere Tafelschokolade. Da wird wohl mancher sich an den guten alten Papphasen erinnern...

Sanierungsprogramm

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Franzosen müssen den Gürtel enger schnallen - und das ist nur ein Loch. Denn die teure, die ihnen jetzt die französische Regierung verordnet wird, heißt: härter sein als alle bisherigen bürgerlichen Sanierungsprogramme. Nach dem Frankreich in der Eurie der sozialistischen Volksbewegungen Politik fast zwei Jahre über seine Verhältnisse gelebt hat, mußte die Stunde der Wahrheit schlagen.

Die Handelsbilanz geriet immer in die roten Zahlen, gleichzeitigen die Auslandsschulden untragbar an. So war schließlich die Franc-Parität in der ökonomischen Währungsunion (S) nicht mehr zu halten.

Am 27. März stand Paris vor der Frage, was die EWS zu verlassen, den Franc - zum dritten Male - der sozialistischen Regierung abzuwerfen.

Jetzt zur Absicherung der Abwertung eingeleitete Sanierungsmaßnahmen sind ebenfalls notwendig. Die französische Handelsbilanzdefizit kurzfristig auf ein vertretbares Niveau zu reduzieren, wenn nicht durch massive Nachfragerückgang? Er soll in den nächsten Jahren 65 Milliarden Franc (Milliarden Mark) erreichen.

Mit ist zunächst einmal der ökonomische Traum von der Währung der Arbeitslosigkeit ertrümt. Immerhin hofft die Regierung, daß etwa die Hälfte der Arbeitslosen in den nächsten Jahren in den Auslandsmärkten etwas verdienen werden.

Derzeit ist es nicht ausgeschlossen, daß sich gegen Ende des Jahres der französische Export der Abwertung und der nationalen Konjunkturbelebungsmaßnahmen etwas erholt, obwohl man hier angesichts der in Frankreich immer noch stärker als im Ausland steigenden Löhne keine großen Illusionen machen sollte. Die durch die Rohölpreisanstiege einhergehende Inflation in diesem Jahr um etwa 20 Milliarden Franc ist Ziel der Regierung besteht

aber nicht nur darin, das 1982 auf 90 Milliarden Franc verminderte Defizit im Warenverkehr 1983 auf 40 bis 45 Milliarden Franc zurückzuführen. Sie will auch die noch stärker verschlechterte Dienstleistungsbilanz verbessern, und zwar insbesondere im Tourismusbereich. Zu diesem Zweck hat sie die Reisevisumabgabe von bisher 5000 Franc pro Person und Reise radikal gekürzt. So darf etwa eine vierköpfige Familie jetzt nur noch einmal im Jahr 8000 Franc oder 2000 DM in Devisen über die Grenze nehmen.

Außerdem wird es die Franzosen ärgern, daß sie im Unterschied zu ihren Nachbarn nicht in den Genuss der Ölpreissenkung kommen sollen. Denn der Staat wird in voller Höhe wegsteuern. Auch sind demnach acht Prozent mehr für die Eisenbahn, das Telefon sowie für Gas und Strom zu bezahlen - von der bereits früher beschlossenen starken Erhöhung der Alkohol- und Tabak-Preise (plus 25 Prozent) ganz zu schweigen.

Immerhin erscheinen diese Maßnahmen gerechtfertigt, um die hohen Defizite der staatlichen Versorgungsbetriebe auf ein vertretbares Maß zu reduzieren und den Sozialversicherungshaushalt auszugleichen. Zu diesem sozialen Zweck haben die Franzosen außerdem ein Prozent ihres letzten steuerpflichtigen Einkommens nachzuversteuern - eine Maßnahme, von der nur die verschont bleiben, die (wie die meisten Landwirte) überhaupt keine Steuern zahlen. Wer mehr als 5000 Franc Einkommensteuer gezahlt hat, muß außerdem in Höhe von zehn Prozent des Steuerbetrags eine Zwangsanleihe zeichnen.

Zwar gewinnt der Staat durch diese beiden Finanzmaßnahmen etwa 27 Milliarden Franc (die 14 Milliarden Franc der Anleihe sind allerdings zu verzinsen und in spätestens drei Jahren zurückzahlen), andererseits aber werden die Tarifsteigerungen von elf Milliarden Franc den Lebenshaltungskostenindex belasten.

Eine weitere Kaufkraftabschwächung verspricht man sich schließlich von den zur Förderung der Wirtschaftstätigkeit ergriffenen Maßnahmen. Aber werden die Franzosen davon Gebrauch machen? Oder werden sie vielleicht sogar ihre Ersparnisse in Angriff nehmen, um ihren Konsum nicht allzu stark einschränken zu müssen? Hier liegt die größte Unbekannte des französischen Sanierungsplans.

US-KONJUNKTUR / Chefökonom Feldstein: Hohe Arbeitslosenrate unvermeidlich

Weißes Haus sagt für 1983 ein rascheres Wachstumstempo voraus

HORST-ALEXANDER SIEBERT, Washington

In den vergangenen drei Monaten hat sich in den USA das Konjunkturmodell derart verschoben, daß die Reagan-Administration schon jetzt ihre Prognosen offiziell nach oben revidierte. Danach wächst die amerikanische Wirtschaft im Vergleich der vierten Quartale 1982 und 1983 real, also inflationsbereinigt, um 4,7 Prozent. Im Januar hatte das Weiße Haus noch eine Zunahme von nur 3,1 Prozent vorausgesehen.

Nach dem Gesetz müssen in den USA die Konjunkturerwartungen der Exekutive jeweils in der Mitte eines Jahres dem Wirtschaftsverlauf angepaßt werden. Präsident Reagan's Chefökonom Martin Feldstein begründet das Vorziehen damit, daß sich die Situation erheblich verändert habe und eine frühe Klarstellung notwendig sei. Der Kongreß, zur Zeit in den Osterferien, wird am 10. April unterrichtet.

Obwohl noch nicht alle Unsicherheiten beseitigt sind, steht für Feldstein fest, daß die Rezession in Amerika im Dezember ihren tiefsten Punkt erreichte und in eine stärker als erwartete Erholungsphase umgeschlagen ist. Die Motoren waren die Industrieproduktion, der Wohnungsbau und das billige Öl. Zugleich stabilisierte sich die Lage am Arbeitsmarkt.

Laut Feldstein wird sich der Deflator, die Inflationsrate gemessen am Bruttoinlandsprodukt, in der Vergleichsperiode bei 4,5 Prozent einpendeln - 1,1 Prozent weniger als vor zwei Monaten angenommen. Nominal oder zur Marktpreis nimmt die Wertschöpfung etwas schneller zu, und zwar um 9,3 statt 8,8 Prozent. Die Beschäftigung sinkt, wie stets zu Beginn eines Aufschwungs, hinter dieser

Entwicklung her. Feldstein rechnet jedoch damit, daß bis Ende des Jahres etwa 500 000 Arbeitsplätze geschaffen werden und die Arbeitslosenquote unter zehn (Februar 10,4) Prozent sinkt.

Der frühere Harvard-Professor bezeichnete die hohe Unterbeschäftigung - in den USA sind 11,5 Millionen Bürger ohne Job - als ein "unvermeidliches Ergebnis". Die Inflationsrate, die 1979 und 1980 noch 13,5 und 12,4 Prozent betrug, hätte sonst nicht so stark gedrückt werden können. Ein vorübergehendes Anziehen der Arbeitslosigkeit schloß Feldstein nicht aus.

Die mutmaßlichen Auswirkungen auf das enorme US-Haushaltsdefizit wird das Budgetbüro des Weißen Hauses ebenfalls am 10. April bekanntgeben. Immerhin sollen die roten Zahlen 1983 mit 208, im nächsten Jahr mit 189 und 1985 mit 194 Milliarden Dollar zu Buch schlagen. Feldstein warnte jedoch vor übertriebenen Hoffnungen. Das höhere Wachstumstempo bedeute zwar größere Steuereinnahmen und eine sinkende Arbeitslosenquote weniger Ausgaben, andererseits laufe aber die Eindämmung der Inflation darauf hinaus, daß die Steuerquellen nicht mehr automatisch kräftiger sprudeln und einige Aufwendungen gekürzt würden, betonte er.

IFO-UMFRAGE

Geschäftsklima bessert sich von Monat zu Monat spürbar

dpa/WVD, München

In Industrie, Bauwirtschaft sowie im Groß- und Einzelhandel sind nach Untersuchungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, deutliche Zeichen für eine Verbesserung des konjunkturellen Klimas auszumachen. Im verarbeitenden Gewerbe zeigten sich die Unternehmen im Februar vor allem bezüglich der voraussichtlichen Entwicklung in den nächsten sechs Monaten deutlich optimistischer als bisher. Erstmals seit Anfang 1979 seien die Firmen, die mit konjunkturellem Auftrieb rechnen, zahlreicher gewesen als die, die eine Fortdauer des Rückgangs befürchten. Der erhoffte Aufschwung setzte sich bisher jedoch nur langsam durch. Immer noch hielten mehr als die Hälfte der Firmen ihre Auftragsbestände für zu gering.

Springhaft hat sich nach Angaben der Wirtschaftsforschung von Januar auf Februar die Zuversicht in den meisten Vorproduktbereichen erhöht. Noch überwiegend als schlecht beurteilten jedoch die Firmen aus dem Bereich Steine und Erden sowie aus den Metallindustrien ihre Geschäftslage. Im Investitionsgüterbereich war die Nachfrage laut Ifo als Reaktion auf die Mehrbestellungen aufgrund der Investitionszulage Ende letzten Jahres schwächer. Nicht mehr ganz so ungünstig wie im Januar habe der Maschinenbau seine Geschäftslage beurteilt. Nahezu unverändert ungünstig sahen die Hersteller elektrotechnischer Investitionsgüter ihre derzeitige Situation. Abgeschwächte Nachfrage meldeten die Nutzfahrzeugprodu-

AUF EIN WORT



Hans L. Ewaldsen, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank AG, Oberhausen. FOTO: SVEN SIMON

Unsicherheiten bleiben

dpa/WVD, Köln

Trotz der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Belebung kann nach Ansicht des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Professor Rolf Rodenstock, nicht mit einem schnellen Abbau der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Eine spürbare und nachhaltige Wende sei vielmehr mittelfristig zu erwarten. Zudem spricht mit dpa/WVD vor allem optimistischen Wachstumserwartungen. Zwar zeichne sich ein "positives Wirtschaftsszenario" ab, es gebe aber nach wie vor Unwägbarkeiten wie etwa die Lohnentwicklung und die Auswirkungen der Wechselkurse. Auf kürzere Frist müsse man schon froh sein, wenn die Arbeitslosigkeit nicht weiter steigt.

COMMERZBANK

Für 1983 mit mehr als einem Prozent Wachstum gerechnet

K. DERTINGER, Frankfurt

Eine im Konzept der Konjunkturprognosen recht mutig erscheinende Aussage wagt die Commerzbank. Ihr Vorstandssprecher Walter Seipp hält für 1983 ein im Jahresvergleich um mehr als ein Prozent höheres Wirtschaftswachstum für möglich, wenn nicht gar für wahrscheinlich. Die Erholung sei auf "leisen Sohlen" gekommen und beginne sich nun zu festigen. Seine zuversichtliche Prognose begründet der Bankier auch damit, daß dieses Jahr mit einem höheren Produktionsniveau begonnen habe als ursprünglich erwartet.

Als wichtige wirtschaftspolitische Aufgabe sieht Seipp die Stärkung produktiver Investitionen in Forschung und Entwicklung an. Da eine grundlegende Änderung des wenig investitionsfreundlichen Steuersystems bisher nicht ernsthaft diskutiert worden sei, regt er als Ausweg eine Verkürzung der Abschreibungsfristen an sowie eine Herabsetzung der Obergrenze für die steuerliche Abschreibung auf geringwertige Wirtschaftsgüter, die bereits seit 1985 bei nur 800 Mark liegt. Beide Erleichterungen wären zugleich ein Teilaspekt für die Inflationsbedämpfung. Die Abschreibungsfristen würden sich auf 2,5 bis 3,5 Jahre verkürzen. Auch gegenüber den anderen frei schwankenden Währungen mit Ausnahme des Yen habe die Mark Aufwertungspotential. Am Kapitalmarkt sieht Seipp noch Zinssenkungspotential im 2. Quartal, wenngleich die Siebenprozentmarke eine psychologische Barriere darstelle.

US-AKTIENMÄRKTE

Kaufmans Zins-Warnung stoppt die neue Hausse

H.-A. SIEBERT, Washington

Henry Kaufman, Chefwirtschaftler des Investmenthauses Salomon Brothers und Zins-Guru der Wall Street, hat es wieder einmal geschafft. Am Freitag stoppte er den US-Aktienmarkt die neue aufsteigende Hausse mit dem Hinweis, das Federal Reserve Board sei dabei, die Geldversorgung zu drosseln. Zugleich sagte er ein Anziehen der Federal Funds Rate (Notenbankzins) von 8,75 auf zehn Prozent im kommenden Monat voraus.

Da half es auch nichts, daß die Geldmenge M1 in der letzten Berichtswoche um 1,3 auf 497,1 Milliarden Dollar zurückgegangen ist. In Manhattan Downtown hat Kaufmans Prognose einen hohen Wahrscheinlichkeitswert. Immerhin lag das Aggregat in den vergangenen drei Monaten mit 13 Prozent wieder weit über dem Zielkorridor (vier bis acht Prozent). Die US-Notenbank muß also aktiv werden, wenn sie die Inflationserwartungen in Schach halten will.

Kaufmans Aussage, daß "das hohe Zinsrisiko den Konjunkturaufschwung unterkühlen kann", warf den Dow-Jones-Index am Freitag um 5,81 auf 1140,09 und den NYSE-Index um 0,39 auf 87,81 Punkte zurück. Im Wochenverlauf gewonnen diese wichtigsten Barometer jedoch 22,35 und 1,44 Punkte. Der Börsenanstieg den Rücken gekehrt haben die institutionellen Anleger. Sie warten jetzt auf ein deutliches Zinssignal des "Fed". Kaufman steht nicht allein. Mit ihm stimmen Joseph Bensch, Shearson/American Express, und Raul Niche, Money Market Services, überein.

Während die Investoren zittern, klingelt es in den Kassen der Mitglieder der New York Stock Exchange. Nach Steuern verdienten die Brokerhäuser 1982 mehr als 1,5 Milliarden Dollar - ein neuer Rekord.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Polen unterbreitet Umschuldungsvorschlag

Warschau (rtr) - Polnische Regierungsvertreter haben bei Gesprächen mit westlichen Gläubigern einen Vorschlag für eine Umschuldungsvereinbarung unterbreitet. Wie aus diplomatischen Kreisen am Samstag verlautete, betraf die Verbindunglichkeiten für eine mehrjährige Fälligkeitsperiode. Die zwei vorangegangenen Umschuldungsregelungen hatten jeweils nur ein Fälligkeitsjahr abgedeckt. Sie hatten Schulden von 4,5 Milliarden Dollar umfaßt, während die gesamte Auslandsschuld des Landes bei westlichen Industrieländern 25 Milliarden Dollar geschätzt wird.

Airbus-Kredit

Frankfurt (rtr) - Zur Finanzierung des Kaufs von sechs Airbus-Flugzeugen des neuen Typs A310 ist am Freitag unter der Federführung der Dresdner Bank AG ein Konsortialkredit-Vertrag in Höhe von 500 Millionen Mark mit der Lufthansa AG unterzeichnet worden. Wie die Dresdner Bank mitteilte, sind außerdem auch die Bayerische Vereinsbank AG, die Deutsche Bank AG, die Westdeutsche Landesbank Girozentrale und die Bank für Gemeinwirtschaft AG beteiligt. Nach Angaben der Bank werden die neuen Airbusse in den nächsten Monaten von der Lufthansa in Dienst gestellt.

Verhandlungen in New York

Santiago de Chile (dpa/WVD) - Chile wird in dieser Woche über eine Umschuldung der kurzfristigen Auslandsschulden mit zwölf internationalen Banken verhandeln. Das verleiht in Santiago de Chile. Gleichzeitig wurde Jorge Schneider, der Vizepräsident der Industrie- und Außenhandelsbank des Landes, zum Chef der Verhandlungsdelegation ernannt. Das südamerikanische Land hat Auslandsschulden von zusammen fast 18 Milliarden Dollar (rund 43 Milliarden Mark). Die Umschuldung betrifft jedoch nur die Verbindlichkeiten, die 1983 und 1984 fällig werden. Allein in diesem Jahr sind nach Schätzungen 2,5 Milliarden Dollar für den Schuldendienst nötig.

Kürzung überdenken

Essen (dpa) - Die Aral AG hat nach Angaben des nordrhein-westfälischen Tankstellenfachverbandes zugesagt, die angekündigte Provi-

sionskürzung für die Aral-Tankstellenpächter in diesem Jahr bis Anfang April noch einmal zu überdenken. Es solle somit auch Zeit gewonnen werden, um mit den Bundesverbänden über eine neue Provisionsgestaltung ab 1984 "ernsthaft" verhandeln zu können, heißt es in einer Mitteilung des Fachverbandes Tankstellen, Service-Stationen und Garagen in Nordrhein-Westfalen.

Weltbank-Kredite

Washington (Sbt.) - Die Weltbank und die Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA) haben 13 Mitgliedstaaten Darlehen über 616,7 Millionen Dollar (1,49 Milliarden Mark) eingeräumt. Brasilien erhält 302,3 (traditionelle Wasserversorgung, Abwasser), Haiti 21 (Modernisierung des Zentralmarktes in Port-au-Prince), Indonesien 101 (Umsiedlung von 300 000 Familien in Südsumatra), Madagaskar 18 (Reisanbau bei Lac Alaotra), Nepal sechs (Ertragsverbesserung beim Anbau von Zuckerrohr, Tabak und Ossen), die Arabische Republik Jemen zehn (Lehrerausbildung), Zaire 34 (Hafenausbau in Matadi und Kinshasa, technische Hilfe für die Bergwerksgesellschaft Gemina), Kamerun 20 (Ausbau der Infrastruktur in Douala und Yaounde), Guinea-Bissau 13,1 (Offshore-Ölsuche), Jordanien 18,8 (Schulen), Marokko 60 (Wohnungsbau), Pakistan 10,2 (Absicherung der Wasserreservoirs Mangla, Chashma und Tarbela) und Sambia 4,3 Millionen Dollar (Kohlestudie).

Euratom-Anleihe

Brüssel (AFP) - Euratom, die Europäische Gemeinschaft für Atomenergie, hat auf dem deutschen Kapitalmarkt eine Anleihe von 105 Millionen D-Mark aufgelegt. Als Konsortialführer fungiert die Dresdner Bank. Die Anleihe mit einer Gesamtlaufzeit von zehn Jahren ist mit einem Ausgabekurs von 99 Prozent und einem Zinssatz von 7 1/2 Prozent ausgestattet.

Weg der Kurse

	25. 3. 83	16. 3. 83
Boeing	40,625	38
Chrysler	17	16,50
Citico	41,825	41,375
Coca-Cola	51,375	49,875
Exxon	30	30,25
Ford Motors	38,875	39,875
IBM	102,125	99,875
PanAm	5,50	5,625
US Steel	22,875	21,875
Woolworth	33,75	34,25

SENHANDEL

Japan vereinfacht die Einfuhrbestimmungen

dpa/WVD, Tokio

Die japanischen Regierung hat am Samstag beschlossene Maßnahmen zur Vereinfachung des Importsystems in der Stellungnahme auf der Handelskonferenz der amerikanischen Regierung, William Brock, begrüßt. Die Vereinfachung der Einfuhrbestimmungen sowie die Angleichung von Normenvorschriften an nationale Standards als einen zentralen und hilfreichen Schritt zur weiteren Öffnung des japanischen Marktes.

Die Reform, mit der Japan langjährigen Klagen seiner Wirtschaftspartner über unfaire Handelsbeschränkungen ein weiteres Stück gibt, hat drei Schwerpunkte: Änderung von 17 Gesetzen, voraussichtlich Ende Mai sowie teilweise Verwaltungsverfahren für die ausländischen Hersteller von Autos, elektrischen Geräten, Pharmazeutika und anderen Gütern hinsichtlich Prüfver-

fahren und Normenvorschriften mit den einheimischen Herstellern gleichgestellt werden. Die Vorschriften, wonach ausländische Firmen die Zulassung ihrer Produkte nicht selbst, sondern nur über japanische Importeure beantragen können, entfällt. Außerdem wird den Handelspartnern künftig bei der Änderung von Standardvorschriften ein Mitwirkungsrecht zugebilligt.

Nach Einschätzung westeuropäischer Firmen in Tokio verbessern diese Maßnahmen die Ausgangspositionen im Japan-Geschäft. Mit einer Auswirkung auf die hohen Handelsdefizite (rund zwölf Milliarden Dollar im Handel EC-Japan) sei jedoch allenfalls mittelfristig zu rechnen. Konkrete Verkauf- und Kostenvorteile erwartet die japanische Alleinimporteur von VW/Audi und Mercedes, Yanase und Co., von den geplanten Einfuhrerleichterungen für Fahrzeuge.

SCHAFZUCHT / Mit Wollle ist kein Geschäft mehr zu machen

Zu Ostern hat das Lammfleisch Saison

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Die kleinen Schafstämme, die sich jetzt auf den Weiden tummeln und gemeinhin als Osterlamm bezeichnet werden, haben es dem deutschen Bürger aller Altersklassen angetan. Als konkretes Frühlingsymbol machen sie dem mehr abstrakten Osterhasen durchaus Konkurrenz. Auf das Lammfleisch hat sich diese Zuneigung allerdings bisher weniger übertragen, obwohl Urfraßerinnerungen und die Kochkünste von Balkan-Gastronomen inzwischen einiges an Vorurteilen abgebaut haben. Trotzdem liegt der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch von Lammfleisch mit knapp unter einem Kilogramm immer noch sehr niedrig. Die Briten verzehren glatt das Zehnfache.

Auch zahlenmäßig spielen die 1,1 Millionen Schafe in unserer Landwirtschaft keine übermäßige Rolle, verglichen mit den 137 Millionen in Europa oder gar mit dem Weltbestand von rund 1,5 Milliarden. Dabei liefern diese Viehtiere nicht nur Fleisch, Wolle

und Milch, sondern betätigen sich auch als "Landschaftspfleger". Sie weiden auf sogenannten Kulturlandschaften, aber auch auf Deichen, Überflutungen und Flugplätzen, wo sie die Vegetation niedrig halten.

Die Wollgewinnung spielt dagegen kaum noch eine Rolle. Der Erzeugerpreis für ein Kilogramm Rohwolle liegt derzeit bei 2,80 Mark, ganze drei Kilogramm erbringt die jährliche Schur pro Tier. Vom Produktionswert der deutschen Schafzucht, auf jährlich 150 Millionen Mark geschätzt, entfallen daher neben dem Zuchtzieferumsatz rund 90 Prozent auf den Fleischabsatz.

Mit gut 40 Prozent ist die heimische Zucht an der Versorgung des deutschen Marktes beteiligt. Der Fehlbetrag wird zu zwei Dritteln durch Frischfleischimporte aus Großbritannien und Irland abgedeckt, der Rest kommt als Tiefkühlprodukt vor allem aus Argentinien und aus Neuseeland. Diese billigen Importe sind allerdings

Haben Sie schon mal an eine Wochenend-Konferenz gedacht?

Wir können Ihnen in Frankfurt Plaza und Hamburg Plaza ein Konferenz-Paket zusammenstellen, das den Erfordernissen unserer Zeit entspricht: es ist besonders preiswert. Rufen Sie uns doch mal an: Holger Bergold in Frankfurt 0611/77 07 21 oder Peter Schuhr in Hamburg 040/351035.

CP Hotels
Canadian Pacific Hotels

GROSSBRITANNIEN / Sabotage bei Ford

3000 Arbeiter im Ausstand

WILHELM FURLER, London
Vor etwa vier Wochen lief Paul Kelly, Arbeiter an der Montagestraße für den Escort im Ford-Werk Halewood, plötzlich Amok. In einem Wutanfall verbog er etliche Konsolen halbfertiger Wagen.

Kelly war nicht der erste, der in Halewood im trostlosen Merseyside seinem Unmut darüber Luft

Anzeige

Abonnieren Sie Klarheit

Die Informationsflut steigt weiter. Lesetext ist Mangelware. Die Antwort der WELT darauf: kompakte, konzentrierte Nachrichten und Analysen; akzentuierte Sprache; übersichtliche Ordnung. - Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann haben Sie täglich eine klare Sicht des Weltgeschehens.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Voraussetzung für den Abonnement: Sie haben ein Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Bestellkarte

Bitte befüllen Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 27,00. Ausland 31,00. Luftpostzuschlag auf Anfrage, ansonsten Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name, Straße/Nr., PLZ/Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

Unterzeichnet

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei der WELT.

Vorname, Nachname, Straße, PLZ, Ort, Telefon, Datum

Die WELT, Vertriebs, Postfach 20 58 30, 2001 Hamburg 36

COMECON / Wegen Devisenmangels Importbeschränkungen fast aller Mitgliedsländer

Osthandel bleibt weiter in der Flaute

ULRICH B. MARKER, Wien
Selbst wenn sich die Anzeichen für eine allmähliche Wiederbelebung der internationalen Konjunktur bewahrheiten und verstärken sollten, wird die Flaute im Handel mit den Comecon-Ländern noch geraume Zeit anhalten. Das Weltwirtschaftsforum der vergangenen Jahre hat in den kommunistischen Ländern nämlich schwere Folgewirkungen ausgelöst als in der westlichen Welt, so daß eine "Normalisierung" hier nur mit erheblicher Verzögerung erwartet werden kann.

In den vergangenen zwei Jahren ist das Volumen des West-Ost-Handels ständig geschrumpft. Die Bezüge aus dem Comecon verringerten sich auf Grund der allgemeinen Nachfrageflaute um fast 5 auf rund 43 Milliarden Dollar. Der Ostexport ging aber um fast 7 auf ebenfalls 43 Milliarden Dollar zurück. Dies war die Folge drastischer Importbeschränkungen in fast allen Comecon-Ländern, die sich angesichts ihrer wachsenden Tilgungs- und Zinsverpflichtungen für ihre Schulden im Westen nicht noch zusätzliche Devisendefizite in der Handelsbilanz leisten konnten.

Ohne die Möglichkeit einer nennenswerten Steigerung ihrer Westexporte (die einen Konjunkturaufschwung von derzeit noch nicht zu erhoffendem Ausmaß voraussetzen würde) werden die Comecon-Länder ihrer restriktiven Einfuhrpolitik festhalten müssen. In 1983 wird der West-Ost-Handel real

zumindest stagnieren, der Export möglicherweise sogar noch weiter zurückgehen.

Nach Wiener Analysen gibt es derzeit kaum Anzeichen für eine Besserung der Wirtschaftslage in den Comecon-Ländern, die fast ausnahmslos mit ihren Planzielen ins Hintertreffen geraten sind. Die Sowjetunion als größter Partner im Ostgeschäft wird jetzt noch zusätzlich durch den Preisverfall auf dem Weltmarkt getroffen. Sie wird ihre Preise für Rohstoffe und Waren wohl auch für Erdgas, die einen wesentlichen Teil ihrer Deviseneinnahmen aus dem Westgeschäft bestreiten, entsprechend zurücknehmen müssen, um nicht Abnehmer zu verlieren. Die wichtige Zweige der Schwerindustrie stagnieren, dürfte das Wirtschaftswachstum 1983 nicht einmal die durchschnittlichen 1,5 Prozent der letzten Jahre erreichen.

Auch Ungarn, dessen Westhandelsanteil seit der Wirtschaftsreform überdurchschnittlich gestiegen war, wird nach Meinung der Experten bei anhaltender Stagnation im Einfuhr aus dem Westen einschränken müssen, zumal sich gerade für dieses Land die Terms of Trade in den letzten Jahren erheblich verschlechtert haben.

In der Tschechoslowakei wird eine auffällige Verlagerung des Außenhandels zugunsten der Comecon-Partner beobachtet, die den Westhandelsanteil auf weniger als 25 Prozent schrumpfen ließ. Für 1983 wird bei nur geringfügig zu-

nehmender Produktion und sinkenden Investitionen mit einer Stagnation des Wirtschaftswachstums gerechnet.

Absolut negativ wird in den Wiener Analysen die Entwicklung des Handels mit Rumänien und Polen beurteilt. Beide Länder haben nicht nur mit schwierigsten Wirtschaftsproblemen zu kämpfen, sondern auch mit ihrer drückenden Schuldenlast im Westen. Wie schon 1982 muß deshalb damit gerechnet werden, daß Rumänien und Polen weiter versuchen werden, durch drastische Einfuhrbeschränkungen Handelsbilanzüberschüsse zu erwirtschaften, um ihren Zahlungsvorgaben zumindest teilweise nachzukommen.

Auch die DDR kann ihre Westhandelsbilanz nur durch Importbeschränkungen aktiv halten. Sie dürfte auch 1983 kaum in größeren Umfang auf westlichen Märkten als Käufer auftreten, zumal das Wirtschaftswachstum noch unter 3 Prozent des Vorjahres fallen wird.

Bulgarien wird dagegen nach Meinung der Experten auch 1983 seinen bisherigen Wachstumsvorsprung im Comecon halten und kräftig in die Strukturverbesserung und Modernisierung seiner Industrie investieren. Was davon westlichen Exporteuren zugute kommen könnte, bleibt allerdings fraglich, denn Bulgarien hat bisher mit nur rund 16 Prozent den kleinsten Westhandelsanteil unter allen Comecon-Ländern, dabei aber einen Überschuss von mehr als 400 Millionen Dollar in 1982.

FLÜSSIGGAS / Steuerabbau gefordert

Preissenkung für Autogas

HANS BAUMANN, Essen
Vom 1. April an wird der Preis für Flüssiggas je nach Standort um 5 bis 8 Prozent ermäßigt. Dies teilt die Arbeitsgemeinschaft Flüssiggas, Dortmund, mit. Die Preissenkung entspricht einem Abschlag von 80 DM je Tonne. Zur Zeit werden rund 10 Prozent der bundesdeutschen Haushalte mit Flüssiggas bedient. Rund 180 000 Tanks sind beim Endverbraucher aufgestellt. Hinzu kommen etwa 7 Mill. Gasflaschen aller Größenordnungen.

Die Arbeitsgemeinschaft weist darauf hin, daß Flüssiggas als Alternative zum Vergaserkraftstoff bereits bereitsteht. Als Vorteil wird die geringere Umweltbelastung durch wesentlich niedrigere Abgaswerte herausgestellt. Autogas, so die Arbeitsgemeinschaft, wird sich aber erst dann durchsetzen, wenn der Staat die Besteuerung

weiter abbaut. Die Autoindustrie wird aufgefördert, Kraftfahrzeuge auch mit Gasmotoren anzubieten. Zur Zeit kostet Autogas im Durchschnitt 96 Pfennig je Liter.

Der Absatz von Flüssiggas ist 1982 um 3,4 Prozent auf 2,2 Mill. Tonnen zurückgegangen. 75 Prozent des Gases stammen aus inländischen Raffinerien, der Rest wird importiert. Der Import steigt stark an. Schon 1985 wird sein Anteil an der Bedarfsdeckung auf 50 Prozent geschätzt.

Weltweit werden bereits rund 100 Mill. Tonnen Flüssiggas verbraucht. Der Autogasanteil ist in der Bundesrepublik 1982 um 25 Prozent auf 20 000 Tonnen gestiegen. Anfang 1983 standen 850 Tankstellen für Autogas bereit. 80 regionale Lager und 30 Tankwagenstützpunkte umfaßt das Versorgungsnetz zur Zeit.

NAMEN

Dr. Manfred Gents, Direktor der Daimler-Benz AG, verantwortlich für den Bereich Gesamtes Personal- und Sozialwesen, ist per 1. April zum stellvertretenden Vorsitzenden des Unternehmens bestellt worden.

Dr. Kurt Biele, langjähriger Präsident des Verbandes der Badischen Württembergischen Textilindustrie, wurde zum Ehrenpräsidenten gewählt.

Dr. Hermann Schwarz, Mitinhaber der Rohde & Schwarz GmbH & Co KG, München, vollendet am 29. März sein 75. Lebensjahr.

Helmut J. Schiffer, bisher stellvertretender Hauptgeschäftsführer beim Verband Deutscher Papierfabriken, Bonn, wird mit Wirkung vom 1. April die Vertretung der PWA Grafische Papiere GmbH, Raubling, übernehmen. Er tritt die Nachfolge von Dr. Christian R. Supphat an, der in die Geschäftsführung berufen wurde.

ITALIEN / Silberwaren- und Schmuckhersteller

Marktanteil ist gestiegen

HARALD POSNY, Düsseldorf
Auf dem konjunkturbedingten schwierigen deutschen Markt haben die italienischen Hersteller von Gold- und Silberwaren sowie Schmuck im vergangenen Jahr ihre Position als führende Importeure ausbauen können. Zwar gingen die Importe aus Italien um 6,4 Prozent auf 178 Millionen Mark zurück, der Anteil Italiens an den Gesamtimporten (minus 11 Prozent) wurde jedoch auf 48,1 Prozent gesteigert.

Da gleichzeitig die deutsche Fertigung bei einem Exportverlust von 4 Prozent um 10 Prozent zurückging, erhöhte sich der italienische Marktanteil auf 14,2 (12,2) Prozent. Am deutlichsten fiel die verbesserte Importposition bei Schmuck (50,2 nach 48,5 Prozent an den Gesamtimporten) und bei Goldwaren (20,6 nach 17,6 Prozent) aus.

Aus den 1982 wertmäßig um 5,5 Prozent, mengenmäßig sogar um 76 Prozent gestiegenen Verkäufen italienischer Silberwaren in der Bundesrepublik läßt sich nach den Worten des Direktors des Italienischen Instituts für Außenhandel

in Düsseldorf, Ferruccio Sarti, der Trend zu preiswerteren und einfacheren Gebrauchsgegenständen ableiten.

So zufrieden die Hersteller von Exporteuren von Silberwaren mit ihrem Deutschlandgeschäft sind, nach Ansicht des Präsidenten des italienischen Silberwarenbundes, Gianni Caccione, muß sich das eigene Angebot stärker dem deutschen Verbraucher anpassen. Caccione: "Die aktive Exportpolitik muß an die Stelle der bisher eher konservativen Sortimentspflege treten."

Dabei haben die Italiener nicht nur seit längerer Zeit einen Marktanteil von über 40 Prozent, sondern auch eine Verarbeitung, Design und Gebrauchsgegenstände, die den deutschen Verbraucher anlocken. Der starke Position Italiens als Goldschmiedewerkstatt der Welt. Neben 700 Silber werden jährlich über 250 Gold in Italien verarbeitet, ein Viertel des Schmuckgoldes in der Welt. Für über 5 Milliarden Mark wurden 1982 Gold-, Silberwaren und Schmuck in alle Welt exportiert.

RENTENMARKT / Seit Zinssenkung im Gleichgewicht

Keine spekulative Phantasie

Das Rentengeschäft läßt sich nach wie vor jeglichen Schwung vermissen. Die Renditen stagnieren seit der Zinssenkung auf einem leicht erhöhten Niveau, obwohl die Bundesbank mit diesem Schritt selbst die Erwartungen der Optimisten übertrifft hatten. Dem Markt fehlt jetzt ganz offensichtlich die Phantasie. Natürlich hofft man, daß die Zinsen noch weiter sinken, und Optimisten sehen noch einen Spielraum von einem Prozent nach unten, manche sogar 1 1/2 Prozent. Aber das ist anscheinend nicht so viel, daß es zum

Spekulieren reizen könnte. Dabei läßt die Nachfrage nach festverzinslichen Papieren nach, zumal es augenblicklich die Aktienbörse als die viel attraktiveren Anlagealternativen angesehen wird. Zum anderen denkt man - je niedriger die Renditen sind, um so mehr - daran, daß es auch eines Tages wieder einen Zinsspiegel geben könnte. Die gerade diese Überlegung auch die Neigung zu einer längeren Verschuldung stärkt. Ist es kein Wunder, daß der Rentenmarkt nach der spekulativen Phase nun ein Gleichgewicht findet. (d)

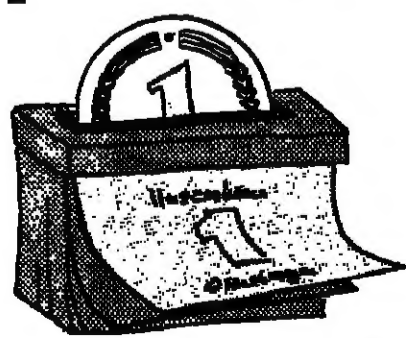
Emissionen	26.3.	25.3.	24.3.	23.3.	22.3.	21.3.	20.3.	19.3.	18.3.	17.3.	16.3.	15.3.	14.3.	13.3.	12.3.	11.3.	10.3.	9.3.	8.3.	7.3.	6.3.	5.3.	4.3.	3.3.	2.3.	1.3.	0.3.
Anleihen von Bund, Bahn und Post	0,90	0,78	7,45	10,05	1,28																						
Anleihen der Städte, Länder und Kommunen	0,58	0,50	7,04	10,55	1,88																						
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	0,62	0,68	7,61	10,28	0,42																						
Schuldverschreibungen der Industrie	7,39	6,48	8,24	11,52	0,39																						
Kreditanstalten, Körperschaften	0,63	0,64	7,05	10,12	0,37																						
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	0,43	0,48	7,43	10,50	0,70																						
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,42	7,41	7,94	9,75	0,05																						
Inländische Emittenten insgesamt	0,63	0,64	7,63	10,19	0,41																						
DM-Auslandsanleihen	0,07	0,08	0,45	10,32	0,32																						

Die Bürger dieses Landes, quer durch alle Schichten, Alte und Junge eingeschlossen, haben viel mehr Gemeinsamkeiten im Denken und im Fühlen, als in den Äußerungen von Politikern und Professoren, in den Deklarationen von Funktionären zum Ausdruck kommt. Daran muß erinnert werden. Auch die Medien könnten das zur Kenntnis nehmen. Nur gemeinsam werden wir die Zukunft gewinnen.



Das ist nur eine von vielen Überlegungen aus unserer Sicht. Nur gemeinsam werden wir die Zukunft gewinnen, die wir Ihnen auf Wunsch kostenlos zusenden. Aktion Gemeinsam e.V., eine Vereinigung unabhängiger Bürger, Schumannstraße 57, 5300 Bonn 1

einen Pfennig pro Monat



... spendete im Schnitt jeder Bundesbürger für das Müttergenesungswerk. Das half mit, jährlich rd. 50.000 Müttern eine Kur in einem MGW-Heim zu finanzieren. Etwas mehr Spendenfreudigkeit, und wir könnten viel mehr gestressten Mütter Lebensfreude und Gesundheit wiedergeben. Helfen Sie mit durch Ihre Spende. Sie kommt letztlich uns allen zugute.

Müttergenesungswerk

8504 Stein bei Nürnberg

Spendenkonto:
Postcheck Nürnberg (BLZ 76010085) Kto.Nr. 8000
Dresdner Bank Nürnberg (BLZ 76080040) Kto.Nr. 123-8000

Einladung

Die Zukunft gestalten

Arbeits- und betriebsorganisatorischer Fachkongress

Das REFA-Organisationsforum findet am 10. und 11. Mai 1983 im Kongresszentrum „Rosengarten“ in Mannheim statt. Die Programmplanung berücksichtigt das Interesse der Teilnehmer an übersichtlicher Themenauswahl und ausreichender Möglichkeit zum Meinungsaustausch mit Referenten und Kollegen.

Dienstag, 10. Mai 1983

9.30 Kongresseröffnung
Grußworte der Landesregierung Baden-Württemberg und der Stadt Mannheim

10.15 Die Welt der Zukunft -
Angewandte Vision oder machbare Aufgabe?
Prof. Dr. Rupert Lay SJ - Hochschule St. Georgen, Frankfurt am Main

Die Welt der Zukunft ist machbare Aufgabe

11.00 Zukunftsbewertung -
Beitrag der Wirtschaftspolitik
Prof. Dr. Reimut Jochimsen - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, NRW

13.30 Zukunftsbewertung -
Beitrag der Unternehmensführung
Dr. Fritz Meier - Vorstandsmittglied der Dornier GmbH, München

14.30 Zukunftsbewertung -
Beitrag der Prognosetechnik
Dipl.-Vw. F.-O. Brückner - Siemens AG, München

15.30 Zukunftsbewertung -
Arbeitslosigkeit durch Rationalisierung?
Dr. Werner Dostal - Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

16.30 Zukunftsbewertung -
Beitrag des REFA
Dipl.-Ing., Dipl.-Kfm., J. Pöppel - REFA-Bundesvorstand

Mittwoch, 11. Mai 1983

9.00 Personalbedarfsberechnung in der NRW-Finanzverwaltung unter Anwendung der REFA-Methoden
Ministerialrat Dr. Paul Jürgen Stein - Finanzministerium des Landes NRW, Düsseldorf

10.00 Möglichkeiten einer arbeitswissenschaftlichen Datenbank für den Praktiker
Dipl.-Ing. Klaus Palme - Institut der Deutschen Wirtschaft, Forschungsgruppe PRODIS, Köln

ERRY / Nummer zwei hinter IBM

usatzname wird abgelegt

JAN BRECH, Hamburg
Der amerikanische Computerkonzern Sperry Corporation, der den Weltmarkt hinter dem japanischen IBM auf Platz zwei gerät, wird ab April dieses Jahres die Geschäftsbezeichnung "Sperry" sowie die Namen "Sperry" und "Lufthansa" für noch ungenutzte Namen Sperry führen. Der Konzern hat sich entschlossen, die Beschränkung auf den Namen "Sperry" für die Zukunft zu beibehalten, der zum Gesamtumsatz von rund 5,6 Mrd. Dollar im Jahr 1982 beisteuert. Die Sperry New Holland (Maschinenbau) zugeordneten Sperry New Holland (Maschinenbau) und Sperry Vickers (Hydraulik) behalten ihren Namen.
Der Umstellung auf den amerikanischen Namen Sperry sind die im Ergebnis nachfolgende Veränderungen zugeordnet: Die Sperry New Holland (Maschinenbau) und Sperry Vickers (Hydraulik) behielten ihren Namen.
Der Umstellung auf den amerikanischen Namen Sperry sind die im Ergebnis nachfolgenden Veränderungen zugeordnet: Die Sperry New Holland (Maschinenbau) und Sperry Vickers (Hydraulik) behielten ihren Namen.

Wachstum kam aus Kundeneinlagen

Py. Düsseldorf
Angesichts der strukturellen Veränderungen, aber insgesamt wieder hohen Sparfähigkeit und weiterhin zu rückhaltender Verschuldungsbeurteilung ist die Geschäftsentwicklung der Kreisparkasse Düsseldorf zufriedenstellend verlaufen. Der Jahresüberschuss von 5,9 (5,5) Mill. DM dient ganz überwiegend der Stärkung des Eigenkapitals, das mit knapp 77 Mill. DM (6,4 (6,3) Prozent der Gesamteinlagen und 5,5 (5,4) Prozent der auf 1,4 (1,33) Mrd. DM gewachsenen Bilanzsumme ausmacht.
Grundlage des Wachstums waren die Kundeneinlagen, die mit 1,22 Mrd. DM (plus 5,4 Prozent) stärker stiegen als im Jahr zuvor. Daran hatte das Sparkapital einen Anteil von 880 (823) Mill. DM und macht damit 72 Prozent der Kundeneinlagen aus. Die Nachfrage im Kreditgeschäft hat sich nach einer deutlichen Abschwächung im Vorjahr gehalten: Das Kreditvolumen erhöhte sich nur um 0,6 (2,5) Prozent auf 863 Mill. DM, und hier allein im langfristigen Bereich.

Wachstum kam aus Kundeneinlagen

Py. Düsseldorf
Angesichts der strukturellen Veränderungen, aber insgesamt wieder hohen Sparfähigkeit und weiterhin zu rückhaltender Verschuldungsbeurteilung ist die Geschäftsentwicklung der Kreisparkasse Düsseldorf zufriedenstellend verlaufen. Der Jahresüberschuss von 5,9 (5,5) Mill. DM dient ganz überwiegend der Stärkung des Eigenkapitals, das mit knapp 77 Mill. DM (6,4 (6,3) Prozent der Gesamteinlagen und 5,5 (5,4) Prozent der auf 1,4 (1,33) Mrd. DM gewachsenen Bilanzsumme ausmacht.
Grundlage des Wachstums waren die Kundeneinlagen, die mit 1,22 Mrd. DM (plus 5,4 Prozent) stärker stiegen als im Jahr zuvor. Daran hatte das Sparkapital einen Anteil von 880 (823) Mill. DM und macht damit 72 Prozent der Kundeneinlagen aus. Die Nachfrage im Kreditgeschäft hat sich nach einer deutlichen Abschwächung im Vorjahr gehalten: Das Kreditvolumen erhöhte sich nur um 0,6 (2,5) Prozent auf 863 Mill. DM, und hier allein im langfristigen Bereich.

INTERNEHMEN UND BRANCHEN

gheinherrlich übernimmt
Hamburg (JB) - Die Jungheinrich Gabelstapler GmbH & Co. KG, Hamburg, wird vorbehaltlich der Zustimmung des Kartellamts als sämtliche Vertriebs- und Serviceleistungen für die Jungheinrich Gabelstapler GmbH & Co. KG, Hamburg, übernommen. Der Jungheinrich-Unternehmensbereich KG und die Eaton Cleveland/USA, genehmigt, Heinrich wird gleichzeitig die 150 Mitarbeiter aus dem Vertriebsbereich der Eaton Yale GmbH erteilte, Velbert, übernahm. Der Bereich Hebezeuge ist von Übernahme nicht betroffen. Heinrich beabsichtigt, Service und Ersatzteilversorgung für die Jungheinrich-Unternehmensbereiche als eigenständigen Bereich zu führen. Eine kapitalmäßige Verbindung zwischen der Jungheinrich Eaton Yale ist mit der Übernahme nicht verbunden.

Elefanten-Schuh mit Zuwachs

Kleve (VWD) - Die Elefanten-Schuh GmbH, Kleve, hat 1982 ihren Umsatz um 3,6 Prozent auf 158,5 Mill. DM steigern können. Zusammen mit den ausländischen Tochtergesellschaften wurde ein Umsatz von 185,8 Mill. DM erreicht, teilte das Unternehmen mit. Die Gruppe mit insgesamt 2000 Beschäftigten habe im Ausland den Anteil der Lederstraßenschuhe im Kleinkinderbereich "beachtlich gesteigert". Es sei auch mit dem Einstieg in neue Märkte wie USA und Saudi-Arabien begonnen worden. Der Vorjahresumsatz werde 1983 nur schwer zu halten sein.

WUPPESAHL / Bremer Assekuranz-Makler in der fünften Generation

u versicherndes Risiko wird größer

W. WESSENDORF, Bremen
Am 1. März besteht die Bremer W. Wuppessahl Assekuranz-Gesellschaft der 135 Jahre. Das Unternehmen wird heute von der vierten Generation, den fünf fiktionalen Gesellschaftern Wuppessahl, Carl Max V. und Georg Abegg geleitet. Die Aktienkartei enthält mittlerweile tausend Namen. Damit zählt die traditionsreiche Firma zu den fünf größten Versicherungsmaklern in der Bundesrepublik. Industrie, Handel und Schiffahrt, Speditionen, Versorgungsunternehmen, Städte und Gemeinden verwenden die Kenntnisse und Erfahrungen der Spezialisten Wuppessahl. "Sie nutzen damit Möglichkeiten eines Maklers, im Gegensatz zum Agenten bestimmten Versicherungsgeschäften unabhängig arbeiten, in Lage ist, den auf Dauer günstigen Versicherungsschutz zu sorgen", sagen die Gesellschaftsleiter.

ERFOLGREICH IM WETTBEWERB / Lebensmittelgroßhandlung Wilhelm Kanne

Gemüseverkauf über EDV-Bildschirm

H. HILDEBRANDT, Detmold
Der Konzentrationsprozess im deutschen Lebensmittelhandel hat auch vor der Großhandlung keinen Halt gemacht. Von den einst zahlreichen Großhändlern regionaler oder gar nationaler Bedeutung, die einst das Gesicht der Handelslandschaft mitbestimmten, haben nur wenige überlebt. Ihre Mehrzahl fiel dem Konkurrenzdruck der großen Handelsorganisationen mit ihren geballten Einkaufskräften zum Opfer, wurde durch Fusionen aufgekauft oder verschwand durch Aufgabe von Geschäftsbereichen. Bei Wilhelm Kanne KG in der lippischen Residenzstadt Detmold, das bereits 1908 gegründete Familienunternehmen ist immer noch gesondert wie die Bilanzzahlen deutlich zu sehen. Aus den bescheidenen 5 Mill. DM Jahresumsatz, die man vor drei Jahrzehnten erzielte, sind 1982 bereits 325 Mill. DM geworden, allein gegenüber dem Vorjahr betrug die Steigerung 4 Prozent.
Dieser Erfolg ist dem Unternehmen allerdings nicht in den Schoß gefallen, er ist nicht zuletzt das Ergebnis einer durchdachten Geschäftspolitik. Kanne beliefert heute neben zahlreichen Großhändlern wie Kantinen und Großküchen rund 600 Einzelhändler in einem Raum, der sich von Osnabrück bis nach Kassel, von Hammeln bis Bielefeld erstreckt und zwar mit einem eigenen Fuhrpark im traditionellen Zustellhandel. Die Kunden, selbst mittelständische Einzelhändler mit durchschnittlichen Marktgrößen von 300 bis 400 Quadratmetern, sind zwar zumeist anderen Handelsorganisationen angeschlossen. Ihre zusätzliche Verbindung zu Kanne demonstriert jedoch ihre Unabhängigkeit. Wir machen unseren Einzelhändlern durch eigene Märkte", bemerkte dazu Friedrich Wilhelm Kanne, geschäftsführender Gesellschafter, und unterstreicht stattdessen die Dienstleistungen, die sein Haus diesen Kunden anbieten kann. Dazu gehört die Unterstützung bei Personalschulungen und bei Ladenmodernisierungen sowie mit Werbematerial, aber auch durch EDV-Einsatz. Zu letzterem gehört der von Kanne seit 1980 praktizierte Obst- und Gemüseverkauf über ein Bildschirm-Online-System. Die Belieferung mit Frischwaren ist denn auch eine der besonderen Leistungen, die die wendige Großhandlung zu bieten hat.
Mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigt das Unternehmen heute. 12 000 Artikel gehören im Lebensmittelbereich zum Angebot, dazu rund 20 000 sogenannte Non-food-Artikel, von denen neuerdings 4000 in den Zustellbereich einbezogen wurden. Nicht zuletzt solche Leistungserweiterungen sollen die Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Sie tragen aber auch dazu bei, daß die zukünftige Entwicklung positiv gesehen wird, auch über die 4 Prozent erneuten Umsatzplus hinaus, die für 1983 erwartet werden. Da man in Lippe schon immer gut mit Zahlen umgehen konnte, dürfte auch diese Rechnung aufgehen.

SCHARR / Starke Position bei Flüssiggas

Größter Umsatz mit Heizöl

WERNER NEITZEL, Stuttgart
Weiterhin gute Expansionschancen im Bereich des Flüssiggases sieht die zu den Pionieren bei der Markteinführung dieser Energieträger am Anfang der fünfziger Jahre gehörende Scharz-Flüssiggas, Stuttgart. Dieser zu den größten, zernahen Unternehmen zählende Brennstoffhändler, dessen Stammhaus, die Friedrich Scharz oHG, vor nunmehr 100 Jahren aus einer kleinen Kohlenhandlung hervorging, betreibt allein auf dem Sektor des Autogas in Kooperation mit freien Tankstellen und mit einigen Konzernen zur Zeit in Süddeutschland 60 Autogas-Tankstellen.
Dies bedeutet, bezogen auf die insgesamt rund 600 in der Bundesrepublik in Betrieb befindlichen Autogas-Tankstellen, bereits einen Marktanteil von 10 Prozent. Prognosen gehen davon aus, daß sich das Autogas-Vertriebsnetz bis 1985 auf etwa 1000 Tankstellen verdichtet wird, entsprechend will auch Scharz weiter ausbauen. Zusätzliche Impulse für diese Umweltfreundliche Energieträger verspricht sich Scharz von der neuen TA-Luft. Bei den Preisen für Mineralölprodukte geht man bei Scharz davon aus, daß hier im Moment ein unterer Stand erreicht sei.
Der Gesamtumsatz der Scharz-Gruppe ist 1982 um 14 Prozent auf netto 463 Mill. DM angestiegen, preisbereinigt dürfte er etwa um 10 Prozent zugenommen haben. Heizöl war der größte Umsatzträger mit 64,4 Prozent Anteil. Flüssiggas kam auf 18,7 Prozent, Kohle auf 6,8 Prozent und sonstige Diversifikationsprodukte (Gewächshäuser, Fahrräder usw.) auf 10,1 Prozent. 1960 machte der Kohle-Anteil noch etwa zwei Drittel aus und Heizöl lag bei 26 Prozent Umsatzanteil.
Der Marktanteil von Scharz bei Kohle und Heizöl im Großraum Stuttgart liegt zwischen 20 und 25 Prozent (der Haushalte). Bei Flüssiggas schätzt man den Marktanteil in Süddeutschland auf 15 bis 20 Prozent. Der Gewinn sei "gut". Scharz beschäftigte am Jahresende 374 Mitarbeiter.

Gabor: Beschäftigung für 1983 gesichert

HARALD POSNY, Düsseldorf
Friedliche und offensive Angebotspolitik haben dem Rosenheimer Damen-Schuh-Hersteller Gabor GmbH & Co. KG auf schrumpfendem Gesamtmarkt auch 1982 ein wenn auch bescheidenes Wachstum auf 244,1 (243,6) Mill. DM Umsatz gesichert. Angesichts des um 4 (preisbereinigt 8) Prozent zurückgefallenen Schuhhandels-Umsatzes gewinnt dieses kleine Plus jedoch an Bedeutung.
Während der Umsatz im Inland um 1,2 Prozent auf 147,3 Mill. DM gesteigert werden konnte, ging er auf den europäischen Auslandsmärkten auf 77,1 (80,3) Mill. DM zurück. Einschließlich des Umsatzes der US-Schuhhandelskette Prada Shoes Inc. von 8,2 (7,8) Mill. Dollar hat das Ausland seinen Umsatzanteil von knapp 40 Prozent gehalten.
Gabor war mit seinen durchschnittlich 2700 (2600) Mitarbeitern das ganze Jahr über vollbeschäftigt und wird es nach der guten Resonanz auf die neue Herbst/Winter-Kollektion 1983/84 auch in der kommenden Saison sein. Die sechs in- und ausländischen Betriebe produzierten 1982 arbeitstäglich 20 000 Paar, insgesamt hat sich der Absatz bei 4,23 (4,21) Mill. Paar stabilisiert.
Die Preise lagen 1982 im Durchschnitt knapp ein Prozent unter dem Vorjahresniveau, dies war vor allem eine Folge der Nachfrageverschiebungen von aufwendigen Modellen zu einer weniger arbeitsintensiven Farbenmode, die trotz erheblicher Kostensteigerungen im Materialbereich günstigere Preislagen erlaubte. Für die neuen Herbst/Winter-Kollektionen werden die Preiserhöhungen bei durchschnittlich 3 Prozent liegen.
Gabor investierte 1982 knapp 12 (11) Mill. DM vor allem in das Hauptwerk Rosenheim, dessen Ausbau die Voraussetzung für eine bessere Produktivität im Fertigungsablauf schaffen soll.

ZEISS-IKON / Hoffen auf kleinen Umsatzzuwachs

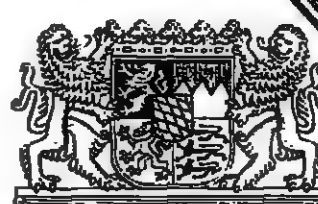
Wachstum im Ausland geholt

WERNER NEITZEL, Stuttgart
Die mehrheitlich zur Firma Carl Zeiss gehörende Zeiss Ikon AG, Stuttgart, die Zweigniederlassungen in Berlin und Braunschweig sowie einen Produktionsbetrieb in Schelklingen/Württ., unterhält, rechnet sich für das laufende Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) einen "kleinen realen Umsatzzuwachs" aus. Die Zuversicht basiert auf der Einführung neuer Produkte und der Erschließung neuer Märkte.
In 1981/82 war der Umsatz um 4,8 Prozent auf 100,3 Mill. DM angestiegen. Während aufgrund der schwachen Baukonjunktur und veringerten Konsumgüteranfragen der Inlandumsatz um 3,5 Prozent zurückging, stieg das Auslandsgeschäft um rund ein Drittel. Dadurch erhöhte sich die Exportquote auf 28,5 (22,3) Prozent. Gleichzeitig führten freilich ein verstärkter Preisdruck und Anlaufkosten für neue Erzeugnisse zu einer Ertragsverschmälerung. Der Jahresüberschuss verringerte sich auf 0,13 (1,64) Mill. DM. Mit der Mutter Carl Zeiss besteht ein Gewinnabführungsvertrag. Die Minoritätsaktionäre erhalten eine Garantiedividende von 10 Prozent.
Unterschiedlich war die Geschäftsentwicklung in den einzelnen Produktbereichen: So stand dem Umsatzplus im Bereich der Sicherheitskameras ein Rückgang in der Sparte Beleuchtung gegenüber. Bei Stehbildwerfern wurde der Umsatz auf Vorjahreshöhe gehalten. Zum Programm gehören ferner Kunststoff- und Feingeräte, Fertigung, Druckguß und Lederwaren. Investiert wurden 7,6 (5,4) Mill. DM und abgeschrieben 4,9 (3,9) Mill. DM. Zeiss-Ikon beschäftigt knapp 1500 Mitarbeiter.

WERBUNG / Stellenmarktanalyse des ZAW

Nachfrage auf tiefem Stand

HANNA GIESKES, Bonn
Das Angebot von Arbeitsplätzen in Werberberufen ist in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres wieder gestiegen. Zu diesem Ergebnis kommt der Zentralausschuß der Werberwirtschaft (ZAW) in seiner jüngsten Stellenmarktanalyse. Im gesamten Jahr 1982 habe allerdings die Nachfrage mit rund 2200 Angeboten in den großen überregionalen Zeitungen den tiefsten Stand seit fünf Jahren erreicht; das waren acht Prozent weniger als 1981.
Es seien jedoch kaum die Werbeagenturen, von denen zusätzliche Impulse für den Stellenmarkt der Werberberufe ausgingen, heißt es weiter; wegen des seit Jahren anhaltenden Personalkostendruckes versuchten sie, die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze zu vermeiden. Die Nachfrage komme vor allem aus der werbungstreibenden Wirtschaft und aus dem Bereich der Medien. Laut ZAW ist die Menge der Stellenofferten aus dem Bereich der Medien; hier habe die Suche nach qualifizierten Werbefachleuten verstärkt eingesetzt und von seiten der werbungstreibenden Wirtschaft in den letzten Jahren ständig gewachsen, während sich der Anteil der Agenturen deutlich zurückentwickelt habe.
Die am häufigsten gesuchten Werbefachkräfte sind Mediapersonen (1982 rund 24 Prozent der Angebote), gefolgt von Werbefachleuten für Marketingabteilungen, besonders der Warenhersteller und Grafiker. Wenig gefragt waren Texter und Werbeleute.
Der ZAW sagt dem "Wirtschaftszweig Werbung" nach wie vor eine gute Zukunft voraus, aber er weist Ausbildungswillige gleichzeitig darauf hin, "daß die Anforderungen an Werbefachleute wegen veränderter Marktverhältnisse erheblich steigen werden". Mindestvoraussetzung für den Einstieg in einen Werberberuf sei deshalb der Besuch einer Werberschule.
In der Bundesrepublik gibt es insgesamt 73 Lehrstätten für Werberberufe. Laut ZAW-Information existieren elf Werbefachschulen; darüber hinaus lehren verschiedene Fachhochschulen und Universitäten Werbung im Rahmen eines Marketingstudiums. Der Zentralausschuß hat jetzt einen Sonderdruck veröffentlicht, der eine Beschreibung der Ausbildungsmöglichkeiten mit sämtlichen Terminen und Anschriften enthält.



Die Bank mit dem soliden Hintergrund

Mit unserem vielfältigen Angebot und internationalen Verbindungen stehen wir Ihnen als große Universalbank zur Verfügung.

Bayerische Landesbank
Girozentrale

Sie erreichen uns in München, Nürnberg und über jede bayerische Sparkasse sowie in Frankfurt, Wien, Luxemburg, London, New York, Toronto, Johannesburg und Singapur.

ERGEBNISSE

Schalke - Bremen	0:2 (0:2)
Hamburg - München	1:1 (1:0)
Gladbach - Bochum	3:1 (2:1)
Stuttgart - Frankfurt	4:1 (2:1)
Nürnberg - Braunschweig	0:0
K'launern - Karlsruhe	7:0 (4:0)
Dortmund - Düsseldorf	1:2 (0:0)
Berlin - Bielefeld	2:0 (1:0)

DIE SPIELE

Hamburg - München 1:1 (1:0)
Hamburg: Stein - Hieronymus - Kaltz, Jakobs, Hartwig, Groh - Magath, Roloff, Wehmeyer - Milewski (80. von Heesen), Hrubesch - München: Müller - Beierlorzer - Dremmler, Grobe - Kraus, Del' Haye, Breitner (77. Nachtwahl), Pflüger, Hornmann - Hoeneß, Rummenigge.
Schiedsrichter: Fauly (Rheinfelden).
Tore: 1:0 Kaltz (36.), Foulelfmeter, 1:1 Breitner (52.). - Zuschauer: 61 348 (ausverkauft). - Gelbe Karte: Hieronymus (4), Kraus (2), Müller.

K'launern - Karlsruhe 7:0 (4:0)
K'launern: Reichel - Dusek - Wolf, Melzer, Briel - Eilenfeldt (82. Kitzmann), Bongartz (82. Plath), Brehme - Alofs, Nilsson, Brummer - Karlsruhe: Wimmer - Theiss - Groß, Boysen, Kleppinger - Bold, Wiesner (46. Walz), Zahn, Trenkel (69. Dittus) - Hofeditz, Hagmayr. - Schiedsrichter: Retzmann (Hamburg). - Tore: 1:0 Brehme (7.), 2:0 Eilenfeldt (20.), 3:0 Eilenfeldt (35.), 4:0 Nilsson (41.), 5:0 Bongartz (54.), 6:0 Nilsson (68.), 7:0 Groß (85./Eigentor). - Zuschauer: 14 615. - Gelbe Karte: Boysen (3).

Gladbach - Bochum 3:1 (2:1)
Gladbach: Kamps - Hannes - Ringels, Borowka - Schmidt, Matthäus, Rahn (74. Mohren), Bruns (88. Schäfer), Schäfer - Mill, Reich - Bochum: Zundick - Bast - Zugzic, Knüwe - Kühn (63. Kramer), Lameck, Woelke, Oswald, Patzke - Krella (46. Pater), Schreier. - Schiedsrichter: Ruster (Lahnstein). - Tore: 1:0 Reich (5.), 2:0 Hannes (19.), 2:1 Knüwe (42.), 3:1 Matthäus (81.). - Zuschauer: 7000. - Gelbe Karte: Oswald (4/1), Kühn (3), Kramer (2), Knüwe.

Stuttgart - Frankfurt 4:1 (2:1)
Stuttgart: Roleder - Niedermayer - Schäfer, K.-H. Förster (76. Häbiger), B. Förster - Kemppe, Allgöwer, Sigurvinsson - Ohlicher, Reichert, Six - Frankfurt: Jürjens - Pezzy - Sziedat, Körbel, Berthold - Schreiml, Kroth, Nickel (66. Gulich), Trieb, Falkenmayer - Tschä (44. Müller). - Schiedsrichter: Heilmann (Dreiwede). - Tore: 1:0 Kemppe (8.), 1:1 Trieb (32.), 2:1 Ohlicher (40.), 3:1 Ohlicher (82.), 4:1 Six (75.). - Zuschauer: 15 000. - Gelbe Karte: K.-H. Förster (2).

Schalke - Bremen 0:2 (0:2)
Schalke: Jungblans - Loran - Kruse, Drexler, Schipper - Bittcher, Opitz, Dietz - Wuttke, Tüfekci, Abel (91. Clute-Simon). - Bremen: Burdinski - Fichtel - Okudera, Siegmann, Otten - Gruber, Sidka, Meier (82. Schauf), Möhlmann - Völter, Neubarth (80. Reinders). - Schiedsrichter: Niebergall (Rammelsbach). - Tore: 0:1 Gruber (12.), 0:2 Völter (37.). - Zuschauer: 20 000. - Gelbe Karte: Loran (4/3), Opitz (2), Gruber (4/1).

Dortmund - Düsseldorf 1:2 (0:0)
Dortmund: Immel - Loose - Rüßmann, Tenhagen - Huber, Freund, Koch, Burgsmüller, Böninghausen (46. Raducanu) - Abramczik, Keser. - Düsseldorf: Kleff - Zewe - Kucinski, Lohr - Bockenfeld, Weikl, Fach, Bommer, Düsend (83. Dauber) - Edvaldsson, Wenzel. - Schiedsrichter: Osmer (Bremen). - Tore: 1:0 Burgsmüller (49.), 1:1 Düsend (70.), 1:2 Edvaldsson (88.). - Zuschauer: 22 000. - Gelbe Karte: Rüßmann, Wenzel, Dauber.

Berlin - Bielefeld 2:0 (1:0)
Berlin: Quasten - Timme - Schneider, Rasmussen, Stöhr - Blau, Schmitz, Mohr, Ehrmann - Traut (46. Beck) - Emig (77. Glöde), Remark. - Bielefeld: Diergardt - Meier - Geils, Hupe, Schnier, Rautianen, Büscher, Kuhlhorn, Pagelsdorf (46. Kraczyk), Grillemeier, Lienen. - Schiedsrichter: Ermer (Weiden). - Tore: 1:0 Schneider (21.), Foulelfmeter, 2:0 Schneider (85.). - Zuschauer: 13 253. - Gelbe Karte: Blau, Büscher.

FUSSBALL / Spitzenspiel bestätigte die Bundesliga-Krise - Breitner fällt vier Wochen aus



Zuerst dachte ich, jetzt ist alles aus: Ein vor Schmerzen schreiender und um Hilfe bittender Paul Breitner. Sein Bein wurde in Gips gelegt. Im April will der Münchner wieder spielen. FOTO: BAADER

SCHALKE / Abstieg kaum noch zu vermeiden

Angebot für Assauer Brauerei wirbt um ihn

BERND WEBER, Gelsenkirchen
Oben auf der Tribüne des Gelsenkirchener Parkstadions saßen Klaus Fischer, der heute für den 1. FC Köln auf Torejagd geht, Rüdiger Abramczik, der seine Planken für Borussia Dortmund schlägt, und Rolf Rüssmann, der für seine Leistung beim gleichen Klub fast allwöchentlich übertragene Kritiken bekommt. Jahrelang hatten die drei die Schalke Trikots getragen und die Zuschauer ins Stadion gelockt. Jetzt also hockten sie unter den nur noch 15 000, die den Weg ins Stadion gefunden hatten. Und sie waren mit ihnen gemeinsam entsetzt darüber, mit welchen Mitteln sich der FC Schalke 04 gegen den Meisterschaftsanwärter Werder Bremen zur Wehr setzte. Klaus Fischers Urteil: „Ich habe bei Schalke weder eine spielerische Linie gesehen, noch habe ich auch nur andeutungsweise erkannt, daß dort unten eine Mannschaft auf dem Rasen stand, die sich gegen den drohenden Abstieg aufbauen wollte.“

Die Bremer gewannen 2:0 nach zwei Kopfballtoren von Gruber und Völter. Völter, der Mittelstürmer der Nationalmannschaft, sprach später vom „leichtesten Auswärtsspiel der Saison“. Sein Trainer Otto Rehagel, der sich vor dem Anpfiff so viele Sorgen gemacht hatte, weil er glaubte, die Schalke würden „sich reinhängen, daß die Fetzen fliegen“, sagte in der Pressekonferenz nach dem Spiel: „Der Gegner hat uns in Ruhe gelassen.“

Solche Aussagen müßten die Schalke Verantwortlichen, allen voran ihr Manager Rudi Assauer und Trainer Jürgen Sundermann, als schallende Ohrfeigen empfinden. Denn deutlicher kann man ihnen eigentlich nicht mehr klarmachen, daß ihr Konzept restlos gescheitert, daß Schalke am Ende Kleff - Zewe - Kucinski, Lohr - Bockenfeld, Weikl, Fach, Bommer, Düsend (83. Dauber) - Edvaldsson, Wenzel. - Schiedsrichter: Osmer (Bremen). - Tore: 1:0 Burgsmüller (49.), 1:1 Düsend (70.), 1:2 Edvaldsson (88.). - Zuschauer: 22 000. - Gelbe Karte: Rüßmann, Wenzel, Dauber.

Nun hat es ja im Fußball schon große Überraschungen gegeben, aber wie Sundermann der Rettungsakt inszenieren will, ist wohl allein sein Geheimnis. Schalke muß auswärts noch in Kaiserslautern, in Düsseldorf, Leverkusen, Frankfurt und bei Bayern München antreten.

Nein, die bittere Wahrheit ist, daß Sundermann (der bisher für 3:11 Punkte verantwortlich zeichnet) nicht über Nacht zum großen Wundermann wird - und daß Assauer vor den Scherben einer Personalpolitik steht, die selbst zu rückhaltende Kritiker inzwischen als dilettantisch bezeichnen. Ob er seinen Vertrag - er läuft bis 1986 - erfüllt, ist fraglich. Er hat ein Ange-

bot vorliegen, in die Marketing-Abteilung einer Bremer Bierbrauerei einzutreten.

Etwa 2,3 Millionen Mark hat der Manager in die Mannschaft investiert. Spitzenspieler ist keiner von denen, die er geholt hat. Die meisten haben sich als Flop erwiesen. Max Merkel hat einmal gepostet: „Rudi hat gehandelt wie einer, der ins Kaufhaus geht und aus jedem Regal mittunimmt, was er gerade zu fassen kriegt.“

Tatsächlich paßt bei Schalke vorne und hinten nichts zusammen. „Schalke braucht zwei Torhüter, einen auf der Linie und einen zweiten zum Herauslaufen“, meinte der ehemalige Trainer Fritz Wilken mit beiderseitiger Ironie. Walter Jungblans hatte nämlich wieder einmal einen ganz schlimmen Tag erwisch.

Die Laibgabe von Bayern München ist, man sieht es ihm deutlich an, restlos mit den Nerven fertig. Da grenzt es fast an Bösartigkeit, daß Trainer und Manager ihn trotzdem weiterhin für Spiel ins Feuer jagen. Norbert Nigbur, so hieß es, habe auch in Zukunft keine Chance zum Comeback. Der von Eintracht Frankfurt geholt, Libero Werner Loran stakste gestern dermaßen ungenau über den Rasen, daß sein Trainer fast froh über die siebte gelbe Karte sein mußte, die er gegen Bremen kassierte. Jetzt braucht er Loran im nächsten Spiel wenigstens nicht aufzustellen. Die Neuzugänge Bernard Dietz und Matthias Schipper boten gerade noch Durchschnittsleistung. Die Stürmer Tüfekci, früher VfB Stuttgart, und Jochen Abel, früher VfL Bochum, stimpften hingegen so grauam auf dem Spielfeld herum, daß Klaus Fischer spottete: „Das sind ja die reinsten Altherren-Fußballer.“

Bleibt Wolfram Wuttke, der für 950 000 Mark aus Mönchengladbach zurückgekauft wurde und den wenigstens in Abständen beweist, daß er ein Erstliga-tauglicher Mann ist. In Schalke wird er aber nicht mehr lange bleiben, denn gestern kündigte er an: „Wenn wir absteigen, werde ich den Verein verlassen und wahrscheinlich zum HSV wechseln.“

Unter dem Strich also Sorgen über Sorgen für Schalke. Womit aber beschäftigt sich der Vorstand derzeit? Mit dem ehemaligen Mannschaftsbetreuer Charly Neumann. Der erhielt einen Brief, in dem er aufgefordert wird, bis zum 5. April zu erklären, ob er vor zwei Jahren eine Vorstandssitzung mit einem Funkgerät belauscht hat.

Schalke bleibt eben Schalke. Schon wieder gehen langsam die Lichter aus, droht der Abstieg in die zweite Liga. Aber mit Macht geklärt werden muß nicht das aktuelle Problem, sondern die Frage, wer wann gelauscht oder gefunkt hat.

FRANKFURT

Hickhack um Tschä

M. H. Stuttgart
Bum Kun Tschä (29) will Frankfurt verlassen. Das hat sich bis Italien rumgesprochen. So flogen zum Bundesligaspiel des VfB Stuttgart gegen Eintracht Frankfurt vier Italiener ein. Einer vom AC Turin, einer aus Neapel und je einer vom AC Mailand und von Inter Mailand. Sie wollten den Koreaner im Neckarstadion aufspielen lassen.

Viel haben die Italiener von Tschä nicht gesehen, denn der hat zu einem äußerst unbequemen Gespieler: Karl-Heinz Förster. Nach 45 Minuten wechselte Frankfurt Trainer Branco Zebec Tschä gegen den Nachwuchsmann Uwe Müller aus.

Er habe sich schon auf die Zeit nach Tschä eingestellt, sagte Zebec. Für ihn sei klar, daß der Star gehen werde. „Und im übrigen“, so Zebec, „ist es auch sehr schwer, gegen Karl-Heinz Förster zu bestehen.“

Eintracht-Präsident Schander muß es vor einer Zukunft ohne Tschä ziemlich bangen sein. Nach dem Spiel nahmen ihn ein paar Reporter in die Mangel. Wird er Frankfurt verlassen? Schander: „Alles ist noch offen.“ Haben Sie mit ihm vergangene Woche gesprochen? Schander: „Ja, aber es ist sehr schwer, als Europäer in die Gedanken eines Koreaners einzudringen.“ Geht er nach Korea zurück? Schander: „Die locken ihn mit einer Fußballschule. Aber...“

Tatsache ist dies: Tschä will weg. Und die schuldgeplagte Eintracht hat keine Chance, ihn zu halten. Spielermanager Holger Klemme: „Das einzige, was die Eintracht noch tun kann, ist, die Kontonummer und Bankleitzahl für die Abkassur bekanntzugeben.“



Die beiden Tore in Hamburg: Manfred Kaltz verwandelt einen Foulelfmeter (links), Paul Breitner hat Erfolg mit einem Wechschoß. FOTO: SVEN SIMON, HASPO

Jupp Derwall vor Flug nach Albanien in Not: Kein Hamburger dabei, und Bernd Schuster sagte endgültig ab

Von ULRICH DOST

Nichts hätte das düstige Niveau treffender symbolisieren können als eine Szene Mitte der zweiten Halbzeit: Wolfgang Roloff (23) konnte sich wieder nicht vom Ball trennen, er umkurvte gleich drei Bayern-Spieler, schlug Haken wie ein Hase, und als er sich in aussichtsreicher Schußposition glaubte, stand plötzlich sein Mitspieler Horst Hrubesch (31) vor ihm wie ein Baum. Der Ball ging verloren, die beiden Hamburger standen sich verplutzt Brust an Brust gegenüber.

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß dieses mit so viel Erwartungen überfrachtete Schlagerspiel zwischen dem Hamburger SV und dem FC Bayern (1:1) letztlich doch nur ein Flop war - hier wurde die Blamage sichtbar. Kopplös, orientierungslos, plump und unbefähigt, ohne Cleverness, ohne Raffinesse, ohne einen Funken Spielwitz und Intelligenz - so präsentierten sich die beiden besten deutschen Vereinsmannschaften dem Publikum im Hamburger Volksparkstadion. Die Zuschauer waren das spielerische Elend leid, sie riefen „ahören“.

Psychologen und Analytiker werden sich noch lange den Kopf darüber zerbrechen, warum zwei so starke Mannschaften, die ja schon des öfteren bewiesen haben, daß sie ihr Handwerk verstehen, derart einbrechen können. Warum werden aus gestandenen Mannbildern, die schon so manche Schlacht gewonnen haben, auf einmal zueinanderzuckende Dackmäuser, die mehr Angst als Vaterlandsliebe besitzen, die sich lieber ausfinden lassen, als Initiative zu ergreifen?

Gewollt hat das sicherlich keiner von ihnen, das kann man getrost voraussetzen. Nur diesmal hat eben der Kopf nicht mitgespielt, so daß die Dummheit um sich greifen konnte. Was hätte den Köpfen die dauernd von einer Krise im deutschen Fußball reden, besser die Mäuler stopfen können als ein Schlagerspiel, egal mit welchem Ausgang. Die Chance war riesig, die Situation günstig. Doch anstatt sich selbst aus dem Sumpf zu ziehen, haben sie den Kopf eher noch tiefer eingetaucht.

Selbstverständlich wurde nach Erklärungen gesucht, gefunden aber wurden keine. Es spricht für die Spieler des HSV, die für das Trauerspiel noch eher verantwortlich sind, daß sie sich selbstkritisch vor die eigene Brust klopfen. „Ein Garzenspiel, wir haben Mist gespielt“, meinte Horst Hrubesch. Manfred Kaltz (30): „Das war schon sehr fahrig, wir müssen uns mit dem Trainer zusammensetzen.“

Auch Ernst Happel (37) nahm kein Blatt vor den Mund: „Ich bin enttäuscht von meiner Mannschaft. Bei uns gab es nur viele Fehlspiele. Nicht wir hatten den Gegner in Griff, sondern der Gegner uns. Das sagt alles.“

Die Bayern könnten es sich einfach machen, sie haben schließlich auswärts beim Meister einen Punkt geholt. Die Frage nach dem Zustandekommen interessierte sie dabei nicht. Mittelstürmer Dieter Hoeneß (30): „Es war Sache des HSV, das Spiel zu machen, er spielte doch zu Hause.“ Das ist schon richtig. Doch wie soll man es nennen, wenn auch die Bayern nicht erkennen, daß für sie an diesem Tag in Hamburg noch mehr drin war als das 1:1? Letztlich ist das

auch nur Dummheit, wenn jemand seine Chancen nicht erkennt und nicht wahrnimmt.

Fast kann man sich bei Schiedsrichter Dieter Fauly (39) aus Mönchengladbach denken, daß überhaupt noch Tore gefallen sind. Über seinen Elfmeterpfiff nach dem Foul, das Wolfgang Kraus (29) angeblich an Jürgen Millewski (25) begangen haben soll, wurde lange diskutiert. Die Beteiligten sagten das übliche Kraus: „Ich habe ihn nie berührt.“ Millewski: „Jemand hat mich am Knöchel getroffen.“ Gottlob blieb uns der Fernsehbeobachter diesmal erspart. Die Bayern mußten jetzt nur alles dransetzen, um zum Ausgleich zu kommen. Das gelang ihnen dann auch durch Kapitän Paul Breitner (30), dem Einäugigen unter den Blinden.

Gerade Breitner mußte dieses Unentschieden teuer bezahlen. Nach einem ungestümen Angriff von Wolfgang Roloff zog sich Breitner einen Kapschritt im rechten Knöchel und ein zur Hälfte eingetragenes Aufsehen im rechten oberen Sprunggelenk zu. Eine Woche bleibt sein Bein im Gips, vier Wochen muß er mindestens pausieren. Breitner: „Zuerst dachte ich, es ist aus. Jetzt aber bin ich optimistisch, daß ich im April wieder spielen kann.“ Hermann Weisweiler (62), bestimmt kein Breitner-Freund, meinte auf der Tribüne: „Wenn Breitner fehlt, läuft bei

macht sie nicht selbstbewußter. Manfred Kaltz versuchte dreimal, einen weiten Fuß zu schlagen, doch jedesmal wurde es nur ein kurzes Abspiel.“

So banal, das auch klingen mag, so der Bundestrainer, den Spielern müsse es wieder Spaß machen, Fußball zu spielen. Lange habe er sich Gedanken darüber gemacht, warum es bei Werder Bremen so gut laufe. Dann habe er das El des Kolombus entdeckt. Derwall: „Bei den Bayern ist ein Ruck durch die Mannschaft gegangen, als sie im Europapokal gegen Dundee ausgeschieden sind, die Zuschauer aber die starke Leistung noch Minuten nach dem Spiel mit Beifall bedachten.“ Das sei es, was die Spieler brauchen: die Gewißheit, auch einmal verlieren zu dürfen.

Er selbst, und das sagte Jupp Derwall in Hamburg noch einmal deutlich, nimmt es für sich in Anspruch, verlieren zu dürfen. In seinem Vertrag mit dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) stehe nichts davon drin, daß er ausschließlich siegen müsse. Selbst eine Niederlage beim Europameisterschafts-Qualifikationsspiel am Mittwoch (30.3.) in Tirane gegen Albanien würde ihn nicht veranlassen, den Job aufzugeben.

Schwer genug wird es dem Bundestrainer vor dem Spiel gegen Albanien ohnehin gemacht. Zufall oder doch Methode? Im Aufgebot steht kein Spieler vom Meister aus Hamburg. Daß die Hamburger in Jupp Derwall nicht gerade einen erstklassigen Bundestrainer sehen, ist ein offenes Geheimnis. Mit der Abgabe von Bernd Schuster (23), die gestern noch einmal bestätigt wurde, mußte Derwall ohnehin rechnen. Der Mönchengladbacher Lothar Matthäus (23), den Derwall nachnominieren wollte, sagte auch noch ab.

Doch der Reihe nach: Bernd Schuster wird also nicht dabei sein, weil er die Geburt seines dritten Kindes nicht verpassen will. Derwall: „Das Verhalten Schusters kann man so oder so sehen. Vielleicht ist er gerne dabei. Das kann man vertreten.“

Zu den Hamburger Spielern: Nach der Abgabe von Jürgen Millewski (Zerrung) und Wolfgang Roloff (Sprunggelenk-Verletzung) gehört nun kein Spieler mehr vom Meister zum Aufgebot.

Wegen einer Knieverletzung mußte auch Wolfgang Dremmler (28) dem Bundestrainer eine abschlägige Antwort erteilen. Für den Mönchener sollte Lothar Matthäus den Kader auffüllen. Doch der Gladbacher pläzt sich mit einer Schulterverletzung herum. Bevor er gestern morgen überhaupt die Nachricht von Derwall erhielt, war Matthäus beim Arzt und trägt seitdem den Arm in einer Schlinge.

Nun sind es nur noch 13 Spieler, die zum A-Aufgebot gehören. Wegen der komplizierten Visa-Bestimmungen in Albanien kann kein Spieler mehr nachnominiert werden. Notfalls sollen jetzt Spieler aus dem Aufgebot „U21“ ausleihen, die am Dienstag ebenfalls gegen Albanien spielen.

Derwall Aufgebot: Tor: Schumacher (Köln), Immel (Dortmund), Abwehr: Briel (Kaiserslautern), Bernd und Karl-Heinz Förster (beide Stuttgart), Otten (Bremen), Strack (Köln), Mittelfeld und Angriff: Engels (Köln), Müller (Mainland), Lütjens (Köln), Rummenigge (München), Völter, Meier (beide Bremen).

Fußball-Kulisse



Zahlen, Fakten, Hintergründe

den Bayern nichts mehr. Das werden sie noch in der nächsten Saison merken.“

Was hatten die Spieler beider Mannschaften dem Bundestrainer Jupp Derwall (56) nicht alles beweisen wollen. Manfred Kaltz, daß er eigentlich in die Nationalelf gehöre. Karl-Heinz Rummenigge (27), daß von der Leistung her noch mehrere Spieler des FC Bayern in der Nationalelf spielen müßten. Horst Hrubesch, daß die Spiele im Verein viel schöner seien und daß er sich über jeden Freistoß nicht bei Jupp Derwall spielen müsse. Felix Magath (29), daß er als Spieler mit Paul Breitner mithalten könne. Und so weiter in schöner Selbstüberschätzung...

Sie haben alle etwas auf die vorläufige Klappe bekommen. Denn nach diesem Spiel hat der Bundestrainer die besseren Karten. Jupp Derwall: „Daß sie mir alle etwas beweisen wollten, zeigt doch nur ihr Interesse an der Nationalelf. Das sehe ich positiv.“

Derwall machte sich sogar zum Fürsprecher der Spieler, als er mit den Vereinen hart ins Gericht ging: „Alles dreht sich doch nur noch ums Geld. Es ist doch schämlich, wenn Stuttgarter Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder nach einem starken Spiel seiner Mannschaft nur davon spricht, daß die 2:3-Niederlage in Bremen mindestens 30 000 Zuschauer gekostet hat. Das vernichtet doch die Spieler und



Die beiden Tore in Hamburg: Manfred Kaltz verwandelt einen Foulelfmeter (links), Paul Breitner hat Erfolg mit einem Wechschoß. FOTO: SVEN SIMON, HASPO

VORSCHAU

27. Spieltag, Samstag 9. April
Bielefeld - Köln (0:1)
Bochum - Stuttgart (2:5)
München - M'gladbach (0:0)
Braunschweig - Hamburg (0:4)
Bremen - Nürnberg (0:2)
Düsseldorf - Schalke (3:3)
Karlsruhe - Dortmund (3:4)
Leverkusen - K'launern (0:2)
Frankfurt - Berlin (0:1)
Nachholspiele, Samstag, 2. April
Bochum - Leverkusen (0:1)
M'gladbach - Karlsruhe (0:2)
Berlin - Bremen (1:3)
K'launern - Schalke (0:0)
In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

Futsal-Halbfinale
Samstag, 2. April (15.30 Uhr): 1. FC Köln - Stuttgart, Montag, 4. April (18.00 Uhr): Fortuna Köln - Borussia Dortmund.

26. Spieltag in der Statistik - Erster Auswärtssieg für Düsseldorf seit dem 6. Juni 1981

	Heim	Auswärts
1. Hamburg	26 14 10 2	58:25 38:14 26:10 13:5
2. München	26 14 8 4	59:31 38:16 30:6 21:5
3. Stuttgart	25 15 5 5	61:33 35:15 30:16 15:11
4. Bremen	25 15 5 5	48:30 35:16 32:11 22:2
5. Dortmund	26 15 4 7	61:38 34:16 38:14 20:6
6. Köln	25 13 7 5	54:30 33:17 32:12 20:4
7. K'launern	25 10 10 5	42:33 30:20 33:13 21:3
8. Nürnberg	26 9 6 11	35:31 24:26 22:18 18:7
9. Frankfurt	26 10 3 13	36:37 23:29 28:7 20:9
10. Braunschweig	26 7 9 10	41:61 22:30 17:11 12:12
11. Düsseldorf	25 7 8 11	34:54 21:29 26:28 14:10
12. Bielefeld	25 8 5 12	30:41 20:20 17:13 12:12
13. Bochum	25 6 8 11	27:36 20:30 17:13 12:12
14. Leverkusen	24 6 8 12	26:48 18:30 14:15 14:15
15. Gladbach	25 8 2 15	41:47 18:32 26:18 14:12
16. Hertha	25 5 8 12	23:43 18:32 22:18 14:12
17. Schalke	25 4 6 15	34:55 14:38 19:26 9:17
18. Karlsruhe	25 4 6 15	30:66 14:36 18:18 12:14

Zuschauer-Bilanz

Nur ein ausverkauftes Volksparkstadion in Hamburg (61 348) ließ den Durchschnittsbesuch pro Spiel wieder einmal die 20 000-Grenze übersteigen - um 188 Besucher. Mönchengladbach sahen erneut unter 10 000 Zuschauer (9721). Bayern München bleibt die Mannschaft, die in ihrem Stadion die meisten Zuschauer empfängt: 439 946 in 13 Heimspielen, das entspricht einem Durchschnitt von 33 842. Weit unter dem am Saisonanfang kalkulierten Schnitt von 23 500 liegt der 1. FC Köln, dessen Spiel gegen Bayer Leverkusen ausfiel. In 12 Heimspielen gab es insgesamt nur 16 631 Fans pro Spiel.

Torschützenliste

Burgsmüller (Dortmund) und Völter (Bremen) haben ihren Abstand zu Karl-Heinz Rummenigge in der Torschützenliste verringert. Sie liegen jetzt nur noch um zwei Treffer hinter dem Münchner, der bisher 17 Tore schoss. Es folgen Allgöwer (Stuttgart) und Lütjens (Köln), die je 14 Treffer erzielten. Viermal entschieden die Schiedsrichter am Samstag auf Foulelfmeter, nur zwei Strafstoß wurden direkt verwandelt. Düsseldorf schaltete am Samstag auf Foulelfmeter direkt um, der 1. FC Köln, dessen Spiel gegen Bayer Leverkusen ausfiel, in 12 Heimspielen gab es insgesamt nur 16 631 Fans pro Spiel.

Gelbe Karten und Sperren

Schalke Abwehrspieler Werner Loran hat mit Bernd Förster vom VfB Stuttgart gleichgezogen. Er sah am Samstag seine siebte gelbe Karte und ist - wie Förster zuvor - zum zweiten Mal in dieser Saison automatisch für ein Spiel gesperrt. Auf den Spuren von Förster und Loran wandeln Siegmann (Bremen) und Geldard (Leverkusen) mit jeweils sechs Verwarnungen. Am nächsten Samstag pausieren müssen neben Loran auch Blau (Berlin), Hieronymus (Hamburg) und Tauber (Nürnberg) nach ihrer vierten Verwarnung. Die Mannschaft mit den meisten gelben Karten ist Karlsruhe (36).

Ende einer Serie

Für Fortuna Düsseldorf endete in Dortmund ein Alptraum. Mit 2:1 gewannen sie ihr erstes Auswärtsspiel seit dem 6. Juni 1981. 29 Spiele waren sie vergebens einem doppelten Punkterfolg hinterhergelaufen. Ein seltenes Geschick: Zum vierten Mal hieß es in Dortmund 2:1 für die Düsseldorf. Karlsruhe Trainer Strehl hat immer noch auf den ersten Sieg (1:1 Punkte). Nur gegen den 1. FC Köln gab es beim 1:1 einen Punktgewinn. Am Samstag folgte mit dem 0:7 in Kaiserslautern die höchste Saisonschlappe. Noch trister ist die Auswärtsbilanz: Kein Punkt aus den letzten elf Spielen.

سكنا من الامل

OLYMPIA / Kongreß in Neu-Delhi

Endgültiger Abschied vom Amateur - Rückzug des Fußball-Verbandes?

GÜNTER DEISTER, Neu-Delhi
Das Jahrhundert des Olympiaspiels ist offiziell beendet. Die legendäre Machtprobe im Weltfußball ist jedoch in Neu-Delhi noch nicht endgültig entschieden worden. Die 86. Vollversammlung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) öffnete die Tore zu Olympia so weit wie nie, indem sie einem der zum Teil stark liberalisierten Zulassungsbestimmungen für Los Angeles und Sarajewo von 14 internationalen Verbänden ob- gegenständlich endgültig in Kraft setzte. Vorbehalte erbob das IOC nur gegen die Vorlagen des Internationalen Fußball-Verbandes (FIFA) und des Internationalen Hockey-Verbandes (IHF). Damit bleibt das Profis im Fußball und auch im Eishockey der Zutritt zu den Spielen verwehrt.
Das IOC-Vorstand stößt auf den jenen Widerstand des Internationalen Fußball-Verbandes (FIFA). Präsident Joan Havelange will nun einen Rückzug seines Verbandes von den Sommerspielen in Los Angeles für möglich. Da wir vom IOC gezwungen werden sollen, unsere eigenen Regeln ändern, muß nun mein Exekutivkomitee am 20. Mai in Stockholm darüber befinden, ob Fußball überhaupt Teil der nächsten Olympischen Spiele sein kann", erklärte er. Selbst wenn die FIFA-Spitze sich nicht für einen Boykott entscheidet, ist zumindest ein Teilrückzug wahrscheinlich.
Die FIFA-Regeln - wie auch die ILOH - gelten nur dann als akzeptiert, wenn der Weltverband sich ein Teilnahmeverbot für Profis (und Ex-Profis) in sein Papier nimmt. Dazu Havelange, der auch IOC-Mitglied ist: "Wie können wir das tun, wenn es in unseren Regeln überhaupt nicht den Profis gibt?" Die FIFA un-

terscheidet lediglich zwischen WM-Spieler, internationalen Spieler und Olympia-Spieler.
Mit einigen anderen Verbänden wie beispielsweise dem Internationalen Leichtathletik-Verband (IAAF) sind noch einige Klärungen notwendig. Doch Probleme gibt es nicht mehr", berichtete Willi Daume, der Vorsitzende der IOC-Zulassungskommission.
Wegen Differenzen in den französischen und englischen Textvorlagen konnte die Vollversammlung die Verabschiedung der bis zuletzt von Ostblock-Vertretern beklagten neuen Bestimmungen erst mit 30stündiger Verspätung vornehmen. Auf Initiative von Willi Daume brach die Session gestern den Versuch ab, durch eine am Samstag äußerst fruchtlos verlaufene Diskussion zu einer Definition des Berufssportlers zu kommen. Damit ist nun die Zulassungskommission beauftragt worden, Gegner der liberalisierten Regeln wie das IOC-Mitglied Günther Heinze („DDR“) hatten versucht, durch eine möglichst weitgehende Beschreibung eines Profis den Spielraum der internationalen Verbände wieder einzuschränken.
Das IOC hat heute die olympische Epoche von 1896 abgeschlossen", sagte Willi Daume, unter dessen Vorsitz die IOC-Zulassungskommission steht. Die Grundsätze hatte das IOC 1981 im Rahmen des Olympischen Kongresses in Baden-Baden aufgestellt. Danach sind Zulassungen an Sportler in unbegrenzter Höhe erlaubt, wenn sie in kontrollierter Form erfolgen. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß nur ein kleiner Kreis von Elitesportlern in aller Welt Nutzen aus der veränderten Lage ziehen wird. Eine „DDR“-Studie spricht von 350 bis 500 Athleten in 25 bis 30 Ländern.

SCHACH / Ein Remis für Kortschnoi, gleich zwei für Hübner - Ludek Pachman kommentiert die erste Partie von Velden

Kortschnoi unter Druck Smyslows Neuerung im zehnten Zug

J. NEANDER, Bad Kissingen
Mit einem Turmendspiel, das wahrscheinlich remis enden wird, wurde in Bad Kissingen die erste Partie im Kandidaten-Wettbewerb zur Schach-Weltmeisterschaft zwischen dem Exdritten Viktor Kortschnoi und dem Ungarn Lajos Portisch abgebrochen.

Der vor einigen Tagen 52 Jahre alt gewordene Kortschnoi brachte mit den weißen Steinen in einer englischen Eröffnung im siebten Zug eine Neuerung, geriet vorübergehend in eine scheinbar gedrückte Stellung, konnte dann aber in ein eher für ihn günstiges Endspiel übergehen.

Damit widerlegte Kortschnoi gewisse Befürchtungen, er sei physisch und psychisch einem solchen Wettkampf nicht mehr gewachsen. Schon zweimal - 1978 und 1981 - stand er im Entscheidungskampf mit dem amtierenden Weltmeister Anatoli Karpow. Zweimal unterlag er. Daß dieser dritte Versuch wohl sein letzter sein wird, weiß Viktor Kortschnoi. Er ist noch immer ge- worden, schmäler im Gesicht, hat das Rauchen (er zählte einst zu den größten Kettenrauchern in der Weltelite der Schachspieler) ganz aufgegeben. Aber auch bei diesem Kampf steht er wieder unter psychischem Druck.

Seine Frau, die zusammen mit dem Sohn nach jahrelangen Bemühungen Kortschnoi endlich entfallen, die Ausreise aus der Sowjetunion erhalten hatte und jetzt, wie

ihren Mann, in der Schweiz lebt, hat die Scheidung eingereicht, weil Viktor inzwischen mit seiner Managerin Petra Leuwerick zusammenlebt. Der Sohn studiert in Lausanne. Aber die beiden fordern von Kortschnoi nicht weniger als 8000 Schweizer Franken Unterhalt im Monat.

Obwohl der Vizeweltmeister nach wie vor zu den Großverdienern im internationalen Schach gehört, übersteigt dies - wie er in einem Interview mit einer Schweizer Schachzeitung jetzt klagte - seine Verhältnisse bei weitem.

Sein 46-jähriger Gegner, Berufsspieler seit seinem 18. Lebensjahr, hat derlei Sorgen nicht. Auch er freilich demonstriert auf seine Weise eine Variante des Ost-West-Problems. Sein Sekundant ist kein anderer als sein nach dem Ungarnaufstand 1956 in die USA emigrierter Landsmann Pal Benko, inzwischen längst amerikanischer Staatsbürger und bei Länderkämpfen zeitweise sogar Kapitän der US-Mannschaft. Aber der ungarische Staat hat ihm, dem prominenten Großmeister, den Paß trotz Regimeflucht niemals entzogen. So pendelt Benko ständig zwischen zwei Welten - dem Gelderwerb als Schachprofi in New York und der Familie in Ungarn. Auch er ist damit ein bemerkenswertes Beispiel dafür, wie sehr das Schachspiel und seine Meister im Ostblock immer noch zu den Hältskindern des Systems zählen.

DW, Velden
Zwei Spiele, zwei Unentschieden - der Viertelfinalkampf im Schach-Kandidatenturnier zwischen dem deutschen Großmeister Robert Hübner und dem sowjetischen Weltmeister von 1957, Wassili Smyslow, in Velden/Wörthersee steht 1:1. Der Kampf ist auf zehn Partien angesetzt. Sieger ist, wer als erster 5,5 Punkte erreicht hat.

WELT-Mitarbeiter Ludek Pachman, selbst Großmeister und einer der besten Analytiker der Welt, wird die wichtigsten Partien des Kampfes aktuell kommentieren. Gleich das erste Spiel brachte in der „Russischen Partie“ eine interessante Neuerung in der Eröffnung.

Hier die Notationen und die Kommentare zur ersten Partie von Großmeister Ludek Pachman.
Smyslow, der die schwarzen Steine führte, entschied sich für ein sehr solides Verteidigungssystem - die Russische Partie. Er brachte aber schon im 10. Zug eine wesentliche theoretische Neuerung.

Die kommentierte Notation (Weiß: Hübner):
1.e4 e5, 2.Sf3 Sf6, 3.Sxe5 Sf6, 4.Sf3 Sxe4, 5.d4 d5, 6.Ld3 Le7, 7.0-0 Se4, 8.Te1 Lg4.

Dieser Zug ist nicht sehr beliebt. Im Wettkampf Karpow - Kortschnoi (1974) behauptete Weiß nach 9.c3 f5, 10.Db3! 0-0, 11.Sbd2! Kh8! 12.h3 Lb5?, 13.Dxb7! Tf6, 14.Db3 seinen Mehrbauern. Es scheint jedoch, daß hier Schwarz mit

12...Lxf3, 13.Sxd3 das Spiel ausgleicht.
9.e4 Sf6, 10.exd4 Lxf3!

Ganz neu und wahrscheinlich stark: Nach der üblichen Folge Sxd5, 11.Sc3 0-0, 12.Lc4 Le6, 13.a3 Lf6, 14.Dd3 steht Weiß etwas besser.

11.Dxd3 Dxd5, 12.Dg3! Dxd4, 13.Sc3 Td8.

Es ist nicht klar, warum Schwarz auf die Rochade verzichtet. Nach 13...0-0 ist 14.Sb5 stark. Aber nach 13...0-0!?, 14.Lf5+ Kh8, 15.Dxg7 Td8 nebst Th8 wäre das Spiel unklar.

14.Lb5 Td7, 15.Dxg7 Tg8, 16.Dh6 Sg4, 17.Df4 Kd8, 18.Dxd4 Txd4, 19.Lxc6 bxc6.

Die Bauernstruktur von Schwarz ist zerstört, Smyslow hat jedoch ein sehr aktives Figurensystem. Für Weiß kam jetzt die Fortsetzung 20.Lc3! Sxd4, 21.Txc3 in Betracht, die ihm Endspielvorteil verspricht.

20.h3? Sxf2!

Das kostet zwar die Qualität, aber Schwarz kommt zu einem starken Gegenspiel.

21.Lc3 Sxd3, 22.Kf1 Tg4+, 23.Lxf4 Sxf4, 24.Td1+ Ld6, 25.Se4...

Auch 25.Td2 Kc8, 26.Tc4 Sh5 hätte zu keinen klaren Konsequenzen geführt.

25...Sd5, 26.Td3 f5, 27.Sxd6 cxd4, 28.Tc6 Kc7, 29.Tb6 f4, 30.Kf2 Se1, 31.Txb7+ Kb6, 32.Tb3+ Kc5, 33.Tx7 Tg2+, 34.Kf3 Tc2, 35.Ta5+ Kd4, 36.Kxf4 Se4, 37.Td4 d5.

Nun entsteht ein interessantes Endspiel. Weiß ist materiell klar im Vorteil, aber der schwarze König ist sehr aktiv und der schwarze d-Bauer sehr stark. Damit werden die Chancen ausgeglichen.

38.Tb8 Kd3, 39.b3 Se3, 40.Tc8 c5, 41.Kf3...

Nach sofort 41.Ta5 hätte c4, 42.bxc4 Txc4+, 43.Txc4 dxc4 auch zu einer Remisstellung geführt.

41...Tc1, 42.Ta5 Tf1+, 43.Kg3 Ke2, 44.Txc5 Td3+, 45.Kh4 d4.

Dieser Bauer kostet den ganzen Turm, deshalb ist das Unentschieden unabwendbar.

46.Td8 d3, 47.a4 d2, 48.a5 d1D, 49.Txd1 Sxd1, 50.Tb5 Se3, 51.Tb7 Kd3, 52.a6 Tt6, 53.a7 Ta6, 54.Kg4 Sd5, 55.Kf5 Kc3 - Remis.

Die Notation der zweiten Partie, bei der Smyslow die weißen Steine führte:

1.e4 Sf6, 2.Sf3 c5, 3.Sc3 c6, 4.g3 b6, 5.Lg2 Lb7, 6.0-0 Le7, 7.d4 Se4, 8.Sxe4 Lxe4, 9.Lf4 0-0, 10.Dd3 Sc6, 11.dxc6 bxc6, 12.Td1 Db6, 13.Lg5 Ta8, 14.Lxe7 Sxe7, 15.Tac1 h5, 16.Dc3 Sf5, 17.Td1 Db7, 18.Se1 Lxg2, 19.Sxg2 d6, 20.Se1 Td7, 21.Ted1 Tb8, 22.b3 Dc4, 23.Df3 Dxf3, 24.Sxf3 Tb6, 25.e4 Se7, 26.Se5 Td8, 27.Sd3 Tc6, 28.f3 Kf8, 29.Kf2 Se8, 30.e5 Ke7, 31.Sf4 g5, 32.Se2 Sb6, 33.Sc3 a6, 34.h4 Td7, 35.gxh4 Txd6, 36.Txd6 Txd6, 37.Txd6 Kxd6, 38.Sd4 Kc8, 39.h5 g4h, 40.Sf6 Sd7, 41.Sxh5 Kd8, 42.Kc3 f5, 43.Sf4 Se5, 44.Se2 Remis.

2. Liga

Offenbach fällt zurück

DW, Bonn
Der SVV Mannheim ist in der zweiten Fußball-Bundesliga nicht mehr aufzuhalten. Durch das 4:1 der Hannover 96 bleibt der Aufsteiger auch im 22. Spiel der Saison ungeschlagen. Der VfR Wormatia Worms hingegen, der die Verfolger noch Punkte geben.
Über ein 1:1-Unentschieden kam die Offenbacher Kickers auf dem Biebererberg nicht hinaus. Sie haben damit nun schon vier Punkte Rückstand. Die Offenbacher bleiben Zweiter vor Bayer 04 Leverkusen. Die Aufsteiger Augsburg ebenfalls nur 1:1-Unentschieden spielte. Allerdings hat die Verdinger (35:10) nun die Chance, bei noch zwei ausstehenden Nachholspielen bis auf einen Punkt an Offenbach (40:18) heranzukommen und sich noch direkt den Bundesliga-Aufstieg zu sichern.

DIE ERGEBNISSE

Offenbach - Darmstadt	1:1 (0:0)
Offenbach - Stuttgart	1:1 (1:1)
Augsburg - Wattenscheid	2:0 (1:0)
Stuttgart - Aachen	1:3 (0:2)
Augsburg - Verdingen	1:1 (0:1)
Mannheim - Hannover	4:1 (2:0)
Freiburg - Freiburg	ausg.
Eintracht - Köln	1:1 (0:1)
Eintracht - Fülth	1:1 (0:0)
Köln - Kassel	0:2 (0:1)

DIE TABELLE

Mannheim	23	17	5	5	55:25	44:14
Offenbach	23	17	5	5	50:30	40:18
Kassel	23	16	5	5	57:37	37:21
Köln	23	13	10	7	64:61	36:24
Verdingen	23	14	7	6	47:33	35:19
Darmstadt	23	13	8	9	54:49	34:26
Freiburg	23	11	10	6	40:35	32:22
Aachen	23	12	8	9	41:40	32:26
Stuttgart	23	12	5	11	44:41	30:28
Stuttgart	23	11	7	10	58:43	29:37
Eintracht	23	11	3	13	48:49	25:28
Hannover	23	9	7	12	54:54	25:31
Fülth	23	8	9	12	45:59	25:33
Eintracht	23	8	8	13	38:47	24:34
Augsburg	23	7	7	13	31:36	23:31
Eintracht	23	6	9	16	43:57	23:37
Eintracht	23	6	9	12	37:53	21:33
Eintracht	23	6	7	13	38:50	20:32
Eintracht	23	6	6	17	37:72	18:40
Eintracht	23	5	6	19	35:70	15:43

Real Madrid
Real Madrid hat im Spitzenspiel der spanischen Fußball-Liga gegen FC Barcelona gewonnen. Real Madrid mit 2:1. Stadion „Nou Camp“ feierten die Katalanen vor 125 000 Zuschauern ihren ersten Sieg unter dem neuen Trainer Cesar Luis Mendieta und wahrten gleichzeitig die Chancen auf den Titelgewinn.

Boxer überlebte nicht
Caracas (sid) - Der Boxer Antonio Guevara (Venezuela) ist an den Folgen einer Hirnoperation in Caracas gestorben. Der Eingriff war nach seinem Kampf am 7. März gegen Juan Resman (Philippinen) notwendig geworden.

Für Sport-Ministerium
Essen (sid) - Willi Weyer, der Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB), forderte bei der 50.000. Veranstaltung der 1971 gegründeten „Trimm-Spiele“ in Essen ein Ministerium für Breitensport. Wie der Leistungssport das Innenministerium, so müsse auch der Breitensport einen Ansprechpartner in Bonn haben.

NACHRICHTEN

Mülheim im Box-Finale

Leverkusen (sid) - Trotz einer 10:17-Niederlage bei Bayer Leverkusen am letzten Kampftag der Box-Bundesliga hat sich der Deutsche Meister Ringfreit Mülheim für die beiden Finalkämpfe gegen Leverkusen (23. April und 28. Mai) qualifiziert. Die Mülheimer profitierten dabei von der 13:14-Niederlage des BSV Korbach/Gelsenkirchen beim bisher sieglosen BC Eichstätt.

Finnin gewinnt Weltcup

Lahrador City (sid) - Mit einem Sieg über 10 Kilometer gewann Marja-Liisa Härmäläinen (Finnland) in Lahrador (Kanada) den Weltcup der Ski-Langläuferinnen. Mit einem vierten Platz im letzten Rennen kam Karin Jäger (Hirschau) im Gesamtklassement auf Platz 17.

Eishockey: Platz fünf

Oslo (sid) - Die Junioren des Deutschen Eishockey-Bundes (DEB) belegten durch einen 11:4-Sieg im letzten Spiel gegen die Schweiz bei der Europameisterschaft in Oslo den fünften Platz. Turniersieger wurde die Sowjetunion.

Darniche schwer verletzt

Ajaccio (sid) - Bernard Darniche (Frankreich) prallte bei Testfahrten zur Rallye Korsika mit einem entgegenkommenden Lastwagen zusammen und zog sich dabei einen Schädelbruch und Verletzungen an den Beinen zu.

Hohe Strafe für Mailand

Zürich (sid) - Wegen Zuschauer-ausschreitungen und einer Mailand eine Geldstrafe von 50 000 Schweizer Franken bezahlen und sein nächstes Europapokalspiel an einem mindestens 450 Kilometer entfernten, neutralen Ort austragen. Damit ahndete die Kontroll- und Disziplinarkommission der Europäischen Fußball-Union (UEFA) die Apfelmesswürde und das Abbremsen von Feuerwerkskörpern der Zuschauer beim Europapokal-Spiel gegen Real Madrid.

Unbefahrbarer Nürburgring

Nürburgring (sid) - Zum zweiten Mal nach 1979 mußte das 300-Kilometer-Rennen auf dem Nürburgring, der zweite Lauf zur Deutschen Rennsportmeisterschaft und zur Formel-3-Europameisterschaft, wegen starker Schneefälle abgesagt werden.

Nykänen Weltcup-Sieger

Planica (sid) - Matti Nykänen (Finnland) gewann durch einen Sieg beim vorletzten Weltcup-Springen in Planica (Jugoslawien) vorzeitig den Wettbewerb. Nykänen wird damit Nachfolger von Armin Kogler (Österreich).

Boxer überlebte nicht

Caracas (sid) - Der Boxer Antonio Guevara (Venezuela) ist an den Folgen einer Hirnoperation in Caracas gestorben. Der Eingriff war nach seinem Kampf am 7. März gegen Juan Resman (Philippinen) notwendig geworden.

Für Sport-Ministerium

Essen (sid) - Willi Weyer, der Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB), forderte bei der 50.000. Veranstaltung der 1971 gegründeten „Trimm-Spiele“ in Essen ein Ministerium für Breitensport. Wie der Leistungssport das Innenministerium, so müsse auch der Breitensport einen Ansprechpartner in Bonn haben.



MEHR KOMFORT. MEHR WIRTSCHAFTLICHKEIT. MEHR LEISTUNG.

Der Ford Granada hat jetzt Ihnen als anspruchsvollem Autofahrer noch mehr zu bieten. Vergleichen Sie ihn auch gegen manch anderen seiner Klasse: **Servolenkung serienmäßig. Aufpreisfrei.** Jetzt in allen Ford Granada-Modellen. Das macht es Ihnen noch leichter, ihn in allen Verkehrssituationen bequem und sicher zu steuern. Mehr Komfort, der Sie keine Mark mehr kostet.

5-Gang-Spargetriebe. Sein typischer Langstrecken-Komfort jetzt noch wirtschaftlicher und komfortabler. Spürbare Senkung des Kraftstoffverbrauchs, weniger Motorverschleiß, Reduzierung der Motorgeräusche auch im Innenraum. Serienmäßig und aufpreisfrei bei allen 2.8-Motoren und beim 2.5-l-Diesel. Auf Wunsch, als Sonderausstattung, aber auch bei allen anderen Motoren. Vergleichswerte der Limousine

beim 2.0-l-OHC-Motor mit 5-Gang-Getriebe: Bei konstant 90 km/h 7,0 l, bei konstant 120 km/h 9,5 l, im Stadtverkehr 12,3 l Superbenzin (nach DIN 70030).

Diesel mit mehr Kraft. Der neue 2.5-l-Diesel-Motor 51 kW (69 PS) - ebenso zugstark wie verbrauchsgünstig, dazu noch bessere Beschleunigung und mehr Temperatur. Den neuen Ford Granada 2.5 D gibt's auch als Turnier. Für alle, die große Wirtschaftlichkeit mit einem ungewöhnlichen Raumangebot verbinden wollen.

Ford Granada. Wenn Sie viel Komfort und Leistung verlangen. Und auf Wirtschaftlichkeit nicht verzichten wollen.

DAMIT SIE GUT ANKOMMEN.

FORD GRANADA



6 Jahre Garantie gegen Durchrostern der Karosserie. Bei allen Ford-Plkw. G. Langzeit-Auspuffsystem aus hochwertigen Werkstoffen. Finanzierung günstig durch Ford Credit Bank. O. Leasing als interessante Alternative zum Kauf. O. Ford Garantie-Schutzbrief: Schutz auch im 2. und 3. Jahr auf die wichtigsten Aggregate. Bis 100.000 km Gesamtfahrleistung für wenig Geld.

MOTORSPORT

Abschied der Formel 1 aus Nordamerika

sid/SAD, Long Beach
Die Formel 1 verabschiedet sich von Amerika. Nach achtjährigem Gastspiel in Long Beach wird sie künftig nicht mehr in Südkalifornien auftreten. Auch der Große Preis am 9. Oktober in Las Vegas ist gefährdet. Einen Tag davor ist ein Rennen der sogenannten Indy-Autos um die amerikanische Cart-Meisterschaft fest eingeplant. Dafür wird ein ovaler Rundkurs statt des Kurvengeschlängels der Formel-1-Rennstrecke auf dem Parkplatz des Hotels "Cesar's Palace" benötigt. Rennmanager Chris Pook dazu: "Es gibt sowieso noch keine feste Abmachung für ein Formel-1-Rennen in diesem Jahr, also kann es auch keine Absage geben."

Zwei weitere amerikanische Grand Prix stehen für 1983 noch auf dem Kalender: Detroit am 5. Juni und New York am 24. September. Die New Yorker streiten darum, ob ihre Stadt Austragungsort von Formel-1-Rennen werden soll. Die Behörden sind eher dafür, Anwohner des Corona Parks im Stadtbezirk Queens, wo die Rennen stattfinden sollen, zum Teil energisch dagegen. Veranstalter Daniel Koren argumentiert, das Rennen würde der Stadt New York jährlich zwischen fünf und 15 Millionen Dollar einbringen. Koren will im Park eine vier Kilometer lange Rundstrecke bauen, die an den übrigen Tagen des Jahres Radfahren, Laufen und anderen Freizeitsportlern zur Verfügung stehen würde.

Benjamin Haber, Präsident der Bürgervereinigung von New Garden Hills, ist gegen das Rennen. Er sagt: "Hier wird ein Präzedenzfall geschaffen, und der Park wird radikal verändert. Wir haben den Eindruck, daß hier eine abgestimmte Kampagne im Gange ist, uns unsere angestammten Rechte zu nehmen." Die Gegner des Rennens erklären, die Proteste gegen das Rennen seien bereits von 15.000 Bürgern unterzeichnet worden. In Nord-Queens, wo der Corona Park liegt, vertreiben Bürgervereinigungen schwarze Ansteckknöpfe mit

Anzeige

Offenbar herrscht bei Kennern hier und in aller Welt Einigkeit, wenn sie ein Bier mit Charakter wollen - herb, klar und frisch: Beck's.



der Aufschrift „Stoppt den Grand Prix“.

Während in New York noch Bürgervereinigungen und Veranstalter streiten, hat sich andererseits längst eine Anti-Formel-1-Front gebildet. Auch bei den Veranstaltern. Gründe für einen Meinungsumschwung der Veranstalter liegen in Zuschauererwartungen, die die Formel 1 in den USA nicht erfüllen kann. "Wir wollen amerikanische Namen, dann ist es uns egal, in was für einem Rennen", war der Tenor einer Meinungsumfrage in Long Beach. Da hat das Grand-Prix-Startfeld nicht viel zu bieten: Neuling Danny Sullivan (Tyrell) war im Training von Long Beach Zehnter, Eddie Cheever (Renault) kam sogar nur auf Rang 16.

MEISTERFEIERN / Göttingens Basketballer besiegten Köln - Saarbrücken hängte Düsseldorf ab

„Im Altdeutschen“ ein Bier für die Amerikaner

MARCUS BERG, Göttingen
Die Polizei in Göttingen mußte wohl am Samstag bei routinemäßigen Alkoholkontrollen nicht nur wie sonst ein Auge, sondern gleich beide zudrücken. Besonders im Altstadtrevier um die Studenten-Kneipe „Im Altdeutschen“ herum. Hier feiern die Basketball-Spieler des ASC Göttingen gewöhnlich ihre Heimspiele in der Bundesliga. Diesmal aber war der 64:60-Erfolg über den ESC Köln mehr als ein Heimspiel. Diesmal konnte Wolfgang Welsch, der gemüthliche Wirt mit Bierwampe, in seiner Kneipe die Runden für einen deutschen Meistertitel schmeißen.

Den Grundstein dafür hatten die Göttinger bereits vor einer Woche gelegt, als sie in Köln beim ersten Play-Off-Spiel um den Titel einen überraschenden 68:67-Auswärtserfolg errangen. Beim Rückspiel in der Godehard-Halle kam dann die stimmungsgewaltige Unterstützung von 2500 Zuschauern hinzu. Sie bekamen vor allem in der Schlussphase ein hektisches Spiel zu sehen. Nach gutem Start (20:12) verloren die Kölner mit zunehmender Spielzeit immer mehr die Übersicht.

Zwei Minuten vor dem Ende kann es dann zum Eklat. Wegen eines Fehlers bei der Zeitnahme mußte das zweite Finale für eine Viertelstunde unterbrochen werden. Weil die Kölner sich vom Zeitnehmer benachteiligt fühlten, legten sie Protest gegen die Wertung des Spiels ein.

Das tat aber der Freude bei den Göttinger Spielern und bei Wolfgang Welsch keinen Abbruch. Der Wirt, der ein väterliches Verhältnis zu den neuen Meistern hat, ist einer von vielen, die den Erfolg begründen. Nicht durch Freibier in

seiner Kneipe, sondern durch finanzielle Beiträge. Welsch gehört zu einem 40 Mitglieder zählenden Förderkreis, der beim ASC Göttingen das darstellt, was der Kölner Kaufmann Fritz Waffenschmidt beim BSC allein ausmacht.

Dem ehemaligen Bundestrainer kam beim Gewinn seiner zweiten Meisterschaft nach 1980 allerdings der Modus zu Hilfe. (Kölner Trainer Krüsmann: „Eine ganze Saison wird durch zwei Spiele auf den Kopf gestellt.“) Mit acht Punkten Vorsprung waren die Kölner nach Abschluß der Bundesliga-Runde dem Konkurrenten aus Göttingen entfallen. In den Play-Off-Spielen mußten dann beide Teams wieder bei Null anfangen. Hier erwies sich Schofield aber als der bessere Taktiker gegenüber dem Kölner Coach Peter Krüsmann. Auf die Minute war das Team topfit, außerdem hatte der Trainer mit einer Raumdeckung das entscheidende Rezept ausgedübelt.

Zur Umsetzung seiner Ideen hatte Schofield dann auch die richtige Mannschaft in Göttingen parat: Talente aus den USA, dem Mutterland des Basketballs (Olinde, Peters, Dronsella, Kolodinski, Jakke), vermischt mit Eriesenem aus deutschen Ländern (Mendel, Loders, Sowa, Frank). Die Arbeit des gebürtigen Kaliforniers profitiert auch von seinen Beziehungen in Amerika. Talente aus dem eigenen Nachwuchs schickt Schofield zur Ausbildung in die USA. Mit Loders, Mendel, Frank und Sowa hat er bereits vier dieser Basketball-Studenten in sein Team eingebaut. Seit zehn Jahren ist Schofield in Göttingen, zuerst als Spieler, dann als Trainer. Er hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Sportart Basketball in Göttingen den ersten Platz einnimmt.



Jubel beim deutschen Tischtennismeister ATSV Saarbrücken. Der Star, Stellan Bengtsson, wird in die Luft geworfen. Rechts die Gebrüder Josef und Georg Böhm, der deutsche Einzelmeister.

... und Stellan Bengtsson flog durch die Luft

Ihren Star, den schwedischen Ex-Weltmeister Stellan Bengtsson, trugen sie vor Freude auf Händen durch die Halle in Jülich. Und Bengtsson, Saarbrücker Mannschaftskapitän Josef und Georg Böhm feierten freudig mit. Grund der ausgelassenen Stimmung war der Gewinn der deutschen Mannschaftsmeisterschaft des ATSV Saarbrücken im Tischtennis durch einen 9:7-Sieg beim Pokalgewinner TTC Jülich.

Vor den beiden letzten Bundesligaspieltagen führt Saarbrücken mit 31:1 Punkten uneinholbar vor Titelverteidiger PSV Düsseldorf (26:6). Als Absteiger stehen der TTC Esslingen und Kickers Stuttgart fest.

Der Gewinn der deutschen Meisterschaft soll nicht der letzte Triumph der Saarbrücker gewesen sein. „Wir haben auch im nächsten Jahr trotz Verstärkungen der Konkurrenz sehr gute

Siegechancen“, sagt der deutsche Einzelmeister Georg Böhm, die Nummer zwei des ATSV. Denn das Meisterteam bleibt auf allen Posten unverändert. Georg Böhm hat sogar schon für die nächsten drei Jahre unterschrieben.

Man spielt gern in Saarbrücken, denn die Kasse stimmt. 400.000 Mark beträgt der Gesamt-Etat für ein Jahr - eine Bierbrauerei macht's möglich.

TENNIS

Keine Chance für Hanika

sid, New York
„Das war wohl nichts“, meinte Sylvia Hanika und zuckte ratlos mit den Schultern. Die 23jährige Münchenerin war im Halbfinale des New Yorker Turniers der weltweiten Tennisspielerinnen gegen die amerikanische Serienmeisterin Martina Navratilova völlig chancenlos: 1:6, 1:6 in nur 55 Minuten - ein deklassierendes Ergebnis.

Keinen Augenblick lang konnte Sylvia Hanika von einer Wiederholung des letztjährigen Erfolges an gleicher Stelle träumen. Und das gleiche Bild bot sich auch im zweiten Halbfinalspiel. Die dreimalige Wimbledon-Siegerin Chris Lloyd-Evert benötigte gegen die schon 39 Jahre alte Billie Jean King sogar eine Minute weniger zum 6:1, 6:1.

Die Siegerin des Endspiels erhält 80.000, die unterlegene Flavia Petrangola 45.000 der insgesamt 350.000 Dollar Preisgelder. Im Spiel um den dritten Platz zwischen Sylvia Hanika und Billie Jean King geht es um 25.000 und 20.000 Dollar.

Die 13.858 Fans im Madison Square Garden erlebten trotz der klaren Niederlage von Sylvia Hanika eine eindrucksvolle Demonstration des deutschen Damentennis. Denn im Doppelfinale boten die zu einem absoluten Weltklassepaar herangereiften Claudia Kohde (Saarbrücken) und Eva Pfaff (Frankfurt) den augenblicklich wohl unschlagbaren Pam Shriver/Martina Navratilova beim 5:7, 2:6 lange Zeit heftigen Widerstand. „Damit dürfen wir beweisen haben, daß unser Sieg in Oakland kein Zufall war“, sagte die 19jährige Claudia Kohde.

Übrigens: Für Sylvia Hanika war es die zehnte Niederlage im zwölften Aufeinandertreffen mit Martina Navratilova.

TURNEN

Erster Titel für FC Bayern

dpa, Kehl
Neun Jahre nach Gründung der Abteilung gelang der Riege des FC Bayern München im vierten Anlauf endlich der große Coup. Nach einem dritten (1980) und zwei zweiten (1981 und 1982) gewann sie die Deutsche Meisterschaft im Kunstturnen.

„Bayern stellte die mit Abstand stabilste Mannschaft“, lobte der deutsche Cheftrainer Philipp Fürst die Münchner, bei denen sich besonders Wolfgang Wagner, mit 56,60 Punkten Zweiter, Joachim Schneider, mit 56,25 Punkten, und Wolfgang Müller, mit 54,45 Punkten als Sechster, hervorhoben. Und weil mit Bernhard Simmelbauer noch ein vierter Turner den kompletten Zehnkampf durchzustand, hatten weder der TV Herbolzheim noch der TK Hannover oder die TS Bergisch Gladbach eine Chance.

Die Bayern, in diesem Jahr durch eine von Abteilungsleiter Uli Hager in Aussicht gestellte Reise nach Afrika oder Asien motiviert, übernahmen mit dem dritten Durchgang die Führung und gaben sie nicht mehr ab.

Mit beinahe professionellem Training bis zu sechs Stunden am Tag hatten die Bayern ihr großes Ziel angestrebt. Und dabei gab es in diesem Finale im Gegensatz zur Konkurrenz keinen Ausfall. 225,50 Punkte bedeutete die bisher höchste Punktzahl seit Gründung der Bundesliga im Jahre 1980.

„Schneider ist für mich die größte Überraschung und gleichzeitig der größte Gewinn, weil er sich vor Jahren aus der Nationalmannschaft schon abgemeldet hatte und plötzlich wieder voll da ist“, schwärmte Fürst von dem 26-jährigen, der nun zu den Europameisterschaften Ende Mai nach Varna will.

HANDBALL

Reinickendorf deklassiert

sid/dpa, Berlin
In der Berliner Deutschlandhalle wurde der Abstand zur absoluten Weltspitze deutlich: Die Reinickendorfer Füchse entkamen bei der 15:19 (4:9)-Niederlage gegen SL Saporoschje im Halbfinale-Hinspiel zum IHF-Europacup gerade noch der totalen Demontage, nachdem sie in der 42. Minute bereits 8:16 zurückgelegen hatten. „So schlecht hat man uns zu Hause noch nie gesehen“, sagte Kreislaufförderer Sanderus.

Vor dem Rückspiel am Ostermontag ist das Ausscheiden der zweiten Bundesligamannschaft gegen ein Team aus der UdSSR vorzuziehen. Zuvor war bereits der TV Großwallstadt im Viertelfinale der Pokalsieger an SKA Minsk gescheitert.

Bereits zur Halbzeit war der Höhenflug der Berliner jäh gestoppt. Nach dem überraschenden Weiterkommen über den Favoriten Empor Rostock mußten 7000 Zuschauer mitansehen, wie der Bundesligaverteilte streckenweise vorgeführt wurde. Nur beim 1:1 durch Ex-Nationalspieler Walter Don stand es Remis, danach zogen die athletisch und taktisch überlegenen Gäste davon.

„Unser Spielerkader ist für große Aufgaben einfach nicht stark genug“, sagte der seit sechs Wochen in Berlin arbeitende Trainer Pero Janjich, „junge, ehrgeizige Leute stehen neben Spielern, die am Ende ihrer Karriere sind.“

Der frühere Coach der Nationalmannschaft der Schweiz und Jugoslawiens hatte in den letzten Wochen fast nur noch etwas für die Kondition getan, vergebens.

Im Halbfinale-Hinspiel um den Europacup der Damen unterlag Bayer Leverkusen mit 11:34 (6:20) Spartak Kiew.

Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ...

FUßBALL

Englische Meisterschaft: Birmingham - Nottingham 3:0, Brighton - Aston 0:0, Everton - Arsenal 2:3, Luton - Sunderland 1:3, Manchester City - Ipswich 0:1, Norwich - West Ham 1:1, Nottingham - Southampton 1:2, Stoke - Watford 4:0, Swansea - Bromwich 2:1. Tabellen-spitze: 1. Liverpool 71 Punkte, 2. Watford 58, 3. Manchester United 55, 4. Aston Villa 52, 5. Liga-Pokal-Finale Liverpool - Manchester United 2:1 (1:1, 1:1 n. V.).

BOXEN

Bundesliga, 6. Wettkampftag: Eichstätt - Korbach/Gelsenkirchen 14:13, Leverkusen - Mülheim 17:10.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 19. Spieltag: Dietzenbach - Hofweier 17:23, Hüttenberg - Großwallstadt 21:19, Saporoschje - Reinickendorf - Burewestnik Saporoschje/UdSSR 15:19. - Europacup der Pokalsieger, Halbfinale-Hinspiel: Niejugoslawien - Bulgarien 25:27.

IHF-Pokal, Damen, Halbfinale-Hinspiel: Bayern Vegyes Veszprem - Rostock 19:19. - Europacup der Landesmeister, Damen, Halbfinale-Hinspiel: Budapest - Belgrad 26:23, Kiew - Leverkusen 34:11.

Bundesliga, Damen, 15. Spieltag: Gruppe Nord: Oldenburg - Hamburg 24:16, Engelskirchen - Jarpfund-Wedding 22:13, Südwest Berlin - Greven 15:9, Herzhorn - Stettin 14:9. - Gruppe Süd: Malsch - Reinickendorf 22:15, Frankfurt - Würzburg 14:13, Lützelinden - Sindelfingen 17:11.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 16. Spieltag: Düsseldorf - Stuttgart 9:2, Reutlingen - Heusenstamm 4:9, Jülich - Saarbrücken 7:9, Bad Homburg - Alena 6:9, Esslingen - Grenzau 9:7.

KUNSTTURNEN

Bundesliga, Damen, 12. Spieltag: Kehl: 1. München 225,50 Punkte, 2. Herbolzheim 224,0, 3. Hannover 223,20, 4. Bergisch Gladbach 217,25. - Einzelwertung: 1. Geiger (Herbolzheim) 57,20 Punkte, 2. Wagner (München) 56,50, 3. Simmelbauer (München) 56,30.

SKI NORDISCH

19 km Weltcup-Lauf der Damen in Labrador City/Kanada: 1. Hämäl-

nen (Finnland) 33:57,3 Min., 2. Pauk (CSSR) 34:17,2, 3. Pettersen (Norwegen) 34:17,9, 4. Jäger (Deutschland) 34:46,0, 5. Nybranten (Norwegen) 34:53,0. - Weltcup-Stand nach dem Abschlußrennen: 1. Hämäläinen 144 Punkte, 2. Pettersen 136, 3. Järvi (CSSR) 128, 4. Jäger 121, 5. Jäger (Norwegen) 114. ... 17. Jäger 45. - Nationenwertung: 1. Norwegen 671, 2. UdSSR 414, 3. CSSR 390, 4. Finnland 290, 5. Schweden 105. ... 10. Deutschland 45.

Ski-Parade: Weltcup-Finale in Planica, vorletzte Konkurrenz auf der 70-m-Schanze: 1. Nykänen (Finnland) 232,7 (82+50), 2. Uuga (Jugoslawien) 231,1 (82+49), 3. Hansson (Norwegen) 228,1 (81+47), 4. Tepeš (Jugoslawien) 227,4 (80+47), 5. Bulau (Kanada) 226,5 (80+46), ... 16. Waldvogel 221,6 (80+40), ... 24. Schwarz 189,4 (78+11), ... 36. Kleuser 182,3 (75+7), ... 42. Haidberger 182,3 (75+7), ... 43. Bauer 182,3 (75+7), ... (alle Deutschland). - Stand im Weltcup: 1. Nykänen 277 Punkte, 2. Bulau 260, 3. Kogler 211, 4. Hansson 186, 5. Bergerud 127. ... 10. Haastings 92, ... 23. Kleuser 27. ... 36. Bauer 18. ... 43. Steier, Waldvogel je 11.

TENNIS

Damenturnier in New York, Halbfinale: Navratilova (USA) - Hanika (Deutschland) 6:1, 6:1, Lloyd-Evert - King (beide USA) 6:1, 6:1. - Doppel-Finale: Shriver/Navratilova (USA) - Kohde/Pfaff (Deutschland) 7:5, 6:2. - Grand-Prix-Turnier in Holland (365.000 Dollar), Halbfinale: Curran (Südafrika) - Scanlon (USA) 6:4, 7:5, Lendl (CSSR) - Hooper (USA) 6:7, 7:5, 6:2. - Grand-Prix-Turnier in Nizza (75.000 Dollar), Halbfinale: Craymer - Luna (beide Spanien) 6:2, 6:2, Sundström (Schweden) - Martinez (Bolivien) 7:6, 6:2.

GALOPP

Rennen in Düsseldorf: 1. E. Poetic (F. 1982), 2. Lillental, 3. On Top, Toto: 140, Fl. 22, 22, 24, ZW: 64, DW: 16 420, 2. R. 1. Agram (R. Suerland), 2. Beila, 3. Tschalkowski, Toto: 28, Fl. 14, 16, 28, ZW: 128, DW 3804, 3. R. 1. Moritz (P. Schiergen), 2. Aser, 3. Marsano, Toto: 132, Fl. 30, 20, 28, ZW: 924, DW: 6744, 4. R. 1. Orpheus (P. Belsu), 2. Bursitz, 3.

EISSCHNELLAUF

Eric Heiden übertroffen

sid, Medien
Die Eisschnellläufer aus der Sowjetunion haben auf der Hochgeschwindigkeitsschleife von Alma Ata nun auch die beiden letzten Weltrekorde des fünfmaligen amerikanischen Olympiasiegers Eric Heiden gelöst. Igor Schefelowitsch verbesserte die von Heiden auf 1:54,26 Minuten unter dem Rekord des Amerikaners gebliebenen 500-Meter-Weltrekorde im Großen Vierkampf (162,973 Punkte) weiter. Nur den wenig später an Schefelowitsch der auf 1:54,55 Minuten kam.

Der Münchner Stefan Pauzer verbesserte über 500 m den elf Jahre alten deutschen Rekord (38,80) von Richard Keller auf 37,68 Sekunden. Kurz zuvor war er in 37,97 Sekunden schon einmal unter der alten Bestmarke geblieben. Pavel Pegow schraubte über 500 m seinen Tag zuvor aufgestellte Weltbestzeit von 36,68 auf 36,57 Sekunden. Im Sprint-Vierkampf verbesserte der 26-jährige die zwei Jahre alte Weltbestleistung des Kanadiers Gaetan Boucher auf 1:04,955 Punkte.

Die zweite Verbesserung eines von ihr gehaltenen Weltrekords innerhalb von 24 Stunden gelang der ehemaligen Sprint-Weltmeisterin Natalia Petrussewa über 1000 Meter. Um genau 1,5 Sekunden steigerte sie den 1000-Meter-Rekord auf 1:19,31 Minuten. Christa Rothenburger („DDR“) verbesserte im Sprint-Vierkampf ihren Weltrekord auf 1:01,120 Punkte.

Einer Anerkennung der Weltrekorde durch die Internationale Eislauf-Union (ISU) scheint diesmal nichts im Wege zu stehen. Der Weltverband in Medeo war zuvor beim Weltverband angemeldet.

Quattro Cento, Toto: 40, Fl. 15, 12, 21, ZW: 90, DW: 600, 5. R. 1. Solovjov (Möller), 2. Olympian Emperor, 3. Flying Chipper, Toto: 40, Fl. 16, 20, 13, ZW: 240, DW: 980, 6. R. 1. My Love Boy (P. M. Blasczyk), 2. Flammensturm, 3. Cadaver, Toto: 40, Fl. 21, 28, 17, ZW: 580, DW: 2104, 7. R. 1. Novalla (G. Bock), 2. Overta, 3. Martino, Toto: 64, Fl. 20, 18, 13, ZW: 494, DW: 1812, 8. R. 1. Vinez (D. Widman), 2. Abu, 3. Schwarz Di- v. Toto: 64, Fl. 19, 16, 25, ZW: 394, DW: 1544, 9. R. 1. Baro, 2. Ordini, 3. Lazzaro, 3. Frühling, Toto: 72, Fl. 23, 42, 22, ZW: 1756, DW: 2238, 10. R. 1. Saturn (R. Bover), 2. Hismurica, 3. Lapresse, Toto: 56, 18, 16, ZW: 616, DW: 1448.

62. Deutsche Freistil-Meisterschaften in Schriesheim, die Meister: bis 48 kg: Heugabel (Goldbach); bis 52 kg: Niebler (Vierbach); bis 57 kg: Patsch (Aalen); bis 62 kg: Ender (Witten); bis 68 kg: Knosp (Bellingen); bis 74 kg: Knosp; bis 82 kg: Otto (Walheim); bis 90 kg: Cichon (Freiburg); bis 100 kg: Liebig (Bellingen); über 100 kg: Knodl (Wiesental).

GEWINNZAHLEN
Lotto: 1, 7, 11, 25, 27, 43, Zusatzzahl: 15. - Spiel 77: 9 4 8 5 5 1. - Hauptgewinn: 2, 5, 12, 17. (Omne Gewin)

Steinherr wurde Meister
Wiesbaden (sid) - Nachfolger des zurückgetretenen Frank Wissenbach (Berlin) als deutschem Meister der Berufsboxer im Mittelgewicht wurde Georg Steinherr (München). Nach drei frühjährigen Ringpausen bezwang Steinherr in Wiesbaden den Dürer Horst Schule durch K. o. in der zweiten Runde.

Ligacup für Liverpool
Londons (sid) - Der englische Fußball-Rekordmeister FC Liverpool gewann durch ein 2:1 nach Verlängerung im Finale gegen Manchester United zum dritten Mal hintereinander den Ligacup.

Entwickeln Sie doch einmal Ihren eigenen Geschmack.

architektur & wohnen

Freude am dekorativen Detail
Europas schönste Stadthäuser
Bauwerk-Gotik
Kunst-Ornate
Garten-Ideen
Antiquitäten

50 Seiten 120 Portraits
Wohnen - ein Stück Lebensstil

Heute neu

Das ist eine gute Idee.
Zeitschriften, die 4mal im Jahr erscheinen - im Frühjahr, Sommer, Herbst und Winter - und dann einen ganz besonderen Glanz verbreiten.
Hier architektur & wohnen: Häuser, Bauen, Wohnen, Einrichten, Kunst und Antiquitäten, architektur & wohnen macht Sie mit Dingen bekannt, die Sie so in keiner anderen Zeitschrift zu sehen bekommen.
Höchst interessant in der neuen Ausgabe: 50 Seiten Häuser-Portraits: Wohnen - ein Stück Lebensstil.
architektur & wohnen - überall, wo Zeitschriften gibt. DM 12,50.
Heute ebenfalls neu:
Die High Quality Journale FEINSCHMECKER und CHARME.

HIGH QUALITY JOURNALE
Feinschmecker - Charme - architektur & wohnen

هكذا من القليل

JOURNAL

Panferaz

wäre, hätte er nicht gewonnen; das bezeugt das Niveau der Konkurrenten. Übrigens hieß Büchners Beitrag „Leonce und Lena“.

WOLFGANG MINATY

Die alten Sinnbilder und Zeichen haben hier keine Bedeutung mehr, sie kann sich in Sekunden schule in sein genaues Gegenteil verkehren. So verwandelt sich Achtenbusch mehrfach vom Eriser in den Versucher, in die Schlange. Wenn die Mutter Oberin in der Schlussequenz gar die Gestalt eines Sees Greifvogels annimmt und sich mit einer Schlange in den Fingerring in die Lüfte erhebt, dann hat der Symbolwirrwarr seinen Höhepunkt erreicht. „Alles ist möglich“ hatte kurz zuvor jemand gesagt. „alles ist möglich, nur die Liebe nicht.“

JENS FREDERIKSEN

Armer Peter Weiss! Armer
ka! Arme Volksbühne!

Nichts wird ohne Preis erkauft, Bizets Genie hier unter Wert gehandelt. Das Kammermusik auf der Bühne soll von Kammermusik unterstützt werden. Marius Constant hat die Partitur geschickt komprimiert und eine Instrumentation für 15 Musiker geschrieben, raffiniert arrangiert, Nabststellen glänzend mit dem Schmieröl des eigenen, erfahrenen Könnens versehen. Aber die rüden, vitalen Energien.

Worte des Bildhauers: Color-
darter Rainer René Müller
FOTOS: DIE WELT

Der Spielplan des neuen Münchner Volkstheaters

DW. Weinheim
Äußerlich ist er noch immer derselbe, aber im Innern hat er sich grundlegend gewandelt: „Der bunte Hund“. Die Zeitschrift des Beltz & Gelberg Verlags in Weinheim, von der Nr. 4 gerade erschienen ist, will nicht mehr – wie in den ersten drei Ausgaben – ein „Magazin der Kinderliteratur“ sein, sondern „ein Magazin für Kinder mit Bildergeschichten, Comics, kurzen Erzählungen und einem kleinen Roman. Als Motto wurde gewählt: „Für Kinder ist das besten Jahre“. Die Kinder sollen stärker als bisher animiert werden, selbst Beiträge für die Zeitschrift zu liefern. Das Heft mit 64 Seiten Umfang erscheint dreimal jährlich (März, Juni, Oktober) und kostet 7,50 Mark. Es wird nun über den Buchhandel vertrieben.

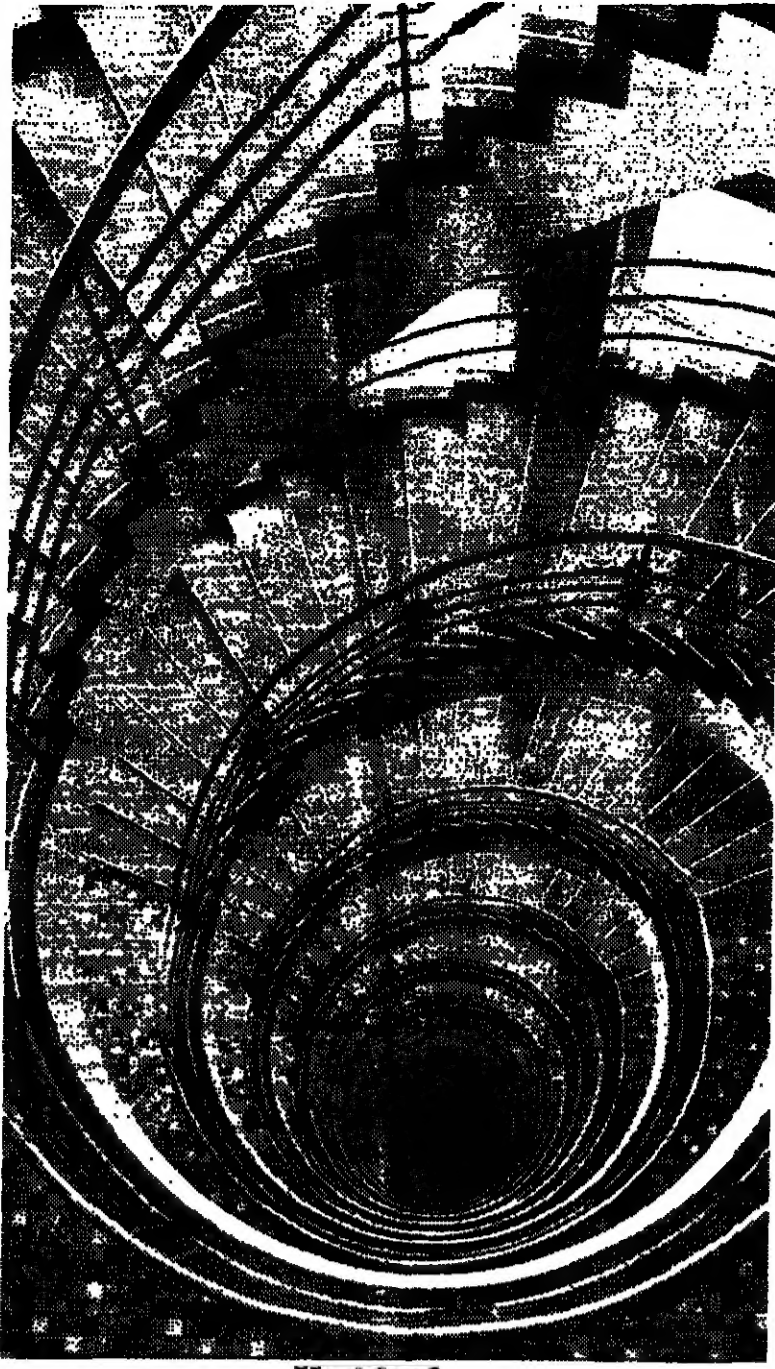
1. **PROPOSED REVISIONS:**

Die Zeitenwende begann in Braubach im März '83

Erstmals erfaßt der Umweltschutz die alte Blei-Stadt

EBERHARD NITSCHKE, Braubach
Nachdem sie eigentlich recht gesund über 1300 Jahre ihrer urkundlich verbürgten Geschichte gekommen sind, haben die Einwohner des idyllischen Städtchens Braubach am Rhein, über dem die Marksburg thront, erst wegen des Bundes-Emissionschutzgesetzes erfahren, wie gefährlich diese Vergangenheit für die Gegenwart ist. Ihre Bleihütte, seit endlosen Zeiten Quelle bescheidenen Wohlstandes, kommt jetzt - März '83 - sozusagen in eine fuge dichte Kiste - ein Datum von Bedeutung für die Ortshistorie und für den Umweltschutz.
Von Umweltschutz war keine Rede, während nacheinander durch die Jahrhunderte Stadt und Burg den Herren von Epstein, den Grafen von Katzenelnbogen, den Hessen, den Nassauern oder den Freußen gehörte. Eins blieb: Hinter den Häusern wurde tief im Berg weiter nach Blei und Silber gewühlt. Und seit hundert Jahren gab es hier Bleiverhüttung und Bleiaufbereitung. Sie hörte erst 1977 auf, als die traditionsreiche "Blei- und Silberhütte Braubach" dazu überging, nur noch aus alten Autobatterien das Blei zurückzugewinnen - freilich aus Zehntausenden. Millionen Rheinröhren kennen von diesem miniindustriellen Hintergrund nur die drei mächtigen Schloten, die auf einem Höhenrücken hinter dem Rhein-Panorama der Marksburg emporragen und hier seit Menschengedenken die Landschaft verschandeln.
Die beiden ältesten Schloten wurden, wie den eingemauerten Jahreszahlen zu entnehmen ist, 1889 und 1898 erbaut. Die Rauchkanäle laufen von der Silberhütte aus dem Tal den Berg hinauf, der aus gutem Grund hier ohne Weg und Stieg ist. Wegen der damit verbundenen Lebensgefahr hat schon eine einst vorhandene "Polizei-Verwaltung" das Betreten der Rauchkanäle verboten. Hier wurden hundert Jahre lang nie kontrollierte Schwaden abgelassen. Immerhin arbeiteten um 1912 noch rund 1000 Leute auf der Hütte. Heute sind es noch an die 170.
In diese Welt der Arbeit tauchten nun technische Prüfer ein, als eine dem Emissionschutz angemessene bauliche Veränderung der Anlagen bevorstand. Auf der Grundlage von Messergebnissen des Technischen Überwachungsvereins Rheinland ließ das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt des Landes Rheinland-Pfalz ein umfangreiches Sanierungskonzept

zur Emissionsminderung bleihaltiger Stäube von der Gewerbaufsicht ausarbeiten. Die landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt Speyer lieferte eine mächtige "Gutachtliche Stellungnahme" über die "reale Nahrungsbedingte Bleiaufnahme der sich aus Hausgärten erhebenden Bevölkerung im Einflußbereich der Anlagen der Blei- und Silberhütte Braubach" und erweiterte das Ganze noch um eine Cadmium-Untersuchung.
Bürgermeister Albert Doerschug sah sein Städtchen genau zu dem Zeitpunkt des vorigen Jahres, zu dem die Sonderzüge zum Braubacher Winterfest anrollten, im Mittelpunkt ernster Betrachtungen über "extreme Schwermetallbelastung". Seine "schön gelegene Sommerfrische mit Amtsgarten, Oberforsterei, Bergbau und Mineralquellen" so im Jahrhundertwende Braubach über den Ort, erschien da in streng wissenschaftlicher Sprache als ein Punkt in der Landschaft, den die Industrie verunreinigt hatte, wo man hinter der Bleihütten-Mauer aus den Hausgärten zumindest Petersilie, Mangold und Fenchel gleich nach der Ernte auf den Müll zu werfen hatte. In der Zusammenfassung des Gutachtens hieß es zwar, eine Cadmium-Belastung sei nicht nachweisbar, und die Bleibelastung bei der Ernährung aus hüttennahen Hausgärten halte sich "im Mittel bei 55 Prozent" der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vorgegebenen Werte. Aber einzelne Zahlen waren eben doch beunruhigend, weil da noch die "Altkisten" da waren, streng genommen seit der Zeit der Grafen von Katzenelnbogen, die da schon schürften und kratzen ließen.
Im ersten Anlauf wurden nun neue verbesserte Filteranlagen eingebaut. Der Transport der "Emissionen" geht nicht mehr in einen Loren quer durch den Ort vor sich. Kein Auto verläßt die Bleihütte, ohne eine "Reifenwaschanlage" zu passieren. Alte Halden verschwand. Die Restsanierung, die im März 1983 begann, dauert ein Jahr. Eine Akkuschrott-Aufbereitungsanlage wird gebaut, bei der alle Tätigkeiten, die jetzt noch unter freiem Himmel über die Bühne gehen, praktisch unter einer Käseglocke verschwinden.
Nur die drei großen Schornsteine oben auf dem Berg bleiben. Als Denkmale an die Vergangenheit? Nein, meist man in der Hütte, die werden noch gebraucht.



Kreislauf FOTO: CHRISTINA FALK

LEUTE HEUTE

Schauspieler verhaftet

Der 56-jährige Fernsehchauspieler, Regisseur und Produzent Jürgen Goslar ist verhaftet worden. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm Steuerhinterziehungen vor. Goslar, der sich mit Abschreibungsproduktions im Filmbereich beschäftigt hat, soll Steuerhinterziehungen in der Größenordnung von annähernd 800 000 Mark begangen haben.

Professor als Hochstapler verhaftet

SAD, Harrisburg

Ein "falscher" Professor, dessen Eskapaden tagelang die US-Offentlichkeit beschäftigten, entpuppte sich jetzt als allgemeiner Verblüffung als echter Professor, der aus Geldnot unter verschiedenen Namen an fünf Hochschulen gleichzeitig lehrte. Der zunächst als gewöhnlicher Hochstapler verdächtige Mann stellte sich als der 60-jährige Paul Crafton heraus, der seit 1956 als ordentlicher Professor der angesehenen George-Washington-Universität in Washington D.C. Verwaltungstechnik gelehrt hat.

Späte Premiere

Im Krakauer Industrievorort Nowa Huta hat jetzt das Drama "Hob" seine Uraufführung erlebt. Autor der 19-jährige Karol Wojtyla, der heutige Papst Johannes Paul II. (62). Der Papst war, während er das Stück über das alttestamentarische Drama schrieb, noch Student der Krakauer Jagiellonen-Universität.

ETA entführt Millionär

Die spanische Polizei fahndete am Wochenende fieberhaft nach dem am Freitag in Madrid entführten Geschäftsmann Diego Prado y Colan de Carvajal. Sie hat eine Belohnung von 380 000 Mark für die Ergreifung der Täter ausgesetzt. Der Millionär war aus seiner Garage heraus vermutlich von Angehörigen des militärischen Flügels der baskischen Separatistenorganisation ETA verschleppt worden. Ein anonym Anrufer reklamierte die Entführung jedenfalls als Tat der ETA und begründete sie mit der Freundschaft der Familie de Carvajal mit König Juan Carlos.

Von dieser Position wurde er jetzt suspendiert, nachdem sich ergeben hatte, daß er allein in jüngster Zeit an vier weiteren Hochschulen in den nahen Bundesstaaten Pennsylvania, Maryland und Delaware unter falschen Namen Lehrstühle für Mathematik, Volkswirtschaft, Buchführung und Betriebswirtschaft innehatte.

Der Professor brachte es auf das bescheidende Jahresinkommen von umgerechnet etwa 225 000 Mark, indem er den Umstand auszunutzen, daß er an jeder Hochschule nur einmal in der Woche zu unterrichten brauchte.

Selbst Staatsanwalt Leroy Zimmermann zeigte sich von den Aktivitäten des Hochschullehrers beeindruckt. "Ein Beweis, was Beharrlichkeit und Intelligenz vermögen", meinte er.

Amtlich in Schweden: Kind ohne Vater möglich

Künstliche Befruchtung rechtlich nicht abgesichert

R. GATERMANN, Stockholm
Wenn künftig der heute dreieinhalbjährige Lars im nordschwedischen Kalix gefragt wird, wer sein Vater ist, kann er mit Recht behaupten: "Ich habe keinen." Als Beweis kann er die Urteile sämtlicher drei Rechtsinstanzen bis hin auf zum Obersten Gerichtshof Schwedens vorlegen. Lars ist das bisher tragischste Opfer der künstlichen Befruchtung und des auf diesem Gebiet herrschenden gesetzlosen Zustandes.
Der in Schweden einmalige Fall, über den am vergangenen Freitag der Oberste Gerichtshof sein Urteil fällte, begann 1970, als Lars' Mutter heiratete. Sie wollte gern ein Kind haben, wurde aber nicht schwanger. 1973 stellte ein Arzt die Sterilität des Mannes fest. Eine Adoption kam nicht in Frage, die Frau wollte ihr Kind selbst austragen. Nach achtjähriger Kinderlosigkeit entschloß sie sich zur künstlichen Befruchtung. Der Mann stimmte ihr mündlich zu. Danach begann es in der Ehe zu kriseln; vor dem vierten Besuch seiner Frau in der gynäkologischen Klinik erklärte der Mann, mit einer künstlichen Befruchtung nicht mehr einverstanden zu sein. Seine Frau bestand jedoch auf einem weiteren Versuch und wurde schwanger, das war 1978.
Einem Monat vor der Geburt reichte der Mann die Scheidung ein, die Frau verweigerte die Unterschrift. Mit Lars' Geburt verbesserte sich das Eheklima etwas, der "Vater" kümmerte sich die folgenden 15 Monate sehr um das Kind. Aber zwei Jahre später kam es endgültig zur Trennung, und der Mann forderte vor Gericht die Befreiung von der Vaterschaft. Als Beweis legte er den ärztlichen Befund über seine Sterilität vor, ein juristisch unanfechtbares Dokument. Der biologische Vater aber ist unauffindbar. Nach der festgestellten Schwangerschaft werden - so sind die von der Obersten So-

Nur jeder 33. Afrikaner wird 65 Jahre alt

Die Länder werden im Schnitt am ältesten, und die Bundesrepublik Deutschland weist unter allen Ländern die niedrigste Geburtenrate aus. Diese Zahlen stehen im neuen, jetzt veröffentlichten Jahrbuch über Bevölkerungsbewegungen der Vereinten Nationen (UN). Mit 79 Jahren und sieben Monaten hat ein Mädchen in Island die Geburt die längste Lebenserwartung. Auch die Männer des nördlichen Inselstaates führen mit 76 Jahren und sieben Monaten weit die Statistik an. In den weiteren Ländern liegt die Lebenserwartung neugeborener Mädchen über 75 Jahre. Die Bundesrepublik Deutschland liegt in dieser Liste zusammen mit England und Wales an zehnter Stelle (76,4 Jahre). Dagegen haben afrikanische Mädchen bei ihrer Geburt eine Lebenserwartung von weniger als 50 Jahren. In den Ländern liegen die Japaner mit 73,3 Jahren an zweiter Stelle. Die Bundesrepublik nimmt mit 68 Jahren einen Mittelplatz ein. 1980 waren insgesamt 13 Prozent der Europäer (ohne Sowjetunion) älter als 65 Jahre, während in Afrika nur drei Prozent der Bevölkerung zu den Senioren gehören. Dort sind 45 Prozent der Bevölkerung unter 15 Jahre alt. Bei der Geburtenrate führt Kenia mit 53,8 je 1000 Einwohner, gefolgt von acht weiteren afrikanischen Staaten. Die zehn Länder mit den niedrigsten Geburtenraten liegen alle in Westeuropa. Hier führt die Bundesrepublik Deutschland (10,1) vor Dänemark (10,4), Italien (11,2). Im Weltdurchschnitt wurden im Zeitraum von 1975 bis 1980 29 Kinder je 100 Personen geboren.

100 Erdbeben-Opfer in Iran

Fast 100 Todesopfer hat nach offiziellen Angaben von Seismologen ein Erdbeben gefordert, das am Montag die Gebirgslandschaft zwischen iranischen Hauptstadt Teheran und dem Kaspischen Meer erschütterte. Die amtliche Nachricht der IRNA berichtet, 90 Menschen seien auf der Straße von Teheran zu Kishanabad, Amol und Schneeschnee und Felslawine toten worden.

Disco-Besuch endet tödlich

Ein 18 Jahre alter Beteiligter gestern morgen nach dem Besuch einer Diskothek am Kurfürstendamm in Berlin verstarb. Er wurde von einem gleichaltrigen Amerikaner niedergestochen und getötet. Der Tat war eine Schlägerei in der Lokal vorangegangen. Angestellte der Diskothek hatten daraufhin die angetrunkenen Gäste des Lokals verwiesen. Er war 30 Meter von dem Lokal entfernt, als der Amerikaner den 18-jährigen mit einem Messer in die Brust gestochen haben. Der Amerikaner wurde festgenommen.

Erpresser verhaftet

Mit der Drohung, 500 000 Mark oder ein vergiftetes Glas Wasser zu trinken, wurde ein 29-jähriger Leuchter aus dem Kreis Unna gezwungen, ein Glas Wasser zu trinken. Der Mann am Samstagabend das vorbereitete Glas mit einem Messer in die Brust gestochen haben. Der Amerikaner wurde festgenommen.

Massenarambologie in DDR

Bei einer Fahrzeugarambologie auf der Autobahn Dresden - Elster schied gestern ein 21-jähriger Verkehrsteilnehmer tödlich. Nach Angaben der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN war ein Personenzug sowie zwei westdeutsche Busse mit polnischen Insassen, die sich auf der Fahrt nach Polen befanden, in den Unfall verwickelt.

Beta-Blocker empfohlen

Täglich setzen sich Hunderttausende von Bluthochdruckpatienten unter dem Einfluß von Medikamenten aus der Gruppe der Beta-Blocker. Nach Angaben der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN werden ein Personenzug sowie zwei westdeutsche Busse mit polnischen Insassen, die sich auf der Fahrt nach Polen befanden, in den Unfall verwickelt.

Hochseil-Rekord

Der amerikanische Hochseiler Steve Wallenda hat gestern in Northport in Florida einen neuen Rekord im Hochseilgange aufgestellt. Wallenda legte auf einem Seil eine Strecke von 3809 Metern in 31 Minuten und 31 Sekunden zurück. Der bisherige Rekord wurde mit 3465 Metern in drei Stunden und 11 Minuten von dem Franzosen Henri Rochetaillat gehalten.

ZU GUTER LETZT

Schweizer Bauern: Köhle als letzten Sommerzeit. Meldung von Associated Press.

Mysteriöse Todesseuche in Lipizzaner-Gestüt

KURT POLLAK, Wien

Eine mysteriöse Seuche, die vor einigen Tagen im Lipizzaner-Gestüt in Piber (Steiermark) ausgebrochen ist, droht den Pferdebestand der weltberühmten Spanischen Reitschule ernsthaft zu gefährden. Es handelt sich um eine Viruskrankung, von der bis jetzt nur weibliche Tiere betroffen wurden. Innerhalb weniger Tage verendeten zehn Stuten und etwa ein Drittel der im Gestüt geborenen Fohlen - genaue Zahlen wurden bisher nicht bekanntgegeben. Das für die Lipizzaner zuständige Landwirtschaftsministerium in Wien verhängte vorerst eine Nachrichtensperre. Ein Sprecher des Ministeriums: "Wir können uns derzeit nur auf Vermutungen und vage Angaben stützen. Erst wenn die Situation geklärt ist, wird die Öffentlichkeit informiert." Diese ungewöhnliche Maßnahme führte am Wochenende in Wien zu wilden Gerüchten. Selbst von einem Giftanschlag auf die wertvollen Zuchtstuten war die Rede.

Das Massensterben der Lipizzaner-Stuten nahm vor etwa zwei Wochen seinen Anfang. Trotz energischer veterinärärztlicher Gegenmaßnahmen konnte der tödliche Erreger bisher nicht isoliert werden. Der Landesveterinärat der Steiermark, Othmar Schmehl, erklärte lediglich: "Es handelt sich um eine Viruskrankung, die aus Früh- und Totgeburten hervorgeht." Das Gestüt in Piber bleibt vorerst für die Öffentlichkeit gesperrt. Auch den Lipizzaner-Hengsten aus Wien, die zu Fortpflanzungszwecken normalerweise zu "Gastpferden" in das Gestüt abkommandiert werden, wurde vorerst eine Zwangspause verordnet.

WETTER: Es bleibt wechselhaft

Wetterlage: Im Bereich einer Tiefdruckrinne, die sich von der Nordsee zum westlichen Mittelmeer erstreckt, bestimmt kühle und wolkenreiche Meeresluft das Wetter in Deutschland.



Vorhersage für Montag, 28. März: Ganz Deutschland: Wechselnde, verbreitete starke Bewölkung. Gelegentlich etwas Regen, im höheren Bergland Schneefall. Tagestemperaturen 4 bis 7 Grad, nächtliche Tiefwerte je nach Bewölkungsmenge zwischen plus 4 und null Grad Celsius. In den Alpen in 2000 Meter um minus 8 Grad. Meist nur schwacher Wind, im Süden aus südlichen, im Norden aus nordwestlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Wetter wechselhaft. Temperaturen wenig verändert.

Temperatur am Sonntag, 27. März:	Kairo	32°
Berlin	4°	
Bonn	5°	
Dresden	5°	
Essen	4°	
Frankfurt	4°	
Hamburg	3°	
List/Sylt	2°	
München	3°	
Stuttgart	4°	
Algier	17°	
Amsterdam	5°	
Athen	14°	
Barcelona	13°	
Brüssel	5°	
Budapest	3°	
Bukarest	15°	
Helsinki	-1°	
Istanbul	17°	
Köpenh.	3°	
Las Palmas	7°	
London	7°	
Madrid	7°	
Mailand	12°	
Malloca	14°	
Nizza	12°	
Oslo	1°	
Paris	4°	
Prag	5°	
Rom	10°	
Stockholm	2°	
Tel Aviv	14°	
Tunis	14°	
Wien	8°	
Zürich	2°	

Sonnenaufgang* am Dienstag, 7.06 Uhr, Untergang: 19.49 Uhr, Mondaufgang: 20.42 Uhr, Untergang: 7.50 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel

Turban-Freiheit in allen (britischen) Lebenslagen

FRITZ WIRTE, London

Gurinder Singh Mandala ist über Nacht für die 300 000 Sikhs in Großbritannien zu einer Symbolfigur geworden. Er hat für sich und seine Brüder einen der wichtigsten und emotionalsten Siege über die Briten gewonnen seit jenen turbulenten Tagen, da sie sich in ihrer Heimat blutige Schlachten mit ihnen lieferten. Dieser jüngste Sieg freilich war sehr unblutig, dennoch stieß er sich den Indern das Recht, einen Turban zu tragen.

Fünf britische Lordrichter haben das ausdrücklich bestätigt und revidierten damit einen Urteilspruch des kürzlich zurückgetretenen höchsten britischen Richters Lord Danning.
Begonnen hatte der Rechtsstreit vor fünf Jahren, als der Rechtsanwalt Sewa Singh Mandala seinen damals 13-jährigen Sohn Gurinder Singh auf einer Privatschule in Birmingham anmelden wollte. Der Fall wäre problemlos gewesen, wenn der Rechtsanwalt nicht darauf beharrt hätte, daß sein Filius auf dieser Schule seinen Sikh-Turban trage. Der Turban ist für die Sikhs Teil ihrer kulturellen und religiösen Identität. Der Rektor der Schule, Audlee Dowell Lee, sagte strikt nein.

Sein Argument: An seiner Schule tragen alle Schüler eine einheitliche Uniform. Bereits eine einzige Ausnahme, eben das Tragen eines Turbans, mache Sinn und Selbstverständnis eines solchen Prinzips hinfällig. Außerdem sei in diesem Falle der Sikh-Turban eine offene Provokation. Seine Anstalt sei eine betont christliche Schule, der Turban aber das Symbol einer nicht-christlichen Sekte.

Dabei hatte der Schulleiter prinzipiell nichts gegen Sikhs in seiner Anstalt. Nur diejenigen, die zum damaligen Zeitpunkt seine Schule besuchten, hatten alle auf das Tragen ihrer Turbane verzichtet. Rechtsanwalt Mandala mochte diese Konzession jedoch nicht machen. Sein Sohn wurde abgewiesen. Er besuchte eine andere britische Schule, die kein Turban-Verbot kennt.

Sein Vater jedoch brachte den Rektor wegen "indirekter Rassen-Diskriminierung" vor Gericht. Er wurde vor einem Jahr vom damaligen Lordrichter Danning mit der Begründung abgewiesen, daß die Sikhs keine Rasse, sondern eine religiöse Sekte seien und daß daher von Rassen-Diskriminierung keine Rede sein könne. Dieser Spruch nun wurde jetzt von den

Lordrichtern einstimmig aufgehoben. Sie befanden, die Sikhs seien mehr als eine religiöse Sekte, sie seien "beinahe eine Rasse und beinahe eine Nation".

Tatsächlich hat es für die Sikhs, deren Gesamtzahl auf neun Millionen geschätzt wird, von denen die meisten im Punjab leben, immer eine enge Verbindung von Religion und Politik gegeben. Der Wunsch nach einem unabhängigen Sikh-Staat ist Teil ihres Glaubensbekenntnisses. Die Sekte ist rund 500 Jahre alt und geht auf ihren Urvater Nanak zurück.

Sie haben in ihrer Geschichte freilich mit den britischen Eroberern und Besitzern keineswegs immer nur im Krieg gelebt. Es gab vielmehr eine bemerkenswerte Loyalität der Sikhs zur Krone. Im Ersten Weltkrieg stellten sie 20 Prozent der britischen Armee in Indien. Nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch schlossen sich viele von ihnen der Freiheitsbewegung Gandhis und deren gewaltlosen Widerstand gegen die Briten an.

Der jüngste Turban-Erlass des Oberhauses hat weitreichende Bedeutung. Er macht dieses Kleidungsstück nicht nur zum legitimen Teil der hundertjährigen britischen Schuluniformen, er ist vielmehr für zahlreiche andere Mi-

noritätengruppen wie Zigeuner und Rastafarians mit ihren oft wesentlich auffällenderen rituellen Kleidungsstücken ein bedeutender Präzedenzfall. Die Rassistischen rechtsextremen "National Front" haben gegen diesen Urteilspruch der Lords bereits entschieden Widerstand angekündigt und man weiß, daß dieser Widerstand keineswegs gewaltlos ist.

Sikhs in Großbritannien, die für den Turban des Schülers Gurinder Singh Mandala fünf Jahre lang kämpften und unzählige Massendemonstrationen mit oft 10 000 Teilnehmern organisierten, vertieften den Turbanstreit nun als einen ersten Sieg einer viel größeren Kampagne. Sie wollen absolute Turban-Freiheit in allen Lebenslagen, beispielsweise auch für Motorradfahrer.

Die britische Polizei jedoch ist unbeeindruckt. Für den Turban an der Schulbank ist das Rassen-Diskriminierungsgesetz zuständig, für den Sturzhelm auf dem Moped die Straßenverkehrsordnung. Und diese kennt keine Sikhs, Buddhisten oder Christen, sondern nur Verkehrsteilnehmer. Und für die gibt es nur einen einzigen Guru, den unverwundlichen britischen Bobby.

Wer am Mittwoch sieben richtig hat, muß Donnerstag nicht um acht aufstehen. mittwochslooto

هكذا عندنا